links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links" ist illusionslos, undogmatisch — eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

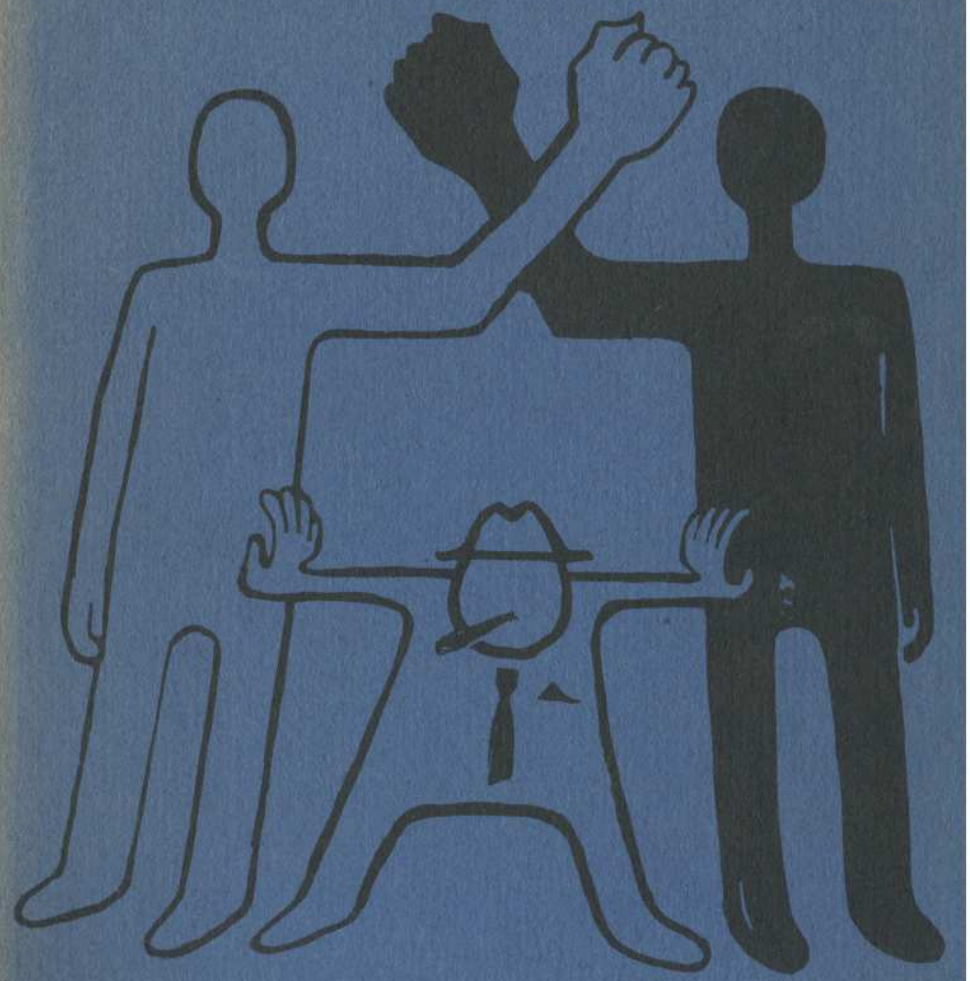
Einzelpreis DM 1.20.
Bezugspreis, jährlich, DM 15.— + DM 2.40 Versandkosten

SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ

Sprachrohr der Kollegen und Genossen, die sozialistischeBetriebsarbeit machen. Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Beiträge die man nicht in den Gewerkschaftszeitungen findet.

Einzelpreis DM —.50
Bezugspreis, jährlich, DM 6.— + DM 2.— Versandkosten
Probeexemplare anfordern bei
Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

REIHE BETRIEB
UND GEWERKSCHAFTEN



Ausländische Arbeiter und Klassenkampf

Solidaritätspreis DM 4.—

Autoren: Godula Kosack Stephen Castles

Herausgeber: Sozialistisches Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Verleger: Verlag 2000 GmbH Offenbach

Erste Auflage, Juli 1972, 3000 Exemplare

Alle Rechte bei dem Herausgeber

Vertrieb: Verlag 2000 GmbH, 6o5 Offenbach 4
Postfach 591, Hohe Str. 2E (Souterrain)
Telefon 0611 - 83 25 83
Postscheck PSA Frankfurt, Konto 61041

Preis: Einzelexemplar DM 4.—; Gruppen bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren Stückpreis DM 3.6o; Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandel) 4o % Rabatt; jeweils zuzüglich Versandkosten

Titelbild: Plakat Französischer Mai 68

Druck: kbo-druck, Bensheim

In der REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN publiziert das Sozialistische Büro in Zusammenarbeit mit Gruppen, die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen, Materialien zur Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Bisher wurden in dieser Reihe verlegt:

PRAXIS UND THEORIE GEWERKSCHAFTLICHER LEHRLINGSPOLITIK
dargestellt am Beispiel des Hamburger "Jour Fix"
2o6 Seiten, broschiert, DM 5.1o

LEHRLINGSKAMPF IN DEN BETRIEBEN
dargestellt von der Lehrlings-Betriebsgruppe in der Durag-Apparatebau GmbH Hamburg (elektrische und elektronische Serienfertigung)
72 Seiten, broschiert, DM 3.—

GEWERKSCHAFTEN HEUTE - ORDNUNGSFAKTOR ODER GEGENMACHT?
Funktion und Strategie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus
83 Seiten, broschiert, DM 3.3o

GEWERKSCHAFTLICHE VERTRAUENSLEUTE
FÜR EINE ANTIKAPITALISTISCHE BETRIEBSSTRATEGIE
54 Seiten, broschiert, DM 2.5o

AUSLÄNDISCHE ARBEITER UND KLASSENKAMPF
8o Seiten, broschiert, DM 4.—

Bezug: Verlag 2000 GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

Godula Kosack Stephen Castles

Ausländische Arbeiter und Klassenkampf

Unsere Herren,
wer sie auch seien,
sehen unsre Zwietracht gern.
Denn solang sie
uns entzweien,
bleiben sie doch unsre Herrn.

Bertolt Brecht

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort		Seite 5
I.	Deutsche und ausländische Arbeiter - Eine Arbeiterklasse	Seite 7
II.	Warum kommen die Ausländer?	Seite 11
III.	Elf Millionen ausländische Arbeiter in Westeuropa	Seite 19
IV.	Die Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter in der BRD	Seite 25
V.	Nutzen für die Ursprungsländer?	Seite 51
VI.	Die Auswirkung der Ausländer-beschäftigung auf Löhne und Gewinne	Seite 57
VII.	Ausländische Arbeiter und Klassenkampf	Seite 67
VIII.	Literaturvorschläge	Seite 8o

VORWORT

Diese Broschüre richtet sich an deutsche und ausländische Arbeiter. Anhand des Beispiels der ausländischen Arbeiter soll gezeigt werden, wie weit wir noch von dem gepriesenen "Wohlfahrtsstaat" mit einem hohen Lebensstandard aller Bevölkerungsteile entfernt sind. Die Betrachtung der Probleme der Ausländer in der Bundesrepublik soll den Anstoß dazu geben, über die eigene Situation nachzudenken und zu überlegen, wie deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam erreichen können, daß alle Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Die Broschüre ist nicht allein das Produkt der Arbeit der Autoren. Zahlreiche Arbeiter und Betriebsräte sowie andere Genossen haben durch ihre Kritik des Manuskripts und Bereitstellung von zusätzlicher Information den Inhalt und die Struktur des Heftes wesentlich beeinflußt. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

Godula Kosack

Stephen Castles

Juni 1972

I. DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER - EINE ARBEITERKLASSE

Die Anzahl von Ausländern in der Bundesrepublik hat mit zeitweiligen Unterbrechungen seit Mitte der fünfziger Jahre ständig zugenommen. Insgesamt arbeiten jetzt mehr als zwei Millionen Menschen aus anderen Ländern in der BRD, und mit ihren Familienangehörigen leben über drei Millionen Ausländer unter uns. In fast allen größeren und zahlreichen kleinen Betrieben machen die Arbeiter aus den südeuropäischen Ländern einen beträchtlichen Bestandteil der gesamten Belegschaft aus. In der Presse kann man von ihrer Wohnungsnot lesen. Man begegnet ihnen am Feierabend und am Wochenende auf der Straße, in Lokalen, auf den Bahnhöfen oder in Parks. In den Kaufhäusern oder Supermärkten trifft man sie beim Einkaufen. Ihre Kinder gehen gemeinsam mit deutschen Kindern in die Kindergärten oder Schulen. So hat man sich an die Anwesenheit der Ausländer unter uns mehr oder weniger gewöhnt. Aber warum sie gekommen sind, wer sie gerufen hat, wie sie bei uns leben und unter welchen Bedingungen sie hier arbeiten, weiß man sehr wenig. Es ist an der Zeit, daß man sich über einen so wesentlichen Teil der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik informiert.

Als sich die bundesdeutsche Wirtschaft mit Unterstützung des amerikanischen Kapitals in der Nachkriegszeit wieder erholte, war den deutschen Unternehmern viel daran gelegen, die Löhne nicht so schnell ansteigen zu lassen wie ihre Gewinne. Durch die etwa 10 Millionen Flüchtlinge aus den früheren Ostgebieten und durch die etwa drei Millionen Flüchtlinge aus der DDR standen den bundesdeutschen Unternehmern immer genügend Arbeitskräfte zur Verfügung, so daß ein rascher Lohnanstieg vermieden werden konnte. Denn es gab immer Leute, die eine Arbeit suchten und eine Stelle annehmen mußten, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht gut waren. Als aber wegen des anhaltenden Wirtschaftswachstums die Arbeitskräfte knapp wurden und viele Unternehmer höhere Löhne oder bessere Bedingungen bieten mußten, um Arbeiter in ihre Betriebe zu locken, fing man an, sich nach neuen Arbeitskräften im Ausland umzusehen. Die ausländischen Arbeiter sind also angeworben worden, um einen schnellen Lohnanstieg zu verhindern. Man stellte sie vorwiegend an die wegen niedriger Löhne und schlechter Arbeitsbedingungen wenig begehrten Arbeitsplätze und holte neue Arbeiter aus dem Süden, wenn es den Ausländern, die schon einige Zeit in der BRD lebten, gelungen war,

bessere Arbeitsplätze zu finden.

Die Anwesenheit von ausländischen Arbeitern hatte für die Unternehmer neben dem unbegrenzten Angebot an billigen Arbeitskräften einen weiteren bedeutenden Vorteil: sie konnten einen immer größer werdenden Teil der Arbeiterschaft politisch rechtlos belassen. Ausländer haben bei uns weder das Wahlrecht, noch das Recht, sich politisch zu organisieren. Das bedeutet, daß ein wesentlicher Teil der Arbeiterschaft politisch *nicht repräsentiert wird*, d.h. daß keine Partei sich verpflichtet fühlt, ihre Interessen zu vertreten. Wenn - wie zur Zeit die kommunistische Partei Italiens es versucht - sich Parteien aus den Ursprungsländern ihrer Interessen annimmt, dann stoßen sie auf hartnäckigen Widerstand, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis alle ausländischen Parteien auf deutschem Boden verboten werden; auch parteiliche politische Organisationen von Ausländern werden von den deutschen Behörden aufs Schärfste unterdrückt, und häufig werden ihre Anhänger ausgewiesen. Oft werden die ausländischen Arbeiter daran gehindert, die Rechte wahrzunehmen, die für deutsche Arbeiter mittlerweile eine Selbstverständlichkeit geworden sind: Wenn ausländische Arbeiter streiken, dann drohen ihnen die Bosse mit Entlassung und Rausschmiß aus dem firmeneigenen Wohnheimen. Wird diese Drohung wahrgemacht, dann müssen die Betroffenen mit Ausweisung aus der BRD rechnen. Mit solchen Methoden versuchen die deutschen Unternehmer eine gefügige und politisch unmündige Arbeiterschaft zu erzwingen.

Doch haben sie damit nur verhältnismäßig geringen Erfolg. *Immer mehr lassen die Ausländer ihre Stimme hören* und kämpfen um ihre politischen Rechte. Als Streikbrecher lassen sie sich nicht benutzen. Im Gegenteil, wenn sie sich der Solidarität der deutschen Arbeiter sicher sind, sind sie ebenso aktiv im Arbeitskampf wie diese. Nur wenn die Ausländer isoliert sind und ihre Rechte nicht kennen, gelingt es den Unternehmern, sie einzuschüchtern. Die ausländischen *Organisationen, die um bessere Bedingungen* für die Arbeiter hier in der BRD und für eine Veränderung der faschistischen Regime in den Heimatländern kämpfen, werden immer stärker. Zwar wird den Ausländern bis auf weiteres nicht das Wahlrecht erteilt, doch stellen auch immer mehr deutsche Arbeiter fest, daß mit der Wahl der einen oder anderen der großen Parteien nichts gewonnen ist, daß sie vielmehr alle im Interesse der Unternehmer politische Macht ausüben und die Interessen der Arbeiter vernachlässigen.

Die Unternehmer versuchen, die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter noch auf eine andere Weise politisch auszunutzen: sie wollen einen Keil in die gesamte Arbeiterschaft schieben, um dadurch deren Einheit und Kampfesfähigkeit zu zerstören. Durch ihre Sprachrohre, wie die

Bildzeitung, bringen sie zahlreiche Gerüchte in Umlauf, die die deutschen Arbeiter gegen die Ausländer aufwiegeln sollen. So hört man immer wieder, daß die Ausländer faul seien, oft krank feierten, daß viele von ihnen kriminell seien oder Schlägereien anfingen, daß sie Schürzenjäger seien und kein Interesse daran hätten, die deutsche Sprache zu lernen, um sich mit der deutschen Bevölkerung zu verständigen. Auch wird ihnen vorgeworfen, daß sie ins Land gekommen seien, um den deutschen Arbeitern die Arbeitsplätze *wegzunehmen, daß sie alle Überstunden an sich* rissen oder Streiks brächen. Solche Behauptungen sind - wie wir zeigen werden - unwahr und nützen nur den Unternehmern, die sich eins ins Fäustchen lachen, wenn sich verschiedene Teile der Arbeiterschaft untereinander zerstreiten. Denn - so hoffen sie - eine geteilte Arbeiterschaft läßt sich besser für die eigenen Zwecke ausnutzen als eine einige.

Wenn es z.B. zur Zeit einer Wirtschaftskrise zu Arbeitslosigkeit kommt und die arbeitslosen Deutschen sich gegen die Ausländer wenden und sagen, daß sie noch eine Stelle hätten, wenn es nicht so viele Ausländer gäbe, dann wird verhindert, daß die Arbeiter nach dem eigentlichen Grund für die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit fragen. Es muß immer wieder betont werden, daß die Ausländer in die BRD geholt wurden, weil die Unternehmer zusätzliche Arbeitskräfte brauchten. Kein deutscher Arbeiter hat seinen Arbeitsplatz verloren, um einem Ausländer Platz zu machen. Wenn es zur Arbeitslosigkeit kommt, trifft es die Ausländer genauso hart wie die deutschen Arbeiter. Auf keinen Fall kann man die Arbeitslosigkeit unter deutschen Arbeitern den Ausländern in die Schuhe schieben. Denn es gibt auch Wirtschaftskrisen in Ländern, die keine oder nur wenige Ausländer beschäftigen, und auch hier in der BRD wären sich die Arbeiter keinesfalls ihrer Stellen sicherer, wenn es keine Ausländer gäbe.

Die Unternehmer lassen nur das produzieren, wovon sie sich *hohe Gewinne versprechen - egal ob die Produkte gebraucht* werden oder nicht. Ebenso stellen sie Arbeitskräfte ein und entlassen sie wieder, ganz wie es im Augenblick am profitabelsten ist. Auf die Bedürfnisse der Arbeiter - egal ob es sich um Deutsche oder Ausländer handelt - wird dabei keine Rücksicht genommen. Doch wollen die Unternehmer verhindern, daß die Arbeiter das durchschauen. Lieber ist es ihnen, wenn die deutschen Arbeiter in Notlagen, z.B. zu Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit oder wenn nicht genügend Überstunden zu vergeben sind, die Ausländer dafür verantwortlich machen.

Es ist wichtig, daß die deutschen Arbeiter nicht der Propaganda, die Ausländer seien an allem schuld, auf den Leim gehen. Andererseits müssen die ausländischen Arbeiter auch verhindern, daß sie sich gegen die Interessen

der deutschen Arbeiter von den Unternehmern verwenden lassen. Die deutschen und ausländischen Arbeiter müssen ihre Probleme miteinander diskutieren, und sie müssen wissen, daß sie alle zu ein und derselben Arbeiterklasse gehören und daß sie demselben Klassenfeind gegenüberstehen. Denn sie alle haben nichts anderes als ihre Arbeitskraft, die sie verkaufen müssen, sie alle können weder bestimmen wofür, noch was sie produzieren. Sie müssen unter gleich schlechten Bedingungen arbeiten und haben die gleichen Sorgen ums tägliche Auskommen.

Dennoch gibt es einige Unterschiede in bezug auf ihre Lage. Nur wenn beide Teile der Arbeiterschaft wissen, welches die besonderen Probleme der anderen sind, können sie diese verstehen, und nur dann ist es möglich, daß sie ihre gemeinsamen Interessen als Ausgebeutete in einem kapitalistischen System erkennen und wahrnehmen. In dieser Broschüre wollen wir auf die besonderen Probleme der ausländischen Arbeiter in der BRD eingehen, damit die deutschen Arbeiter die schwierige Lage der Ausländer durchschauen und von daher die Möglichkeit haben, diese für den gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus zu gewinnen.

Nicht nur in der BRD haben die Unternehmer ausländische Arbeiter ins Land geholt, um einen raschen Lohnaufstieg zu verhindern und um die Arbeiterklasse zu teilen. In fast allen westeuropäischen Ländern ist eine große Anzahl von Ausländern beschäftigt, deren Probleme durchaus mit denen der Ausländer in Deutschland vergleichbar sind. Es ist für die deutschen Arbeiter wichtig zu wissen, daß die Unternehmer auf internationaler Ebene zusammenarbeiten und überall dieselben Ausbeutungsmethoden benutzen. Von daher ist es für die Arbeiter in den verschiedenen Ländern unbedingt notwendig, sich zu solidarisieren und gegen die Unternehmer überall zu kämpfen.

Anzeige

REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

LEHRLINGSKAMPF IN DEN BETRIEBEN

Seit 2 Jahren arbeitet die Lehrlings-Betriebsgruppe in der Durag-Apparatebau GmbH Hamburg (elektrische und elektronische Serienfertigung). Ihre Erfahrungen und Schwierigkeiten schildern die Lehrlinge selbst, indem sie sich mit folgenden Fragen beschäftigen:
1. Warum ist die Berufsausbildung so schlecht?
2. Mit welchen Methoden wird für die Erhaltung der Zustände gesorgt?
3. Was unternehmen wir dagegen?
Alle drei Kapitel beziehen sich auf den Betrieb als Ort der Erfahrung und der hauptsächlichen Aktivitäten.

72 Seiten, broschiert, DM 3.--
Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

II. WARUM KOMMEN DIE AUSLÄNDER?

Man kann im wesentlichen drei Arten der Arbeitskräftewanderung in Westeuropa unterscheiden: Zum ersten findet ein gewisser Austausch von Facharbeitern, Ingenieuren, Ärzten und Wissenschaftlern innerhalb der entwickelten Industrieländer statt. Diese Menschen haben im allgemeinen wenig Schwierigkeiten, sich im neuen Lande einzugewöhnen, da sie zumeist einen gesicherten Arbeitsplatz und ein annehmbares Einkommen haben, und sie werden auch von der einheimischen Bevölkerung ohne Argwohn aufgenommen.

Zu dieser Gruppe gehören vor allem jene Männer und Frauen, die von einem EWG-Land in ein anderes ziehen - mit Ausnahme der Italiener, die hauptsächlich als ungelernte Arbeiter nach Deutschland, Frankreich und Belgien kommen, und daher zu einer der später diskutierten Wanderbewegungen gezählt werden müssen. Die Staatsangehörigen von EWG-Ländern haben in einem anderen EWG-Land das Recht, sich eine Arbeit zu suchen, sie brauchen vorher keine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis, und die Arbeitgeber brauchen auch bei der Einstellung nicht die einheimischen Arbeitssuchenden vorzuziehen. Nur aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit kann ihnen die Einreise verweigert werden. Die Wanderer innerhalb der EWG-Staaten haben noch weitere Vorteile gegenüber anderen Ausländern: sie dürfen ihre Familien mit sich bringen (unter der Voraussetzung, daß sie eine angemessene Wohnung finden, was für Leute der höheren Einkommensgruppe bei weitem einfacher ist als für ungelernte Arbeiter) und können den Arbeitsplatz beliebig häufig wechseln. Insgesamt können sie sich ohne größere Schwierigkeiten in einem anderen Land niederlassen.

Doch sind die Wanderungen innerhalb der EWG-Länder nur ein kleiner Teil der gesamten Wanderbewegung in Westeuropa und nehmen im Verhältnis zur übrigen Arbeitskräftewanderung ständig ab. Während im Jahre 1960 noch 16,5 Prozent aller in der BRD beschäftigten Ausländer aus anderen EWG-Mitgliedsstaaten (ausgenommen Italien) kamen, waren es im Jahre 1965 nur noch 8 Prozent und im Jahre 1969 6,3 Prozent. Auch die Zahl der Italiener nimmt im Verhältnis zu den Arbeitern aus den anderen Ländern, mit denen die BRD Anwerbeabkommen abgeschlossen hat, laufend ab: Im Juni 1965 kamen noch 31 Prozent aller ausländischen Arbeiter aus Italien, im September 1970 dagegen nur noch 20 Pro-

zent. Der Grund hierfür ist die Industrialisierung Norditaliens, wo nicht nur alle Norditaliener Arbeit finden konnten, sondern auch eine große Anzahl Arbeitsloser aus dem Süden des Landes, die sich lieber im Norden ihres Landes niederließen als ins Ausland zu gehen. Wenn also die Wanderungen innerhalb der EWG-Staaten an Bedeutung verlieren, darf man die Vorteile, die EWG-Mitglieder haben nicht überbewerten. Erst wenn alle Ausländer ähnliche Rechte genießen, kann man von einem Fortschritt in bezug auf die Freiheit der Arbeitskräftewanderung sprechen.

Zum zweiten gibt es Einwanderer aus den ehemaligen oder noch bestehenden französischen und englischen Kolonien in die sogenannten "Mutterländer", d.h. die Länder, von denen sie vor der politischen Unabhängigkeit ausgebeutet wurden oder die sie noch heute beherrschen. Dazu gehören die Algerier, Marokkaner, Tunesier, die Schwarzafrikaner und die Einwohner einiger westindischer Inseln, die sich vorübergehend oder für längere Zeit in Frankreich niederlassen, sowie die Inder, Pakistaner, die Bewohner der meisten westindischen Inseln und die Zyprioten, die nach Großbritannien gezogen sind. Großbritannien hatte als einzige Kolonialmacht auch eine europäische Kolonie, nämlich Irland, und heute leben 740.000 Iren (das sind fast ein Viertel der gesamten irischen Bevölkerung!) in England und Schottland. Diese Einwanderer aus den früheren oder noch bestehenden Kolonien folgen nicht der schön klingenden Phrase: "Das Mutterland ist auch euer Land," sondern sie verlassen ihr Ursprungsland aus reiner Not.

Die Kolonialisierung großer Teile Afrikas, Asiens und Amerikas hat es mit sich gebracht, daß die Kolonialmächte in diesen Ländern die vorhandenen Rohprodukte schamlos ausbeuteten und das letzte aus der eingeborenen Bevölkerung herausholte, um billige Agrarprodukte auf den Weltmarkt zu bringen. Die bereits in den Ansätzen existierenden Industrien wurden, wie am Beispiel der indischen Textilindustrie gezeigt werden kann, zerschlagen. Im 18. und 19. Jahrhundert war diese nämlich weit entwickelt, und indische Stoffe waren berühmt für Schönheit und Qualität. Doch nachdem sich die Engländer erfolgreich in Indien niedergelassen hatten, bezahlten sie fast nichts für die in Indien produzierte Baumwolle, verarbeiteten diese billig in englischen Fabriken (unter großer Ausbeutung der englischen Arbeiter) zu Stoffen und verschleuderten die Ware dann unter anderem auf dem indischen Markt zu Preisen, die weit unter den Produktionskosten der indischen Industrie lagen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis die indische Textilindustrie eingehen mußte. Es ist also ein Märchen, wenn heute immer wieder behauptet wird, daß die unterentwickelten Länder nicht selbständig eine Industrie aufbauen können, vielmehr haben die rücksichtslosen europäischen Kapitalisten systematisch alle Industrie, die sie dort vorfanden, kaputt gemacht.

TRIKONT

EMIGRATION UND IMPERIALISMUS

PAOLO CINANNI

Zur Problematik der Arbeitsemigranten

Ursachen und Folgen der Emigration am Beispiel Süditaliens/Unterentwicklung im Süden und Konzentration der Großindustrie im Norden/Blockierung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Auswanderung/Geschichte der Emigration in die hochindustrialisierten Länder – BRD, andere EWG-Länder, Schweiz, USA/Funktion der ausländischen Arbeitskräfte für die Profitstrategie des Kapitals/Produktionskosten der Ware Arbeitskraft und Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte/Emigranten der europäischen Peripherieländer als Reservearmee Europas/Proletarischer Internationalismus und das Problem der Arbeitsemigranten/Zur Rolle der Arbeitsemigranten in der Geschichte der Arbeiterbewegung und in der jetzigen Phase des Klassenkampfs in der BRD.
216 Seiten, 62 Tabellen, DM 12.80

TRIKONT

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 29

NEHMEN WIR UNS DIE STADT

Klassenanalyse, Organisationspapier und Kampfprogramm von Lotta Continua.
Beiträge von Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe

140 Seiten (im Abonnement 15% billiger) DM 7,80

TRIKONT-Verlag 8 München 80 Josephsburgstr. 16

Heute nun sehen sich diese zum Teil erst kürzlich dem Namen nach unabhängig gewordenen Nationen vor der Unmöglichkeit, zu industrialisieren, da die entwickelten Industriemächte noch immer den längeren Arm haben und die Preise auf dem Weltmarkt zu ihren eigenen Gunsten bestimmen. Die sogenannte Entwicklungshilfe, die gegeben wird, reicht nicht hin und nicht her, um eine Industrie aufzubauen: sie ist vielleicht gerade genug, um die Zinsen für frühere "Hilfe" (die meiste Entwicklungshilfe muß nämlich mit hübschen Zinsen zurückgezahlt werden) zu decken oder um der Elite dieser Länder ein luxuriöses Leben zu gestatten. Leidtragend ist die Bevölkerung, die weder auf dem Lande, noch in den Städten genug zum Leben finden kann. Der einzige Weg aus der Misere ist für viele die Auswanderung, und die einzigen Länder, die sich ihnen anbieten, sind die ehemaligen Kolonialherren, von denen sie als Arbeiter weiterhin ausgebeutet werden.

Die dritte Gruppe der Einwanderer kommt aus wirtschaftlich rückständigen Ländern Europas in die hochentwickelten Industrieländer. Dies ist die für die Bundesrepublik wichtigste Gruppe, und wir werden deshalb deren Gründe für die Auswanderung etwas ausführlicher behandeln. Hierzu gehören die Italiener, von denen an die zwei Millionen im europäischen Ausland leben, davon 612.000 in Frankreich, 574.000 in der BRD, 532.000 in der Schweiz und der Rest in Großbritannien, Belgien und Luxemburg. Die nächst größte Gruppe sind die Spanier mit fast 1 Million Auswanderer von denen sich 612.000 in Frankreich, 246.000 in der BRD und kleinere Anzahlen in der Schweiz, Großbritannien und Belgien niedergelassen haben.

Es folgen die Jugoslawen mit über 600.000 Auswanderern, vornehmlich in der BRD, ferner die Portugiesen, von denen sich 480.000 in Frankreich und 54.000 in der BRD aufhalten, danach die Türken, von denen 500.000 fast ausschließlich in der BRD leben, und schließlich die Griechen, die mit 343.000 hauptsächlich in der BRD vertreten sind.

Die Wanderungen dieser Gruppen sind vornehmlich das Ergebnis der ungleichen Entwicklung des Kapitalismus in Europa. Nachdem die Industrialisierung in den westeuropäischen Ländern stattgefunden hatte, konnten die immer größer werdenden Konzerne in diesen Ländern die aufkommende Industrie in Südeuropa im Konkurrenzkampf ausschalten. Hinzu kam, daß die soziale Struktur der südeuropäischen Länder weitgehend feudalistisch blieb und der Adel und andere privilegierte Gruppen, wie die Kirche, die aufkommende Unternehmerbourgeoisie unterdrückten. Da sich aber die Bevölkerung in Südeuropa, wie auch überall sonst, in den letzten hundert Jahren enorm vermehrt hat, reichen die traditionellen Wirtschaftsformen wie das bäuerliche Kleineigentum und der Großgrundbesitz, dessen Land von abhängigen Lohnarbeitern bebaut wird, nicht mehr aus, um

die gesamte Bevölkerung zu ernähren.

Anhand der Unterschiede zwischen den Bruttosozialprodukten (d.h. den gesamten Erträgen der Volkswirtschaften) kann der ungleiche Entwicklungsstand in den einzelnen Ländern veranschaulicht werden. Im Jahre 1967 betrug nach Schätzungen der Vereinten Nationen das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung in der Schweiz 2.597 US-Dollar, in Frankreich 2.324 US-Dollar, in der BRD 2.021 US-Dollar und in Großbritannien 1.977 US-Dollar. Dagegen sah es in den Ländern, aus denen Arbeiter nach Westeuropa auswandern, folgendermaßen aus: Italien hatte ein Bruttosozialprodukt von 1.279 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung, Griechenland von 814 US-Dollar, Portugal von 489 US-Dollar, Spanien von 822 US-Dollar, die Türkei von 353 US-Dollar, Tunesien von 208 US-Dollar, Marokko von 191 US-Dollar, Pakistan von 125 US-Dollar und Indien von 88 US-Dollar.

Heute sehen sich die unterentwickelten Länder genötigt zu industrialisieren, denn nur wo es Industrie gibt, können viele Menschen auf relativ kleinem Raum Arbeit und Brot finden. Aber der Konkurrenzkampf mit den großen Industrienationen macht die Industrialisierung in den unterentwickelten Ländern ausgesprochen schwer. Auch haben die herrschenden Klassen in Südeuropa die Bevölkerung ihrer Länder hauptsächlich dazu ausgebeutet, damit sie selbst in Saus und Braus leben können. Sie haben also kaum Geld gespart, um die für den Aufbau der Industrie notwendigen Maschinen kaufen zu können.

Als Ergebnis findet man Unmengen von kleinen durch Erbteilung immer wieder aufgespaltenen Bauernhöfen auf denen die Eigentümer schwer schuften und dennoch hungern müssen. Die Großgrundbesitzer suchen sich aus dem ungeheueren Arbeitskräfteangebot, das sich täglich (daher der Name Tagelöhner) vor ihren Toren zur Arbeit anbietet, die stärksten jungen Männer aus, während der Rest ohne Arbeit und damit hungrig bleibt. Andere stellen vornehmlich Frauen und Kinder ein, weil diese zwar zur harten Arbeit nicht herangezogen werden können, aber gezwungen sind, mit weniger Lohn zufrieden zu sein. In den Städten häuft sich die Arbeitslosigkeit. Viele durch den Hunger vom Lande Vertriebene hatten gehofft, in der Stadt eine Arbeit zu finden. Die meisten von ihnen wurden enttäuscht. Sie leben in Hütten an den Stadtgrenzen und hoffen von einem Tag auf den anderen, daß sich ihnen eine Chance bietet.

Als eine solche Chance werden die Vermittlungsbüros der deutschen Anwerbekommissionen aufgefaßt. Hier verspricht jemand Arbeit und dazu einen Lohn, der für die einheimischen Verhältnisse märchenhaft klingt. Denn von Mietwucher und hohen Lebensmittelpreisen in Deutschland wird

in diesen Büros nicht gesprochen, und auch die Abgaben für Steuern oder Sozialversicherung bleibt den meisten ein Geheimnis, bis die erste Lohntüte in Deutschland dann die unangenehme Überraschung mit sich bringt. Fast jeder arbeitslose Sizilianer, Grieche, Türke, Spanier oder Portugiese hat auch schon von jemandem gehört, der mit einem gebrauchten Auto - der Inbegriff des Luxus in diesen Ländern - von Deutschland zurückgekommen ist. Man rechnet sich also aus: wenn ich drei Jahre in Deutschland arbeite, dann kann ich mir ein Stück Land kaufen oder ein Café aufmachen und kann dann mit meiner Familie gut leben. Also wird ein Vertrag mit einer unbekannten deutschen Firma über eine unbekannte Arbeit mit einem Lohn, der häufig unter dem in Deutschland üblichen liegt, abgeschlossen, und die Reisevorbereitungen werden getroffen. Die Familie muß halt diese drei Jahre versuchen, allein zurechtzukommen und - wenn vorhanden - das Feld bestellen. Man nimmt sich vor, hart zu arbeiten, um schnell wieder nach Hause zurückkehren zu können.

Wir können die Not, die den einzelnen Türken, Griechen, Spanier, Jugoslawen oder Italiener zur Auswanderung treibt, nicht ermessen, wenn wir nicht einige von ihnen selbst anhören. Eine Studiengruppe in der Schweiz fragte eine Anzahl von Spaniern, warum sie ihre Heimat verlassen haben, um in der Fremde zu arbeiten. Wir können hier nur ein paar typische Antworten wiedergeben, von denen jedoch jede einzelne das Schicksal vieler zum Ausdruck bringt.

> Ich habe Spanien verlassen, weil es dort für mich keine Zukunft gab, auch konnte ich dort kein menschenwertes Dasein führen.

> Weil es mir ganz und gar unmöglich war, meine Familie zu ernähren.

> Ich wollte eine Familie gründen, und das war unmöglich.

> Wegen der Not, die mir aus dem Mangel an politischer und bürgerlicher Rechte erwuchs, und wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage.

> Ich hasse und verabscheue das gegenwärtige Schreckensregime, das uns von einer Herde wilder Wölfe aufgezwungen wird.

> Der Hunger.

> In Spanien ist alles schlecht, es gibt keine Arbeit und keine Bezahlung.

> Niedrige Löhne, hohe Preise und mangelnde Freiheit.

> Weil die Lage immer schlechter wird.

> Warum ich ausgewandert bin? Man hat ja nichts zu essen.

Ähnlich umschreiben einige portugiesische Auswanderer ihre Situation zu Hause:

> Ich habe immer mein ganzes Geld meiner Frau gegeben: wenn ich nur ein kleines Ersatzteil für das Fahrrad kaufen wollte, blieb nichts mehr übrig. Ich hatte nicht einmal einen Pfennig, um mir eine Tasse Kaffee oder Zigaretten zu kaufen.....
> Ich hätte so manches Mal gern einen getrunken, aber ich hatte einfach nicht genug Geld.

> Ich arbeitete bei meinen Eltern .... Sie gaben mir ein bißchen was, aber das war viel zu wenig, als daß meine Familie davon hätte leben können.

> Ich mußte pumpen, pumpen und nochmals pumpen .... Eines Tages muß man es ja zurückzahlen .... Denn ich will ein ruhiges Leben. Die einzige Lösung war es eben, hierher zu kommen.

> Ich wollte, daß es meine Kinder einmal besser haben sollten als ich .... Ich wollte sie zur Schule schicken und sie gut aufwachsen lassen, dabei konnte ich ihnen nicht einmal etwas zum Anziehen kaufen .... Ich mußte weggehen, es war einfach nötig, um für meine Familie zu sorgen .... denn es ist zu traurig, wenn man nicht genug Geld hat, daß die Familie davon leben kann.

Die folgenden Aussagen wurden von Griechen in Deutschland gemacht:

> In Griechenland konnte ich keine Arbeit finden. Dabei wollte ich mein Los verbessern. Ich mußte meine Mutter und meine Schwester unterstützen (ich bin 18 Jahre alt). Mir schwebte vor, niemals zurückzukehren, weil ich immer vor Augen hatte, wie meine Arbeit in Griechenland ausgebeutet wird. Dennoch werde ich wohl zurückgehen....

> Bei uns sind alle jungen Männer nach Deutschland gegangen, nur die Alten sind im Dorf zurückgeblieben. Der Boden bringt nichts ein. Wir hörten die ganze Zeit vom Ausland reden. Zu siebent haben wir uns aufgemacht, ein Auto hat uns mitgenommen und hierher gebracht.

> Ich bin von zu Hause weggegangen, um die Schulden meines Vaters zurückzuzahlen. In Athen hat man mir einen Vertrag als Bergarbeiter gegeben. Ich war voller Verzweiflung. Ich wollte nicht mehr auswandern.

Aber ich hatte Angst, vor den Augen der Dorfbewohner als Feigling zu erscheinen. Ich bin also nach Deutschland gegangen mit der Absicht, das Bergwerk so schnell wie möglich zu verlassen. So habe ich es auch gemacht. Ich werde, wie vorgesehen, in vier Jahren zurückkehren.

Zum Schluß noch ein Brief, den ein Süditaliener aus einem kleinen Dorf in der Provinz Lecce an einen schweizerischen Unternehmer richtete:

Hochverehrter Herr Direktor!
Ich bitte ihre anständige und gute Person sehr, mir notleidenden, aller Existenzmittel und jeglichem Familienglück entbehrenden Italiener einen Arbeitsvertrag zu geben als Handlanger, der jede Arbei auszuführen gewillt ist, die Sie als Herr und Gebieter wünschen, in den Bergen, in einem Tunnel usw. Sind Sie Familienvater, dann verstehen Sie gut, was es heißt, wenn die Kleinen Not leiden. Ich hoffe, daß Ihr gutes Vaterherz meinen Vorschlag in Güte prüfen wird, ich bitte Sie, ich flehe Sie an! ....

Zur gleichen Zeit erhielt dieses schweizerische Bauunternehmen 60 weitere Bewerbungen aus demselben Dorf.

Anzeige

REIHE INTERNATIONALE MARXISTISCHE DISKUSSION
verlegt bei Merve Verlag GmbH - Berlin

REVOLUTIONÄRE BETRIEBSARBEIT BEI RENAULT-FLINS

1969 wurde bei Renault-Flins eine revolutionäre Betriebsarbeit initiiert, aus der die "Base Ouvrière" hervorging. Diese Schrift enthält den Entwurf einer Plattform, Berichte von Arbeitern über Vollversammlungen und Kämpfe, Flugblätter, sowie die Bilanz einer zweijährigen Arbeit, die gerade durch die Analyse der Schwierigkeiten dieser Praxis ihre Authentizität gewinnt.
IMD Heft 22, DM 6.--

KLASSENKÄMPFE IN FRANKREICH SEIT DEM MAI 1968

Arbeiter aus staatlichen und privaten Betrieben berichten über ihre Erfahrungen und diskutieren über Strategie und Institution der Gewerkschaften, Reformismus, neue Kampfformen, Arbeiterautonomie und Avantgarden. Funktionäre aus Gewerkschaften und Parteien konfrontieren ihre Standpunkte in einer Debatte über Syndikalismus und revolutionäre Aktion. Eine Analyse der Kapitalstrategien bildet den allgemeinen Rahmen für diesen Versuch, eine Bilanz aus den Kämpfen seit 1968 zu ziehen.
IMD Heft 24, DM 5.--

Bezug: Bücher- & Papervertrieb, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

III. 11 MILLIONEN AUSLÄNDISCHE ARBEITER IN WESTEUROPA

Nach den neuesten Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit sind 2.170.000 Ausländer in der Bundesrepublik beschäftigt. Mit ihren Familienangehörigen leben über drei Millionen Menschen aus dem Ausland unter uns. Noch im Jahre 1954 (also vor nicht mehr als 17 Jahren) arbeiteten nur 73.000 Ausländer hier, 1957 waren es schon mehr als 100.000 und 1960 bereits 330.000. Die Millionengrenze wurde 1965 überschritten, und in den nächsten sieben Jahren verdoppelte sich die Zahl der ausländischen Arbeiter nochmals. So kommen heute von je 100 Einwohnern in der Bundesrepublik 5 aus dem Ausland und von den Beschäftigten ist sogar jeder Zehnte ein Ausländer.

Als die Bundesregierung im Jahre 1955 das erste Anwerbeabkommen mit Italien abschloß, hatte niemand an eine solche Masseneinwanderung gedacht. Vielmehr plante man eine kurzfristige Beschäftigung einiger zig-tausend Italiener vor allem als Saisonarbeiter im Baugewerbe und in der Landwirtschaft, die - wie es die Arbeitgeberinteressen diktieren würden - bald wieder nach Hause geschickt werden sollten. Doch wurden auch zunehmend die Arbeitskräfte in der Industrie knapp, und man ließ mehr und mehr Arbeiter aus dem Ausland kommen. Nacheinander wurden Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland (beide 1960), mit der Türkei (1961), mit Portugal (1964), mit Jugoslawien (1968) und mit Tunesien (1971) abgeschlossen. Die folgende Tabelle soll das rasche Anwachsen der Zahl der ausländischen Arbeiter (ohne Familienangehörigen) sowie deren Herkunft aufzeigen.

Tabelle 1: Ausländische Arbeiter in der BRD nach Nationalitäten

	1955		1960		1970	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Jugoslawen	2 085	2,6	8 826	2,7	423 228	21,7
Italiener	7 461	9,4	144 176	43,8	381 840	19,6
Türken	-	0,0	2 495	0,7	353 898	18,2
Griechen	637	0,8	20 782	6,3	242 184	12,4

Tabelle 1: Ausländische Arbeiter in der BRD nach Nationalitäten (Fortsetzung)

	1955 absolut	%	1960 absolut	%	1970 absolut	%
Spanier	486	0,6	16 459	4,9	171 671	8,8
Portugiesen	-	0,0	261	0,1	44 796	2,3
Tunesier	-	0,0	-	0,0	6 218	0,3
Sonstige	68 938	86,6	136 357	41,5	325 116	16,7
Insgesamt	79 607	100,0	329 356	100,0	1948 951	100,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Ausländische Arbeitnehmer 1970, (Nürnberg 1971), S. 5 und S. 6.

Auffallend an diesen Zahlen ist die Verringerung des Anteils der Arbeiter aus "sonstigen" Ländern. Das schließt vor allem Holländer, Franzosen, Österreicher und Belgier ein, also Angehörige von benachbarten Staaten. Während 1955 noch 86,6 % aller ausländischen Arbeiter aus diesen Ländern kamen, waren es 1960 nur noch gerade über 40 % und 1970 nur noch 16,7 %. Zahlenmäßig haben auch diese Nationalitäten zugenommen, doch war ihr Zuwachs bei weitem nicht so groß wie der der Arbeiter aus Ländern, mit denen die Bundesregierung Anwerbeabkommen abgeschlossen hat. Nachdem die BRD damit begonnen hatte, systematisch ausländische Arbeiter anzuwerben, kamen zunächst die Italiener. Es folgten die anderen Nationalitäten in der Reihenfolge, der Anwerbeabkommen. Die neu einreisenden Italiener kommen heute fast ausschließlich aus dem Süden des Landes oder von Sizilien, da Norditalien inzwischen industrialisiert ist und seine Arbeitskräfte selbst braucht.

Viele ausländische Arbeiter ließen, nachdem sie einige Jahre in der Bundesrepublik gearbeitet hatten, ihre Familie nachkommen. Doch war das bei weitem nicht die Mehrzahl von ihnen. Der Unterschied zwischen der einheimischen und ausländischen Bevölkerungsstruktur ist markant: Im Jahre 1968 waren 43 Prozent der Bundesbürger berufstätig, der Rest - 57 Prozent - setzte sich hauptsächlich aus Kindern, Hausfrauen, Rentnern, Invaliden und aus den in der Ausbildung Befindlichen zusammen. Von allen Ausländern, die sich 1969 in der BRD aufhielten, arbeiteten dagegen 63 Prozent. Dieser Durchschnittswert verdeckt allerdings große Unterschiede zwischen den verschiedenen Nationalitäten. Angehörige von den Nachbarstaaten, z.B. Holländer, Franzosen, Österreicher usw. hatten eine Beschäftigungsrate, die nicht sehr von der der Deutschen

abwich. Dagegen arbeiteten von den Italienern 68 Prozent, von den Griechen und Spaniern jeweils 71 Prozent, von den Türken 76 Prozent, von den Portugiesen 79 Prozent und von den Jugoslawen sogar 80 Prozent.

Die Anwesenheit von einer großen Anzahl ausländischer Arbeiter ist nicht auf die Bundesrepublik beschränkt. In fast allen anderen europäischen Industrieländern werden mehr und mehr Arbeiter benötigt und im Auslande angeworben. So leben heute in Frankreich ebenfalls über drei Millionen Menschen aus anderen Ländern. Hier hatte die Einwanderung unmittelbar nach dem Kriege begonnen. Wie in der Bundesrepublik waren auch hier die Italiener zunächst am stärksten vertreten. Bald kamen jedoch vorwiegend Spanier, die in den frühen sechziger Jahren die stärkste ausländische Gruppe bildeten. In der letzten Zeit waren es vor allem Portugiesen, die als Arbeiter nach Frankreich kamen. Die Zahl der Marokkaner, Türken, Jugoslawen und Tunesiern nimmt ebenfalls ständig zu.

Während der gesamten Nachkriegszeit gab es außerdem ungezählte Algerier in Frankreich - ungezählt, weil über sie keine Statistiken geführt wurden, solange Algerien noch französische Kolonie war und die Algerier die französische Staatsangehörigkeit hatten. Erst seit 1962, dem Jahre der algerischen Unabhängigkeit, wurde die algerische Einwanderung offiziell geregelt, und im Jahre 1969 waren über 600.000 Algerier bei den französischen Behörden registriert.

Noch heute gibt es keine Statistiken über Angehörige der noch bestehenden französischen Kolonien, der westindischen Inseln Martinique und Guadeloupe und der afrikanischen Insel Réunion. Die Zahl der Arbeiter aus den ehemaligen zentralafrikanischen Kolonien, (Senegal, Mali, Mauretanien) ist ebenfalls unbekannt, weil deren Anwesenheit in Frankreich aus rassischen Gründen nicht sonderlich erwünscht ist und ihnen deshalb die Einwanderung schwer gemacht wird. So kommen die meisten von ihnen auf illegalem Wege nach Frankreich und sind die Opfer von Menschenhändlern, die sie gegen hohe Bezahlung ins Land schmuggeln und ihnen für ebenfalls enorme Summen schlecht bezahlte Schwarzarbeit und einen Unterschlupf in Massenquartieren besorgen. Insgesamt halten sich schätzungsweise um die 200.000 Schwarze aus Afrika oder den westindischen Inseln in Frankreich auf.

Ähnlich wie in Frankreich hatten auch in Großbritannien die Angehörigen der Kolonien ursprünglich uneingeschränkten Zutritt in das sogenannte "Mutterland". Dieses Recht wurde ihnen auch nach der Unabhängigkeit noch zugesprochen, wenn sie dem Commonwealth beitraten, einer nei-imperialistischen Einrichtung, durch die sich Großbritannien unter dem Vorwande der Partnerschaft politische Rechte

und wirtschaftliche Vorteile sicherte. Doch setzten die Rassisten in England dem Recht der Commonwealth-Einwohner auf Zugang nach England bald ein Ende, und seit 1962 wird kaum ein farbiger Arbeiter mehr in das Land gelassen.

Im Jahre 1966 lebten etwa 230.000 Inder, nahezu 150.000 Pakistaner sowie über 320.000 Westinder in Großbritannien. Ihre Zahl nimmt nur noch durch die Einreise von Familienangehörigen zu, denen bislang noch ein - wenn auch beschränktes - Recht auf Einwanderung zusteht, sowie durch hochqualifizierte Kräfte wie Ärzte, Schwestern und Techniker, bei denen man die Hautfarbe gern übersieht, solange sie gebraucht werden. Die auf britischem Boden am stärksten vertretene ausländische Nation sind die Iren, von denen etwa 740.000 in England und Schottland leben. Die Iren genießen als ehemals Kolonisierte einen Sonderstatus in Englang und hatten bisher das Recht auf unbeschränkte Einwanderung. Doch wird die jetzige Regierung auch dem ein Ende setzen.

Anders als in der BRD und in Frankreich, erlebt die britische Wirtschaft eine fast chronische Krise, und es werden keine zusätzlichen Arbeitskräfte gebraucht. Auch die Einwanderung von Ausländern aus Westeuropa wird sehr schwer gemacht. Unmittelbar nach dem Kriege, als die englische Industrie noch intakt war, wurden Italiener, Polen, Deutsche, sogar ehemalige Kriegsgefangene für die englische Industrie geworben, doch schon in den frühen fünfziger Jahren zogen Europäer nur noch vereinzelt auf die britische Insel. Heute leben dort etwas über eine halbe Million aus dem europäischen Ausland (ohne Iren), doch nimmt ihre Zahl eher ab als zu. Insgesamt hat Großbritannien eine Einwanderungszahl von 2,6 Millionen, das sind ungefähr 5 Prozent der Bevölkerung des Landes. Doch muß festgehalten werden, daß seit dem Zweiten Weltkrieg fast ebenso viele Briten das Land verlassen haben, so daß sich die Bevölkerung durch die neu Hinzugekommenen nicht vermehrt, sondern nur ihren Bestand erhalten hat. In der BRD allein arbeiteten im Jahre 1971 etwa 19.000 britische Techniker und Facharbeiter, die der schlechten Arbeitsmarktlage zu Hause entflohen sind.

Die Schweiz hat mit fast einer Million Einwanderer, das sind 16 Prozent der Gesamtbevölkerung, den größten Ausländeranteil aller Länder Westeuropas. Seit 1945 hat hier der Ausländerstrom kaum abgenommen. Die Italiener machen 55 Prozent aller Ausländer aus und sind damit am stärksten vertreten. Ihnen folgen die Deutschen (12 Prozent aller Ausländer) und die Spanier (10 Prozent). Ferner gibt es noch Einwanderer aus anderen benachbarten Staaten (Frankreich und Österreich), sowie auch eine beachtliche Anzahl Jugoslawen. In der Schweiz ist der Anteil der Beschäftigten, die aus dem Ausland kommen, mit

REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

GEWERKSCHAFTLICHE VERTRAUENSLEUTE
FÜR EINE ANTIKAPITALISTISCHE BETRIEBSSTRATEGIE

Autorenkollektiv "express-international"

Diese Schrift wendet sich an die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben, an die aktiven Gewerkschafter, die ihre Kolleginnen und Kollegen dafür gewinnen wollen, eine gewerkschaftliche Politik der konsequenten Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten nachdrücklich zu unterstützen. Die Schrift ist nach langen Diskussionen aus der Zusammenarbeit von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Gewerkschaftsfunktionären, Bildungsreferenten und gewerkschaftlich orientierten Wissenschaftlern entstanden.

Folgende Themen werden behandelt: Die kapitalistische Organisation des Betriebes - Der Doppelcharakter der Forderungen - Die bisherige gewerkschaftliche Betriebspolitik - Die bisherige Arbeit der Interessenvertretung im Betrieb - Management und Vertrauensleute - Betriebsnahe Gewerkschaftspolitik - Betriebsnahe Tarifpolitik - Betriebsnahe Bildungsarbeit - Mitbestimmung im Betrieb als Gegenmacht - Kontrolle von unten statt Delegation von oben - Zukünftige Rolle und Organisation der Vertrauensleute - Durchsetzung dieser Strategie.

54 Seiten, broschiert, DM 2.5o
Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4
Postfach 591, Tel. 0611 - 832593

30 Prozent höher als in allen anderen westeuropäischen Ländern. Obwohl die Unternehmer von der Arbeit der Ausländer profitieren, haben fremdenfeindliche Gruppen erfolgreich Druck auf die Regierung ausgeübt, so daß die Einreise der Ausländer jetzt sehr beschränkt wird.

In Belgien und Luxemburg ist der Ausländeranteil mit 7 bzw. 8 Prozent der Gesamtbevölkerung ebenfalls beachtlich. Zu Beginn der Wanderungen waren die Italiener auch hier die weitaus stärkste Gruppe, doch kommen heute hauptsächlich Türken und Nordafrikaner nach Belgien. In Schweden, wo 1969 erst 2,2 Prozent aller Beschäftigten aus dem Ausland kamen, nimmt die Anzahl der Ausländer ständig zu, und zwar kommen diese hauptsächlich aus Finnland und Südeuropa.

In allen westeuropäischen Ländern zusammen leben heute annähernd 11 Millionen Ausländer. 11 Millionen - das entspricht fast der gesamten Bevölkerung der Niederlande und übersteigt die Bevölkerung Belgiens, Schwedens, Portugals, Griechenlands oder Österreichs. 11 Millionen mal wurde die Entscheidung getroffen, zu Hause die Zelte abzubrechen und sich für kurz oder lang in der Fremde niederzulassen. Oder wer traf die Entscheidung? In wessen Interesse findet diese Massenwanderung statt? Es steht fest, daß die Unternehmer diese Wanderungen angeregt haben, weil sie mehr Arbeiter ausbeuten, mehr Profite machen wollen. Wie sie das machen, wollen wir in den folgenden Kapiteln erörtern.

Anzeige

Eberhard Schmidt:
ORDNUNGSFAKTOR ODER GEGENMACHT
DIE POLITISCHE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN

Die bundesrepublikanischen Gewerkschaften haben sich dem Diktat der staatlichen Einkommenspolitik unterworfen. Stabilitätsgesetz und Konzertierte Aktion zwingen die Gewerkschaftsführung zu einer Balancepolitik zwischen den berechtigten Ansprüchen der Mitglieder und den Rücksichten auf die Wirtschaftspolitik der Regierung. Die Schrift untersucht, wie die Etappen der Integration der Gewerkschaften nach 1945 verlaufen sind und analysiert ausführlich die Ursachen und Elemente der wilden Streiks vom September 1969. Ein dritter Teil des Buches beschäftigt sich mit Strategieansätzen, die eine gewerkschaftliche Gegenmacht im Betrieb begründen könnten. Ein Anhang mit ausgesuchten Dokumenten zu den Streiks von 1969 beschließt den Band.

Verlegt bei edition suhrkamp, DM 8.--
Bezug: Bücher- & Papervertrieb, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

IV. DIE ARBEITS- UND LEBENSBEDINGUNGEN DER AUSLÄNDISCHEN ARBEITER IN DER BRD

a) Wo arbeiten die Ausländer?

Wenn ein ausländischer Arbeiter in die BRD kommt, hat er keine Vorstellung von dem, was ihn hier erwartet. Zu Hause hat er einen Arbeitsvertrag unterzeichnet, und er weiß, daß er in einem Stahlwerk, in einem Bauunternehmen oder in einer Textilfabrik arbeiten muß. Doch hat er wahrscheinlich noch nie eine Fabrik von innen gesehen. Die Geschäftigkeit, der Lärm, die Gerüche, alles ist ihm fremd und schafft ein gewisses Unbehagen in ihm. Wird er es hier einen Tag, ein Jahr lang - oder wie lange - aushalten können?

Der Meister führt ihn an seinen Arbeitsplatz, wo ihn zumeist ein Landsmann "anlernen", d.h. die nötigsten Handgriffe zeigen soll. Eingestuft als "ungelernter Arbeiter", als "Handlanger", der auf deutsch "alle Dreckarbeit" macht, muß er sofort mit der Arbeit beginnen. Nur selten, nämlich dann wenn eine ganze Gruppe von Ausländern neu in den Betrieb kommt, wird eine Einführung in diese neue Welt der Arbeit gegeben. Solchen Arbeitern wird kurz etwas über den Betrieb gesagt und sie werden über die wichtigsten Sicherheitsvorkehrungen informiert. Die anderen müssen alles, was wissenswert ist, von ihren Landsleuten erfragen. Wenn niemand dieselbe Sprache spricht, hat es ein Ausländer schwer, das Nötigste in Erfahrung zu bringen.

Ein neuer Arbeiter, der über nichts bescheid weiß, der seine Pflichten und Rechte nicht genau kennt, wird leicht von den Arbeitskollegen herumkommandiert. Ein Ausländer erfährt dazu häufig eine gewisse Mißachtung von Seiten seiner deutschen Kollegen. Dazu ein Grieche aus Köln:

> Die Deutschen betrachten und behandeln uns einfach als minderwertig. Jeder Deutsche hält sich, sofern er mit einem Gastarbeiter im Betrieb zusammenarbeitet, automatisch für seinen Vorgesetzten. Bevorzugte Arbeiten werden nur den Inländern übergeben.

Ähnliche Erfahrungen machen fast alle Ausländer zumindest am Anfang ihres Aufenthalts in der BRD. Viele deutsche Arbeiter haben eine bessere Position inne als die ungelernten Ausländer, und so ist es nicht erstaunlich,

wenn sich die Ausländer benachteiligt und bevormundet fühlen. So berichtet ein Bauarbeiter verbittert:

> Vier Tage Anlernzeit und dann Fließband, Steine tragen, Lasten heben! Alle schweren körperlichen Arbeiten werden den Gastarbeitern aufgebürdet. Zum Beispiel lassen die Deutschen den Gastarbeiter die grobe Arbeit tun - ein großes Rohr freigraben - und stehen dabei, schauen zu und rauchen eine Zigarette. Anschließend ziehen sie mit wenigen Handgriffen einige Schrauben an. Und bald fühlt sich der Gastarbeiter benachteiligt.

Daß die ausländischen Arbeiter die schmutzigsten, unangenehmsten, am schlechtesten bezahlten und oft gefährlichsten Arbeiten ausführen, ist kein Zufall, sondern durch die Politik der Unternehmer bedingt. Als in der BRD die Arbeitskräfte knapp wurden, hatten die Unternehmer die Wahl, entweder die Löhne für die wenig gefragten Arbeiten zu erhöhen, so daß diese durch gute Bezahlung wieder attraktiv wurden, oder aber Arbeiter aus dem Ausland anzufordern, die diese Arbeiten für einen niedrigen Lohn ausführen würden. Da ersteres den Profit schmälern würde, entschieden sich die Unternehmer für die zweite Lösung.

Der Jahresvertrag bindet den Ausländer für ein ganzes Jahr an eine Arbeit, die ihm nicht gefällt, der er oft nicht gewachsen ist. Nach einem Jahr kann er - theoretisch - den Arbeitsplatz wechseln, wenn es ihm nicht paßt. Der Arbeitgeber kann dann an seiner Stelle einen neuen Ausländer anfordern. Es gibt ja genug von ihnen, in den Ursprungsländern reißen sie sich um die Verträge. In Wirklichkeit ist die Möglichkeit für den Ausländer, eine bessere Arbeit zu finden eine Illusion. Fast überall bietet man Ausländern nur die am wenigsten begehrten Arbeitsplätze an, und an die guten Stellen läßt man höchstens solche Ausländer heran, die sich in der Firma schon "bewährt" haben, d.h. die schon viele Jahre in ein und demselben Betrieb geschuftet und nie aufgemuckst haben. Also haben die Ausländer nach einem Jahr nur die Wahl, entweder in ihrem Betrieb zu bleiben, und zwar ganz unten, wo sie angefangen haben, oder sie können zu einem anderen Betrieb überwechseln, wo ihnen ebenfalls die unangenehmsten Aufgaben zugeteilt werden.

Die Arbeitsplätze, die vorwiegend den ausländischen Arbeitern angeboten werden, häufen sich in manchen Abteilungen einzelner Betriebe und konzentrieren sich auf einige bestimmte Wirtschaftszweige. Dazu gehört die Fließbandarbeit in fast allen verarbeitenden Gewerben, die wegen ihrer Monotonie und gleichzeitig hohen körperlichen und seelischen Anforderungen äußerst unbegehrt ist. Bei Ford in Köln sind z.B. 90 Prozent aller Montagearbeiter an den Fließbändern Ausländer, hauptsächlich Türken. In den Bergwerken sind fast alle neu

Eingestellten Ausländer (vornehmlich aus der Türkei), weil die Söhne deutscher Bergarbeiter, die bisher für den Nachwuchs gesorgt hatten, versuchen, in anderen Industriezweigen bessere Arbeitsbedingungen und eine sichere Zukunft zu finden. In den Dienstleistungssektoren müssen sich die Ausländer mit den unangenehmsten Stellen begnügen: die Männer arbeiten in der Müllabfuhr (90 % der in der Münchner Stadtreinigung Beschäftigten sind Ausländer) und die Frauen werden Putzfrauen oder arbeiten als Küchenhilfen.

Tabelle 2 soll zeigen, wie sich die ausländischen Arbeiter auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche verteilen.

Tabelle 2: Ausländische Arbeiter nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen, Juni 1970

	Männer	Frauen	insgesamt
Anzahl d. Beschäftigten	1 305 352	533 507	1 838 859
Eisen- u. Metallerzeugung und -verarbeitung	40,1 %	35,6 %	38,9 %
Textil- u. Bekleidungsgewerbe	5,2 %	16,4 %	8,5 %
Sonstige verarbeitende Gewerbe	14,3 %	20,1 %	15,9 %
Baugewerbe	22,7 %	0,5 %	16,2 %
Private Dienstleistungen	2,6 %	9,7 %	4,7 %
Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	2,5 %	10,3 %	4,7 %
Sonstiges	12,6 %	7,4 %	11,1 %
Insgesamt	100,0 %	100,0 %	100,0 %

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Ausländische Arbeitnehmer 1970, (Nürnberg, 1971), S. 62-63.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, sind 40 % aller ausländischen Männer in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigt. Diese Zahl verrät allerdings nichts über die Ballung der Ausländer innerhalb einzelner Betriebe und Betriebsabteilungen. So gibt es wohl in der Bundesrepublik kaum noch eine Gießerei - bekannt für die ausgesprochen harten Arbeitsbedingungen - in der die Ausländer nicht in der Mehrzahl sind. In der Kraftfahr-

zeugindustrie, wo die Arbeiter durch Akkordlöhne auf Trab gehalten werden, oder wo das Fließband den Arbeitsrhytmus bestimmt, kommen in den größeren Betrieben oft mehr als ein Drittel der Belegschaft aus dem Ausland. Bei Ford in Köln waren im Frühjahr 1972 von 25.429 Lohnempfängern 14.459 Ausländer (d.h. 56,9 %).

Mehr als ein Fünftel der ausländischen Männer arbeiten im Straßen- oder Häuserbau, wo die Unfallrate höher ist als in allen anderen Wirtschaftsbereichen. Es gibt Bauunternehmer, die sich auf Ausländer "spezialisieren", d.h. fast ausschließlich Ausländer einstellen. Diese zahlen niedrigere Löhne als andere Firmen und können daher "billiger produzieren" als ihre Konkurrenten. Auf diese Weise ergattern sie sich profitbringende Aufträge. Oft werden Bauaufträge an ausländische (häufig jugoslawische) Firmen vergeben, die Landsleute aus der Heimat kommen lassen und sie hier zu Löhnen einstellen, die dem Lohnniveau zu Hause entsprechen aber weit unter den in der BRD üblichen Löhnen liegen. Dies ist eine besondere Form der Ausbeutung ausländischer Arbeiter.

Ein weiteres Fünftel der ausländischen Männer sind in anderen verarbeitenden Gewerben (ohne Metallverarbeitung - in der Tabelle unter "sonstige verarbeitende Gewerbe" und "Textilgewerbe" zusammengefaßt) beschäftigt. Auch hier sind sie durchaus nicht gleichmäßig auf alle Industriezweige verteilt. In der für schlechte Gerüche und schmutzige Arbeit bekannten Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung sind 17 % aller Beschäftigten Ausländer.

Bei den ausländischen Frauen ist die Ballung in einigen wenigen Wirtschaftsbereichen gleichermaßen markant. Fast 40 % von ihnen arbeiten in der Eisen- und Metallindustrie, die meisten an Fließbändern in der Elektroindustrie, wo schnelle und genaue Arbeit verlangt wird. Eine überraschend große Zahl (fast 40.000) ausländischer Frauen sind in der Eisen-, Stahl- und Metallerzeugung beschäftigt. Im Textil- und Bekleidungsgewerbe, in dem ausgesprochen niedrige Löhne gezahlt werden, arbeiten 16 % von ihnen. Weitere 20 % sind in anderen verarbeitenden Gewerben tätig. Im öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor sind die ausländischen Frauen ebenfalls stark vertreten: Hier arbeiten jeweils 10 % von ihnen. Bekanntlich sind Arbeiten wie putzen, servieren, kochen usw. von geringem Ansehen und die dafür gezahlten Löhne niedrig.

Wenn die Ausländer hauptsächlich einige wenige Beschäftigungen ausführen, muß es auch solche Beschäftigungen geben, in denen sie selten oder nie zu finden sind. Das trifft vor allem für die Angestellten- und Beamtenberufe zu. Während etwa 7 % der deutschen Berufstätigen im Beamten- und 26 % im Angestelltenverhältnis stehen, hat es nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit nur 1 % der Ausländer zu einer Angestelltenposition gebracht, und Beamte findet man unter den Ausländern überhaupt nicht.

Die Konzentration der Ausländer auf einige Wirtschaftsbereiche und innerhalb dieser auf die weniger angenehmen Beschäftigungen ist nicht nur in der BRD zu finden. In allen westeuropäischen Ländern mit einer großen ausländischen Bevölkerung ist ein wesentlicher Teil von ihnen in der Metallgewinnung und -verarbeitung, im Textil- und Bekleidungsgewerbe, in der Gummiindustrie, sowie in den Dienstleistungen (z.B. im Gaststättengewerbe oder in Privathaushalten) beschäftigt. In Großbritannien kommt außerdem ein hoher Anteil der im Transportwesen Tätigen von Übersee, und in Frankreich sind die Ausländer in der Landwirtschaft zahlreich vertreten. In Belgien werden die Ausländer außer für die Industrie auch für die Bergwerke angeworben. In der Schweiz schließlich, wo nicht weniger als 40 % aller im Produktionssektor Beschäftigten aus dem Ausland kommen, machen die Ausländer in allen Industriezweigen einen wesentlichen Bestandteil aus.

So bilden die ausländischen Arbeiter zusammen mit den deutschen Arbeitern das Fundament in der westeuropäischen Wirtschaft: Die gesamte Volkswirtschaft stützt sich auf die Ausländer und könnte ohne ihre Anwesenheit nicht mehr funktionieren. Denn was würde geschehen, wenn es keine Ausländer mehr gäbe und dadurch plötzlich alle Gießereien lahmgelegt würden, wenn (wie bei Felten und Guilleaume in Köln, wo ganze Pressebesatzungen aus Ausländern bestehen) einzelne Abteilungen in den Fabriken nicht mehr funktionieren könnten, wenn das Baugewerbe ohne Handlanger auskommen müßte, wenn 17 % der Beschäftigten in der Gummiindustrie ausfielen, wenn in den Warenhäusern, Alters- und Kinderheimen niemand mehr putzen und wenn in den Gaststätten und Hotels niemand mehr bedienen würde; und - für den Bundesbürger fast undenkbar - wenn keine Autos mehr produziert würden?

Die wesentliche Rolle, die die Ausländer in unserer Wirtschaft spielen wird allzu oft übersehen, wenn von dem "Ausländerproblem" die Rede ist. Nicht nur müssen sich die Ausländer mit den am wenigsten begehrten und am niedrigsten bewerteten Arbeiten begnügen, sondern auch auf dem Wohnungsmarkt und überhaupt im sozialen Leben müssen sie sich mit dem zufrieden geben, was ihnen unser sogenannter Wohlstandsstaat abwirft.

b) Wie wohnen die Ausländer?

Die meisten neu einreisenden ausländischen Arbeiter finden zunächst in einem firmeneigenen Wohnheim eine Unterkunft. Ein Arbeitgeber, der Ausländer anfordert, muß nach dem Gesetz eine Schlafstelle zur Verfügung stellen. Diese muß gemäß den Richtlinien des Bundesministeriums für Arbeit bestimmte Voraussetzungen erfüllen. So steht z.B. einem jeden Mieter ein Mindestraum von acht Quadratmetern zu, und für je zehn Bewohner des Heimes muß eine Toilette und eine Waschgelegenheit vorhanden sein. Dem Paragraphen nach werden die firmeneigenen Wohnheime von der Bau- und Gesundheitspolizei kontrolliert, doch wie fast jeder, der einmal einen Ausländer in einer Massenunterkunft besucht hat, feststellen kann, kann es mit der Überwachung nicht so weit her sein. Immer wieder hört man von skandalösen Verhältnissen in den Wohnheimen, in denen die Arbeiter zu viert, zu sechst oder zu acht auf dem geringsten Raum zusammengepfercht sind. Ein Aufenthaltsraum, in dem die Arbeiter ohne ihre schlafenden Kollegen zu stören (viele Ausländer arbeiten nachts und müssen tagsüber schlafen) zusammensein können, gibt es auch nicht immer. Die Waschgelegenheiten sind oft so primitiv und so defekt, daß man sich nur wundern kann, wie die Insassen die ersten Regeln der Hygiene befolgen können.

Die Frankfurter Rundschau vom 21.2.1970 berichtete über eine "Razzia des guten Willens", die der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister in Bauarbeiterunterkünften durchführte.

"Die Kontrolleure entdeckten ... eine Reihe haarsträubender Unterkünfte, die den bescheidenen Mindestnormen des noch heute gültigen Gesetzes über die Unterkünfte bei Bauten aus dem Jahre 1934 keineswegs mehr gerecht wurden. Da hausten Gastarbeiter in windschiefen Bauwagen und -buden, in Kellern von Neubauten, schliefen auf zerlumpten Lagern auf Fußböden, Tischen und Bänken neben feuergefährlichen Kochstellen und zwischen herumliegenden Abfällen. Mitunter fehlten Stühle, Fenster oder zumindest ausreichende Frischluftzufuhr. Die Behausungen waren zum Teil überbelegt, vor allem solche in festeren Holz- und Steinbaracken.

Boiler für Warmwasser zur Körperpflege entdeckten die Kontrolleure nur in etlichen Musterunterkünften, die es natürlich auch gibt. 'Normalerweise' müssen die auf der Baustelle übernachtenden Arbeiter sich - auch im Winter - ihr Wasser kalt aus der Leitung holen, die irgendwo auf dem Bauplatz installiert ist ....

Auf Bauhöfen entdeckten die Kontrolleure auch ganze Familien unter unzumutbaren Wohnverhältnissen.

In Baden Württemberg wurde im Jahre 1971 festgestellt, daß nicht weniger als 82 % aller von den Behörden untersuchten Bauarbeiterunterkünften nicht den Vorschriften entsprachen.

Aber nicht nur die ausländischen Bauarbeiter leben unter unwürdigen Bedingungen. Auf Fabrikgeländen werden Baracken für Ausländer, die ebenfalls eine systematische Kontrolle von seiten der Behörden nötig hätten. Oft sind diese (wie z.B. G. Wallraff in Konkret Nr. 4 im Januar 1969 mit Bildern belegte) durch Stacheldraht umzäunt, und der Ein- und Ausgang der Arbeiter aber vor allem auch der Besucher wird aufs Schärfste kontrolliert. Mäuse und Ratten gehören häufig zu den treuesten Haustieren, da für eine Müllabfuhr nicht gesorgt ist und der Abfall irgendwo in der Nähe der Baracke aufgehäuft wird. In Dachau wurden beim Beginn der italienischen und spanischen Einwanderung die Baracken des ehemaligen KZ wieder "hergerichtet" und Ausländer darin untergebracht.

Manche Arbeitgeber rühmen sich der Tatsache, daß die Arbeiter nichts für ihre Unterkunft zu bezahlen brauchten. Doch macht die Mehrzahl von ihnen aus den Baracken oder anderen Behausungen ein ansehnliches Geschäft. Sie lassen sich die "Zimmer" pro Person bezahlen, so daß ein etwa 12 Quadratmeter großer Raum in einer Holzhütte mit sechs Personen in drei Doppelbetten sechs mal 50 oder 60 DM, also 300 bis 360 DM einbringt. Eine ganze Baracke oder ein altes Fabrikgelände, in denen an die 200 Ausländer hausen, bringt eine monatliche Summe von 10.000 bis 12.000 DM ein. Laut Bericht über die Bauarbeiterunterkünfte in Nordrhein-Westfalen können nur die Unterkünfte kostenlos benutzt werden, die sich bei einer Baustelle fernab von einem Ort befinden.

Nun darf man hier den Einwand nicht übergehen, daß nicht in allen Wohnheimen derartige Bedingungen herrschen. In der Tat hat die Bundesanstalt für Arbeit einigen Arbeitgebern und den Wohlfahrtsverbänden Mittel für den Bau von Ausländerunterkünften zur Verfügung gestellt. Diese Wohnheime sind im allgemeinen modern und gut eingerichtet, wenn auch das Vierer-, Sechser- oder Achterzimmer häufiger ist als das Zweibettzimmer, und Einzelzimmer kommen so gut wie nie vor. Die Bundesanstalt rühmt sich ob dieser "sozialen Leistung", durch die bis Ende September 1970 insgesamt rund 135.000 "Bettplätze" (Zimmer stehen ausländischen Arbeitern gar nicht erst zu) in 2.245 Ausländerwohnheimen und 985 Familienwohnungen zur Verfügung gestellt worden sind - eine beachtliche Leistung bei einer ausländischen Bevölkerung von drei Millionen!

Im Herbst 1968 lebten insgesamt ein Drittel aller ausländischen Arbeiter und etwa ein Viertel aller Arbeiterinnen in firmeneigenen Unterkünften, einschließlich der Wohnheime, die mit Mitteln der Bundesanstalt gebaut wurden. Diese Ausländer wurden kaum aus rein menschlichen Erwägungen untergebracht. Abgesehen von den Profiten, die die Arbeitgeber durch die Mieten machen, erwähnt die Bundesanstalt in ihrem Bericht über die "Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer" im Jahre 1965 noch den folgenden Gesichtspunkt:

> Im allgemeinen haben die Arbeitgeber die Bedeutung einer wohnlichen und zweckentsprechenden Unterkunft erkannt; sie erleichtert nicht nur die Anpassung, sondern bindet auch die ausländischen Arbeitnehmer enger an den Betrieb und vermindert dadurch die Abwanderungsquote.

Wie "allgemein" diese Erkenntnis der Arbeitgeber ist, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß viele Arbeitgeber die Notlage der Ausländer auf dem Wohnungsmarkt ausnutzen und ihnen eine Unterkunft zur Verfügung stellen, durch die sie sie an sonst unannehmbare Arbeitsplätze binden. Dadurch befinden sich die ausländischen Arbeiter in einer doppelten Abhängigkeit von ihrem Arbeitgeber: nicht nur können sie es nicht riskieren, ihren Arbeitsplatz und damit ihren Verdienst und häufig sogar die Aufenthaltserlaubnis für die BRD zu verlieren, sondern über Nacht wären sie im Falle einer Entlassung auch obdachlos.

Die Ausländer sind den Arbeitgebern nicht nur während der Arbeitszeit, sondern auch während der gesamten Freizeit ausgeliefert. Ein Vertreter des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau drückte diesen Sachverhalt folgendermaßen aus:

> Bei uns bilden Heim und Betrieb organisatorisch eine Einheit. Die Heime sind zecheneigen, wodurch die Ausländer von A bis Z unter unserer Betreuung stehen.

Diese "Betreuung" besteht darin, daß der Arbeitgeber in der Heimordnung bestimmt, ob und wann Besuch zugelassen werden darf, und wer im Hause erwünscht ist oder nicht. Unerwünscht sind vor allem Gewerkschaftler oder andere Personen, die die Ausländer über ihre Rechte aufklären oder auch nur deren Wohnbedingungen ansehen wollen.

Welche Konsequenzen die Kontrolle der Ausländerwohnungen nicht nur für die ausländischen Arbeiter haben können, kann an dem folgenden Beispiel veranschaulicht werden: Als im November 1967 die Arbeiter der Gummifabrik Dunlop in Hanau streikten, schickte der Arbeitgeber den türkischen Dolmetscher in das firmeneigene Ausländerwohnheim mit der Nachricht, daß die Arbeiter in Autos zur Arbeit abgeholt würden. Jeder, der sich weigere, zur Arbeit zu gehen, werde sofort aus dem Wohnheim ausgewiesen. In diesem Fall gelang dem Arbeitgeber sein Streich nicht.

Die Gewerkschaften konnten rechtzeitig das Schlimmste verhindern. Doch was passiert, wenn deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam einen inoffiziellen Streik durchführen? Dann sind die Ausländer mehr noch als die deutschen Arbeiter wehrlos dem Druck von Unternehmern und Behörden ausgeliefert. Viele Ausländer sind bei Arbeitskämpfen gezwungen, ihre Unterkunft, Arbeitsstelle und Aufenthaltserlaubnis in der BRD zu riskieren.

Kein Wunder, daß die ausländischen Arbeiter so bald wie möglich versuchen, aus dem Wohnheim auszuziehen und sich privat ein Zimmer zu nehmen. Doch stehen sie auf dem "freien" Wohnungsmarkt neuen Problemen gegenüber. Frei sind hier die Vermieter, die sich ihre zukünftigen Mieter aussuchen und ihnen so viel Miete abverlangen können, wie es ihnen gerade in den Sinn kommt, und frei sind die Wohnungssuchenden von allen Rechten. Ein Ausländer ist den meisten kleinbürgerlichen Haus- oder Wohnungseigentümern selten genehm: "die sind schmutzig", "die machen so viel Lärm", "ich habe eine halb-erwachsene Tochter, da kann ich doch keinen Ausländer ins Haus lassen" und was für Gründe auch immer gegen die Aufnahme von Ausländern vorgebracht werden.

Dahingegen gibt es andere Vermieter, die sich auf Ausländer "spezialisieren". Sie kaufen alte, abbruchreife Häuser auf und stopfen sie vom Keller bis zum Dachgeschoß voll mit Ausländern, pro Zimmer, pro Loch in der Wand drei bis sechs oder acht Leute, je nachdem, wieviel Doppelbettgestelle darin Platz finden. Bezahlt werden pro Person 40,--, 60,--, ja sogar 80,-- oder 100,-- DM, je nachdem in welcher Notlage sich die Ausländer befinden. Ein solches Haus bringt dem Eigentümer mehr an Miete ein, als eine vornehme Vorortvilla mit Schwimmbad, die vom Rechtsanwalt X oder Fabrikdirektor Y gemietet wird. Gegenüber dem Wohnheim hat eine solche Unterkunft nur den Vorteil, daß man nicht mehr auf Gedeih und Verderb dem Arbeitgeber ausgeliefert ist.

Außer diesen gettoartigen Behausungen der Ausländer in Abbruchvierteln mancher Großstädte, schlüpfen viele Ausländer mit ihren Familien in den Dachkammern der bürgerlichen Mietshäuser unter. Für ihre Dachluken zahlen sie oft mehr, als die Mieter der unteren Großetagenwohnungen.

Es handelt sich hier nicht um einzelne Ausländer, die halt das Pech hatten, keine bessere Wohnung zu finden. Die Bundesanstalt für Arbeit selbst gab die folgende alarmierende Statistik bekannt: Ein Drittel aller italienischen, griechischen, spanischen und türkischen Familien lebten 1967 in Notwohnungen oder provisorischen Unterkünften. Daß der Rest, der in "Normalwohnungen" untergebracht war, kaum luxuriös wohnte, zeigen z.B. die Ergebnisse einer Untersuchung von W. Hollenberg in Nord-

rhein-Westfalen. Hier mußten sich 1967 mehr als die Hälfte aller ausländischen Familien mit einem möblierten Zimmer begnügen. Eine andere Untersuchung in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahre 1971 ergab, daß nur 40 % aller dort lebenden Ausländer eine eigene Küche, 32 % eine eigene Toilette und nur 16 % ein eigenes Bad hatten. 30 % hatten nicht einmal ein eigenes Bett.

Natürlich gibt es einige ausländische Familien, denen es gelungen ist, eine vernünftige Wohnung zu finden. Doch kann man in solchen Fällen fast immer feststellen, daß die Ausländer mehr für eine vergleichbare Unterkunft zahlen müssen, als deutsche Arbeiter. In Sozialwohnungen ist es bisher kaum einem Ausländer gelungen unterzukommen, obwohl ihr im allgemeinen niedriges Einkommen dies mehr als rechtfertigen würde. Dies läßt den Schluß zu, daß Ausländer nicht nur auf dem freien Wohnungsmarkt diskriminiert werden, sondern daß auch die deutschen Behörden nicht frei von Vorurteilen sind.

c) Feiern die Ausländer oft krank?

Ehe ein Ausländer im Ursprungsland einen Arbeitsvertrag mit einer deutschen Firma erhält, muß er sich ärztlich untersuchen lassen. Auf diese Weise werden nur diejenigen als Arbeiter in die BRD zugelassen, die keine ansteckende Krankheit haben, die gut sehen und hören können, die weder an Herz- noch an Lungenbeschwerden leiden und die stark genug sind, schwere körperliche Arbeiten auszuführen. Die Ausländer, die hier bei uns mit der Arbeit beginnen, sind also durchweg gesunde, junge Männer und Frauen. Die Krankenversicherungsgesellschaften freuen sich über die Mitglieder, die für sie ein "geringes Risiko" darstellen, die also im Verhältnis weniger oft krank werden als deutsche Arbeiter.

Dennoch gibt es einige Krankheiten, die bei den Ausländern häufiger als bei der einheimischen Bevölkerung vorkommen. Hier ist vor allen Dingen die Tuberkulose zu nennen. Zwar wird kein Ausländer, der an Tuberkulose leidet, in die Bundesrepublik gelassen, dennoch holen sich viele von ihnen diese Krankheiten hier im Lande. Die Tuberkulose war schon immer eine Krankheit der armen Leute. Eine schlechte Ernährung macht für diese Krankheit anfällig, und überfüllte Wohnungen sorgen dafür, daß sich viele Menschen anstecken, wenn einmal einer davon befallen wird. So ist es nicht verwunderlich, daß die Ausländer, die im Durchschnitt weniger verdienen als die deutschen Arbeiter, die hohe Mieten zahlen müssen und die außerdem noch für die Rückkehr ins Heimatland sparen wollen, viel weniger fürs Essen ausgeben als deutsche Arbeiter. Daher fallen sie anstecken-

den Krankheiten leicht zum Opfer. Wenn sich jemand in einer der Ausländerunterkünfte einmal die Tuberkulose zuzieht, dann müssen mit großer Wahrscheinlichkeit sehr viele darunter leiden. Weitere Krankheiten, die sich unmittelbar aus den schlechten Wohnverhältnissen ableiten lassen und daher bei den Ausländern verhältnismäßig häufig vorkommen, sind Grippe, Bronchitis und Lungenentzündung. Wenn man der Tuberkulose und den anderen Erkrankungen der Atmungsorgane unter den Ausländern den Garaus machen will, muß man ihnen zunächst einmal anständige Löhne und Unterkünfte bieten.

Oft wird den Ausländern vorgeworfen, daß sie Geschlechtskrankheiten mit ins Land bringen. Natürlich ist dies unwahr, weil kein Ausländer mit einer Geschlechtskrankheit durch die ärztliche Kontrolle im Ursprungsland kommt. Es gibt allerdings einige, die sich eine solche Krankheit hier in der BRD holen. Auch hier kann man den Grund dafür schnell finden. Die Bundesregierung hat es den Ausländern immer schwer gemacht, ihre Familien nachkommen zu lassen. Da es die allein lebenden Ausländer im allgemeinen schwer finden, ein befriedigendes Verhältnis mit einer Frau (sei es mit einer Ausländerin oder einer Deutschen) zu haben, entweder weil sie ihrer Frau zu Hause nicht untreu werden wollen, oder weil sie von den deutschen Frauen nur mit Mißachtung aufgenommen werden, sind viele von ihnen auf die Prostitution angewiesen, um ihre natürlichen sexuellen Bedürfnisse zu befriedigen. Auf diese Weise hat sich manch ein Ausländer eine Krankheit zugezogen, wenn auch nicht so viele von ihnen unter Geschlechtskrankheiten leiden, wie es eine böswillige Presse oft behauptet. Die Antwort auf dieses Problem wäre die uneingeschränkte Zulassung der ausländischen Familien, damit die ausländischen Arbeiter bei uns ein normales und befriedigendes Familien- und Sexualleben führen können.

Weitere Krankheiten, die bei den Ausländern häufiger vorkommen als bei der restlichen Bevölkerung sind nervöse Beschwerden, vor allem des Magens. Das liegt zum Teil daran, daß sich die Ausländer bei uns auf eine vollständig andere Kost umstellen müssen, und das braucht einige Zeit der Gewöhnung. Zum anderen sind diese Beschwerden oft psychisch bedingt. Die ungeheure Umstellung, die ein Ausländer durchmachen muß, wenn er aus einem rückständigen Dorf in eine Großstadt kommt, wenn er sich dem Rhythmus einer Maschine unterwerfen muß, statt - wie zu Hause auf dem Felde - sich den Jahreszeiten anzupassen, wenn er ohne Familie in überfüllten Behausungen leben muß, kann nicht ohne störende Wirkung auf ihn bleiben. Wegen der schlechten Wohnverhältnisse und der zum Teil unzureichenden Ernährung, leiden auch viele ausländische Kinder an Magen- und Darmbeschwerden. Denn wo nur eine Toilette und ein Waschbecken für viele

Familien zur Verfügung stehen, zieht sich ein empfindliches Kind leicht eine Ansteckung zu.

Trotzdem kann man festhalten, daß die ausländischen Arbeiter wegen ihrer günstigen Altersstruktur weniger oft krank sind als deutsche Arbeiter. So war laut Angaben der Bundesanstalt für Arbeit der durchschnittliche Krankenstand der Ausländer im Jahre 1968 weit unter 5 %, während er für die Deutschen im selben Jahr um 6 % lag.

Dahingegen sind Arbeitsunfälle bei den Ausländern häufiger als bei deutschen Arbeitern, weil ihnen oft die gefährlichsten Arbeiten zugeteilt werden. Im Jahre 1969 hatten von den damals 1,3 Millionen beschäftigten Ausländer 286.900, also 22 %, einen Arbeitsunfall, verglichen mit 8,8 % bei den Deutschen.

d) Wie kriminell sind die Ausländer?

Den Ausländern wird häufig vorgeworfen, daß ein großer Teil von ihnen kriminell sei: "Die Ausländer halten immer das Messer bereit," und "Paradies für ausländische Gangster und Verbrecher" sind Bildzeitungsschlagzeilen, die Stimmung gegen die Ausländer machen sollen.

Wenn man jedoch die Kriminalität der Ausländer mit der der Deutschen vergleicht, kommt man zu dem Ergebnis, daß es im Verhältnis weniger ausländische als deutsche Verbrecher in der BRD gibt. Wo fremdenfeindliche Zeitungen oder andere Berichterstatter mit Prozentzahlen aufrücken, muß man diese sorgfältig untersuchen. So ist z.B. allgemein bekannt, daß die Kriminalität unter Männern im Alter zwischen 20 und 40 Jahren für alle Nationalitäten höher ist als für den Rest der Bevölkerung. Bei den Ausländern gehört ein viel größerer Anteil zu dieser Gruppe, da im Verhältnis weniger Frauen, Kinder und ältere Leute in der Bundesrepublik leben. So kann man also mit einiger Berechtigung allenfalls die Zahl der ausländischen Straftäter zwischen 20 und 40 Jahren mit der der Deutschen in derselben Altersgruppe vergleichen. Ein solcher Vergleich zeigt eindeutig, daß viel weniger Ausländer die Gesetze übertreten als die Deutschen. Z.B. wurden in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1965 im Verhältnis nur halb so viele Ausländer wie Deutsche straffällig. Auf 10.000 Deutsche entfielen 277 Delikte, aber auf 10.000 Ausländer nur 136. In Köln war im Jahre 1965 die Kriminalitätsziffer der Deutschen fast dreimal so hoch wie die der ausländischen Arbeiter, denn auf 10.000 Kölner entfielen 521 und auf 10.000 ausländische Arbeiter 189 Delikte.

Man darf auch nicht übersehen, daß keine getrennten

Statistiken für ausländische Arbeiter und andere Ausländer geführt werden. Die Kriminalitätsrate unter den ausländischen Soldaten ist z.B. sehr hoch, und deren Vergehen werden den Ausländern allgemein zugeschrieben, was dann den ausländischen Arbeitern in die Schuhe geschoben wird.

Dennoch kann man die Tatsache nicht übersehen, daß einige Delikte bei Ausländern häufiger vorkommen als bei Deutschen. Sexualverbrechen obwohl bei weitem nicht so oft von Ausländern begangen wie immer behauptet wird, sind bei ihnen häufiger als bei Deutschen. Die Gründe sind ähnlich, wie wir schon für das Auftreten der Geschlechtskrankheiten erwähnt haben. Viele alleinstehende ausländische Arbeiter können keine Freundin oder Frau finden um ihre sexuellen Bedürfnisse zu befriedigen und greifen in ihrer Not zu unrechtmäßigen Mitteln. Dabei muß allerdings beachtet werden, daß ein großer Teil der Sexualverbrechen der Ausländer Geschlechtsverkehr mit Minderjährigen ist. Bekanntlich geht hier die Initiative in mindestens der Hälfte der Fälle von den minderjährigen Mädchen selber aus, die ihre sexuelle Neugierde von den als "heiß" und "potent" bekannten Südländern befriedigt haben wollen.

Die Gewaltkriminalität, die bisweilen von Ausländern begangen wird, kommt der deutschen Bevölkerung sehr befremdend vor. Es käme kaum einem deutschen Ehemann in den Sinn, seine Frau oder ihren Liebhaber umzubringen, wenn er die beiden zusammen im Bett finden würde. Manche Ausländer hingegen haben zu Hause gelernt, daß sie nur auf diese Weise ihre verletzte Ehre wieder herstellen können. Es bedarf wohl kaum der Diskussion, wie unsinnig ein solches "Ehrgefühl" ist, das die Frau zum Eigentum des Mannes herabgewertet und ihr die freie Wahl des Partners nimmt. Gleichzeitig muß man aber betonen, daß solche Gewalttaten auch bei den Ausländern ausgesprochen selten sind. Dafür sind kaum jemals Ausländer für Verkehrstote verantwortlich, eine Art des Mordes, die bei uns mit Gleichmut geduldet wird.

Ein weiteres Vergehen, das den Ausländern häufig zugeschrieben wird, ist der Diebstahl. Hier handelt es sich allerdings nur um ein Gerücht. Wie in der Kölner Studie "Leben als Gastarbeiter" festgestellt wurde, wurden im Jahre 1965 nur 44 von jeweils 10.000 Ausländern wegen Diebstahls verurteilt, verglichen mit 214 von jeweils 10.000 Deutschen. Und selbst die Eigentumsdelikte, die von Ausländern begangen wurden, sind nur kleine Gelegenheitsdiebstähle, aber kaum jemals große Raub- oder Banküberfälle.

Die Behauptung, daß die Ausländer häufiger als die Deutschen kriminell werden, muß man als ein Vorurteil zu-

rückweisen. Wenn manche Zeitungen für Sensationslustige ein von einem Ausländer begangenes Verbrechen viel mehr hochspielt als ein ähnliches, bei dem ein Deutscher der Straftäter war, dann darf man sich nicht zu dem Schluß verleiten lassen, daß die Ausländer mehr oder schlimmere Verbrechen begehen als die Deutschen. Solche Vorurteile können nur den Unternehmern lieb sein, in deren Interesse es ist, wenn deutsche und ausländische Arbeiter nicht miteinander auskommen.

e) Warum sprechen die Ausländer nicht deutsch?

Es fällt den Unternehmern oft nicht schwer, die ausländischen und deutschen Arbeiter gegeneinander auszuspielen, da nur verhältnismäßig wenige ausländische Arbeiter deutsch sprechen und Mißverständnisse häufig sind. Hier ist die Frage berechtigt, warum sich die Ausländer nicht mehr um die deutsche Sprache bemühen, damit sie sich mit den Deutschen unterhalten und dadurch zu einem gegenseitigen Verstehen kommen können. Doch stehen die ausländischen Arbeiter beim Erlernen der deutschen Sprache einer Reihe von Problemen gegenüber.

Jeder deutsche Arbeiter, der einmal versucht hat, eine Fremdsprache zu lernen, wird wissen, wie schwer dies ist. Ein paar Brocken, mit denen man sich beim Einkaufen oder in einer Wirtschaft zurechtfinden oder mit denen man nach dem Weg fragen kann, lernt man verhältnismäßig schnell. Aber wenn man komplizierte Sachverhalte erklären will, dann muß man bald passen. Den meisten ausländischen Arbeitern fällt es aber noch schwerer als deutschen Arbeitern, eine neue Sprache zu erlernen. Wo - wie in Spanien und Portugal - auch die Grundschule Geld kostet, konnten es sich viele von ihnen nicht leisten, in eine Schule zu gehen, andere nur wenige Jahre. Das bedeutet, daß sie nie gelernt haben, die Grammatik ihrer eigenen Sprache zu verstehen, obwohl sie diese im Sprachgebrauch beherrschen. Auch ist es ihnen nie beigebracht worden, wie man systematisch lernt. Beides sind schwere Hindernisse beim Erlernen einer anderen Sprache.

Hinzu kommt, daß die Ausländer so viele Überstunden wie möglich machen müssen, damit sich ihr Aufenthalt in Deutschland überhaupt lohnt und sie ein bißchen Geld sparen können. Am Feierabend oder an den Wochenenden warten dann außerdem eine Reihe von Aufgaben auf sie: sie müssen ihr Essen kochen, ihre Wäsche waschen und in Ordnung bringen, das Zimmer putzen und schließlich Briefe nach Hause schreiben. Danach sinken sie zumeist erschöpft ins Bett. Nur wenige von ihnen bringen nach einem überlangen Arbeitstag mit schweren körperlichen Anforderungen die Energie auf, einen Sprachkurs zu besuchen oder sich über ein Buch zu beugen und zu lernen.

Doch selbst die Arbeiter, die sich trotz dieser Schwierigkeiten die Mühe machen, deutsch zu lernen, finden häufig, daß es keinen für sie passenden Sprachkurs in der Nähe ihrer Wohnung gibt. Wenn sie erst in die Stadtmitte fahren und Geld für die Straßenbahn ausgeben müssen und dabei eine weitere Stunde ihres kostbaren Feierabends verlieren, dann überlegen es sich manche erst zweimal, ehe sie sich zum Sprachkurs aufraffen.

Anders steht es, wenn die ausländischen Arbeiter während der Arbeitszeit deutsch lernen können, wie dies einige Großbetriebe, z.B. die Farbwerke Höchst, gestatten. Solche Firmen berichten, daß sie viel Erfolg mit Sprachkursen während der Arbeitszeit hatten, und daß die Arbeiter schnell und gern deutsch lernen. Doch gibt es nur wenige Betriebe, die zu der Ansicht gekommen sind, daß ausländische Arbeiter mit Sprachkenntnissen produktiver sind, weil man sie kompliziertere Arbeitsvorgänge ausführen lassen kann oder weil die Möglichkeit der Verständigung aller Arbeiter untereinander zu einem besseren Betriebsklima und damit zu höherer Leistung führt. Aus reiner Sorge um das Wohlergehen ihrer ausländischen Beschäftigten organisiert wohl keine Firma Sprachkurse während der Arbeitszeit, sondern wo dies geschieht, dann mit der Absicht, die Profite, die aus den Ausländern geholt werden, zu vergrößern.

Die meisten Arbeitgeber vertreten die Ansicht, daß es für sie günstiger ist, wenn die Ausländer sich nicht mit den deutschen Arbeitern verständigen können, da sie auf diese Weise eine Gruppe gegen die andere ausspielen können, wie dies bei der Akkordhetze deutlich wird. Aber vielleicht noch wichtiger für die Unternehmer ist der Gesichtspunkt, daß Arbeiter, die sich nicht miteinander unterhalten können, auch nicht über ihre Arbeitssituation diskutieren können. Auf diese Weise können sie nicht gemeinsam zu dem Schluß kommen, daß in ihrem Betrieb manches im Argen liegt und daß es die Sache wert ist, etwas dagegen zu tun, wie z.B. zu streiken. Deshalb gestatten manche Firmen ihren ausländischen Arbeitern nicht nur nicht während der Arbeitszeit deutsch zu lernen, sondern sie erlauben es nicht einmal, daß Aushänge am schwarzen Brett erscheinen oder Flugblätter im Betriebe verteilt werden, die die Ausländer über Sprachkurse informieren sollen.

Die meisten Ausländer müssen sich begnügen, deutsch im Umfang mit der einheimischen Bevölkerung zu lernen. Doch erweist sich auch das als problematisch. Die meisten von ihnen haben kaum Umgang mit Deutschen außerhalb des Arbeitsplatzes und am Arbeitsplatz selber ist häufig so viel Lärm, daß man sein eigenes Wort nicht verstehen

kann, geschweige denn das eines Kollegen, der in einer anderen Sprache redet. Die Pausen verbringen die verschiedenen Nationalitäten getrennt voneinander, da man es zu anstrengend findet, sich mit Leuten zu unterhalten, mit denen man nicht die gleiche Sprache spricht, oder auch weil die Ausländer bei den Deutschen oft kein gutes Verhältnis zueinander haben. Ferner arbeitet eine große Anzahl Ausländer nur mit Landsleuten oder anderen Ausländern zusammen, so daß sie nur selten Gelegenheit haben, sich mit Deutschen zu unterhalten.

Schließlich muß noch erwähnt werden, daß viele Deutsche, bei der Arbeit oder anderswo, die Ausländer in einer eigens für sie geschaffenen Sprache anreden, dem sogenannten "Gastarbeiterdeutsch". Diese Verstümmelung der deutschen Sprache, die aus grammatisch falschen kurzen Sätzen wie: "Du gehen hierher," oder "Du jetzt nix das machen", usw. besteht, verwirrt die Ausländer vollends. Viele Deutsche, die auf diese Weise mit den Ausländern reden, tun dies in bester Absicht, da sie glauben die Ausländer könnten sie so besser verstehen. Doch häufig wird das "Gastarbeiterdeutsch" von Leuten angewendet, die meinen, die Ausländer seien zu dumm, als daß man "richtig" mit ihnen reden könnte. Wie dem auch sei, das "Gastarbeiterdeutsch" erschwert den Ausländern das Erlernen der Sprache, da sie, wenn sie einmal dies, dann wieder Hochdeutsch hören, gar nicht mehr wissen, was nun richtig ist.

Damit sich ausländische und deutsche Arbeiter miteinander verständigen können, ist es wichtig, daß deutsche Arbeiter ihnen behilflich sind ihre Sprachschwierigkeiten zu überwinden, einmal indem sie sich so viel wie möglich in einer guten Umgangssprache unterhalten und so viel Kontakt wie möglich mit ihnen aufnehmen, aber auch indem sie die Forderung ausländischer Arbeiter nach Sprachkursen während der Arbeitszeit aktiv unterstützen. Sonst machen allzu viele Ausländer die Erfahrung wie dieser Italiener:

> "Jetzt nach ein oder zwei Jahren fühle ich mich gut. Wenn sie mir mit Schimpfwörtern kommen, kann ich sie verstehen und es ihnen zurückgeben, denn man lernt zuerst die schlechten Wörter und dann die guten."

Wenn sich ausländische und deutsche Arbeiter nicht miteinander verstehen, freuen sich die Unternehmer, weil sie eine geteilte Arbeiterklasse leichter ausbeuten können als eine vereinte.

f) Welche Zukunft haben die ausländischen Kinder?

Nicht nur die ausländischen Arbeiter leiden darunter, daß sie sich nicht richtig verständigen können. Auch die

nicht arbeitenden Frauen wären gern in der Lage, sich mit ihren deutschen Nachbarn oder beim Einkaufen oder anderswo unterhalten zu können. Da sie aber häufig keine Gelegenheit haben, die Sprache zu erlernen, werden sie schüchtern und vermissen jeden normalen Kontakt mit der deutschen Bevölkerung. Am schlimmsten wirken sich allerdings die Sprachprobleme auf die Kinder ausländischer Arbeiter aus.

Im Jahre 1968 lebten laut Bundesanstalt für Arbeit 375.000 Kinder ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik. Davon waren 14 % über 15 Jahre und erwerbstätig, 36 % gingen zur Schule und 12 % in Kindergärten. In welchem Alter die restlichen 38 % waren und was diese tagsüber machten, ging aus den Statistiken nicht hervor. Doch kann man mit Sicherheit annehmen, daß sich ein großer Teil von ihnen im schulpflichtigen Alter befand, aber aus verschiedenen Gründen nicht zur Schule gehen konnte. Nach Angaben des Arbeitsministeriums NRW bleiben 16 % der schulpflichtigen Kinder dem Unterricht fern. In Frankfurt gibt es Berechnungen um 25 %. Viele ausländische Kinder, besonders die, die im Alter von mehr als 10 Jahren in die BRD gekommen sind, scheuen sich davor in die Schule zu gehen, weil sie kein Wort deutsch verstehen und in der Schule ihre Zeit nur absitzen würden, ohne daß sie in der Lage wären, etwas lernen zu können. Mit den Klassenkameraden könnten sie sich auch nicht verständigen. Im Gegenteil, viele ausländische Kinder haben die Erfahrung gemacht, daß sie von den deutschen Kindern verspottet wurden, wenn sie sich um Kontakt mit ihnen bemühten, oder wenn sie nicht verstanden, was der Lehrer sagte.

Andere schulpflichtige Kinder, vor allem Mädchen, müssen tagsüber auf die kleinen Geschwister aufpassen, da beide Eltern arbeiten. Diese Kinder leben in großer Einsamkeit. Den ganzen Tag über haben sie niemanden, mit dem sie sich unterhalten können, und auch die Eltern kommen abens erst spät nach Hause, weil sie häufig Überstunden machen. Sie haben also keine Gelegenheit deutsch zu lernen. Sobald sie 15 Jahre alt sind, werden auch sie zum Geldverdienen geschickt und oft sogar noch viel früher. Es findet sich immer ein Arbeitgeber, der "ein Auge zudrückt" und Dreizehn- oder Vierzehnjährige einstellt, weil er ihnen nur einen sehr geringen Lohn zu zahlen braucht. Außerdem gibt es eine unbekannte, aber nichtsdestoweniger stattliche Anzahl Kinder, die nicht legal in der BRD wohnen. Da es den ausländischen Arbeitern schwer gemacht wird, ihre Familien nachzuholen, lassen viele von ihnen ihre Frauen und Kinder als "Touristen" kommen. Diese Kinder können nicht zur Schule geschickt werden, da sie sonst von den Behörden entdeckt und des Landes verwiesen werden würden.

Aber selbst die Kinder, die zur Schule gehen, haben kaum die gleichen Chancen wie deutsche Kinder, später eine Berufsausbildung zu erhalten oder gar zur höheren Schule oder Universität zu gehen. Das wichtigste Hindernis ist hierbei natürlich die Sprache. Wenn ein Kind im vorschulpflichtigen Alter in die BRD kommt und das Glück hat, einen Platz in einem Kindergarten zu finden, besteht die Möglichkeit, daß es die deutsche Sprache früh erlernt, und in der Schule keine Verständigungsschwierigkeiten mehr hat.

Doch die meisten ausländischen Kinder kommen erst wenn sie älter sind. Bald nach ihrer Ankunft werden sie in die Schule gesteckt und bleiben dann mehr oder weniger sich selbst überlassen. In einigen Orten gibt es besondere Sprachkurse für ausländische Kinder, doch haben nur verhältnismäßig wenige die Gelegenheit an Sonderkursen teilzunehmen. Von den meisten Kindern erwartet man einfach, daß sie mit der Zeit die Sprache lernen und sich in der Schule einleben werden. Wie schwer es einem ausländischen Kinde fallen muß, nicht nur die Sprache, sondern den gesamten Unterrichtsstoff, der ja in einer fremden Schule gelehrt wird, zu erlernen, kann man sich kaum vorstellen. Im Elternhaus können die Ausländerkinder kaum mit Hilfe rechnen, da ihre Eltern selten deutsch sprechen. Kein Wunder also, daß viele von ihnen hängenbleiben und die Lehrer und schließlich auch die Kinder selber zu dem Schluß kommen, daß sie "nicht begabt" sind und daß eine höhere Schulbildung für sie nicht in Frage kommt. So ist es zur Regel geworden, daß kaum ein ausländisches Kind über das schulpflichtige Alter hinaus die Schule besucht.

Die meisten ausländischen Kinder sind zunächst sicherlich froh, wenn sie nicht mehr in die Schule zu gehen brauchen, weil ihnen der Unterricht Schwierigkeiten bereitet hatte. Doch können sie kaum überschauen, was das für Konsequenzen für ihre Zukunft hat. In der Regel gehen sie von der Schule aus sofort in die Fabrik, wo ihnen fast ausschließlich ungelernte Tätigkeiten zugewiesen werden. Für die meisten von ihnen bleibt es auch dabei, und es werden sich kaum jemals irgendwelche Aufstiegschancen für sie bieten.

Viele Eltern, die gehofft hatten, daß ihre Kinder in der BRD eine gute Ausbildung erhalten würden, sehen sich in ihren Erwartungen enttäuscht. Zu Hause, wo sogar die Grundschule Geld kostet und wo die nötigen Schulbücher und die Kleidung für die Kinder unerschwinglich sind, konnten sie es sich nicht leisten, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Hier in der BRD gehen die Kinder zwar zur Schule, aber sie erhalten bei der Überwindung ihrer besonderen Probleme so wenig Unterstützung, daß sie ebenfalls nur für Fabrikarbeit ausgerüstet werden.

So wie heute bei uns die ausländischen Arbeiter die schlechtesten Arbeiten ausführen, so werden dies in Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach die Kinder der ausländischen Arbeiter tun. Es ist die Absicht der Unternehmer, die Spaltung der Arbeiterklasse in zwei Lager, auch für die Zukunft zu sichern. Denn ebenfalls in der nächsten Generation soll es einerseits die deutschen Arbeiter geben, denen einige Verbesserungen in Bezug auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen zugestanden werden, um ihnen Sand über ihre wirkliche Lage als Ausgebeutete in die Augen zu streuen, und andererseits die ausländischen Arbeiter, denen auf Grund ihrer schwachen rechtlichen Stellung nichts anderes übrig bleibt, als die unbegehrtesten Arbeiten anzunehmen und sich damit abzufinden.

g) Welche Rechte haben die Ausländer?

Wie wir soeben im einzelnen gezeigt haben, befinden sich die ausländischen Arbeiter gegenüber den deutschen Arbeitern in fast jeder Beziehung im Nachteil. Diese Benachteiligung wird einerseits vervollständigt und andererseits ermöglicht dadurch, daß sie fast aller bürgerlichen und politischen Rechte beraubt sind. Zunächst einmal ist - wie schon erwähnt - vielen Ausländern das Recht genommen, mit ihrer Familie zusammenzuleben. Bis auf die Italiener, die als Angehörige eines EWG-Mitgliedstaates einige Vorrechte vor anderen Ausländern genießen, müssen alle Ausländer mindestens ein Jahr, manche Nationalitäten sogar drei Jahre, in der BRD gearbeitet haben, ehe sie ihre Familien nachkommen lassen dürfen. Aber auch dann wird der Familie die Einreise nur gestattet, wenn der Arbeiter eine angemessene Wohnung für sich und die Familie vorweisen kann. Diese Bedingung gilt auch für die Italiener. Wie schwer es den ausländischen Arbeitern mit ihren geringen Einkommen und wegen des gegen sie bestehenden Vorurteils und der Profitgier der Hauseigentümer fällt, eine einigermaßen wohnliche Unterkunft zu finden, haben wir bereits beschrieben. Viele Ausländer müssen daher auf lange Zeit ohne ihre Familien leben.

Durch solche Regeln bezweckt die Bundesregierung, daß den Unternehmern zwar genügend Arbeiter zur Verfügung stehen, daß aber andererseits die sozialen Ausgaben, die sich durch die Anwesenheit von Familien ergeben, auf ein Minimum beschränkt bleiben. Wenn nämlich jeder Ausländer seine Familie bei sich wohnen hätte - wie dies für deutsche Arbeiter eine Selbstverständlichkeit ist, müßten Familienwohnungen gebaut und für den Nachwuchs Kindergärten, Schulen und andere Ausbildungsstätten, sowie für die vergrößerte Bevölkerung Erho-

lungszentren (z.B. Parks oder Schwimmbäder) errichtet werden. An die alten Leute müßte man Rente bezahlen. So aber können die ausländischen Arbeiter in Baracken oder alten Fabrikgebäuden untergebracht werden, ihre Kinder werden in der Heimat ausgebildet, und die pensionierten Arbeiter kehren nach Hause zurück, wo viele von ihnen keinen Anspruch auf Altersrente haben.

Eine weitere Beschränkung der Rechte der Ausländer haben wir ebenfalls schon erwähnt: während des ersten Jahres seines Aufenthalts in Deutschland ist es einem ausländischen Arbeiter nicht gestattet, seinen Arbeitsplatz zu wechseln. Tut er dies trotzdem, so muß er mit Ausweisung rechnen. In einem solchen Fall hat er dann keine Chancen mehr, jemals wieder in der BRD arbeiten zu dürfen. In München existiert eine Zentralkartei, in der alle "vertragsbrüchigen" Ausländer registriert sind. Doch beklagen sich die Arbeitgeber, daß ein solcher Vertragsbruch erst nachgewiesen werden muß, ehe ein Ausländer auf diese Liste kommt. "Es sei mir die Frage erlaubt," sagte ein Arbeitgeber bei einer Tagung des BDA im Jahre 1966, "wer wohl besser einen Vertragsbruch feststellen kann als der Arbeitgeber." So könnten nämlich die Arbeitgeber auch dann einen Vertragsbruch vortäuschen, wenn sie einen Ausländer aus politischen oder anderen Gründen loswerden wollten. Aber auch ohne dieses ausdrückliche Recht haben die Arbeitgeber in der Praxis den längeren Arm. Es sei an den Fall der Jugoslawin in Hamburg erinnert, die sich weigerte, ihrem Arbeitgeber, bei dem sie in der Bäckerei eingestellt war, die Wohnung zu putzen und daraufhin ihre Stelle und ihre Aufenthaltserlaubnis in der BRD verlor.

Oftmals beschränken die Behörden die Aufenthaltserlaubnis eines Ausländers auf die Dauer seiner Beschäftigung bei seinem gegenwärtigen Arbeitgeber, auch wenn er schon mehrere Jahre in der BRD arbeitet. In solchen Fällen hält der Arbeitgeber alle Trümpfe in der Hand, und der Arbeiter muß alles daransetzen, um sich bei seinem Boß nicht unbeliebt zu machen, denn sonst könnte er die Möglichkeit überhaupt in der BRD zu arbeiten, verlieren.

So war einem exotischen Saucenkoch in Münster auferlegt worden, immer in derselben Küche zu kochen. Als er sich nach mehr als zwei Jahren einen anderen Arbeitsplatz suchte, verlor er die Aufenthaltserlaubnis, denn (so das Oberverwaltungsgericht Münster am 18.1.1967) "seine Handlungsweise stellt im Zusammenhang mit seinem früheren Verhalten einen erheblichen Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar."

Nicht nur bei Vertragsbruch droht Ausländern in der BRD die Ausweisung. Das Ausländergesetz von 1965 sieht vielmehr in seinem § 10 einen ganzen Katalog von Auswei-

sungsgründen vor. So kann z.B. ein Ausländer seine Aufenthaltserlaubnis und damit seinen Lebensunterhalt wegen des geringsten Vergehens gegen irgendeine bundesdeutsche Vorschrift verlieren. Er kann ausgewiesen werden, wenn er ein Verkehrsdelikt begeht, wenn er seine Steuern nicht richtig erklärt, wenn er schwarz arbeitet, wenn er den Behörden Angaben über seine privaten Verhältnisse verweigert, wenn er auch nur das Geringste schmuggelt, wenn er seine Aufenthaltserlaubnis nicht rechtzeitig verlängert, wenn er bettelt, wenn er oder seine Familie die Fürsorge in Anspruch nehmen muß, wenn er sich eines der -zig anderen "Vergehen" dieser Art zu Schulden kommen läßt. Doch damit nicht genug: § 10 Absatz (1) 1 und (1) 11 des Ausländergesetzes sehen die Ausweisung für einen Ausländer vor, "wenn er die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder seine Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland aus anderen Gründen beeinträchtigt." Dies sind in der Tat Gummiparagraphen. Die Behörden können sie anwenden, wie es ihnen paßt, denn wer sagt ihnen, welches die erheblichen Belange der BRD sind und was diese beeinträchtigt? Wenn die Unternehmer einen Ausländer abschieben wollen, ist es nicht schwer, einen der zahlreichen Paragraphen gegen ihn anzuwenden.

In der "Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes" vom 7. Juli 1967 ist unter dem Abschnitt "Politische Betätigung" folgendes zu lesen:

> Ausländer genießen alle Grundrechte, mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit (Artikel 8 GG), der Vereinsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG), der Freizügigkeit (Art. 11 GG), der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte (Art. 12 Abs. 1 GG) sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland (Art. 16 Abs. 2 Satz 1 GG)."

So wesentlich auch die Beschränkung der bürgerlichen Rechte der Ausländer, wie Freizügigkeit, freie Wahl des Arbeitsplatzes, freie Wahl des Lebenspartners usw. sind, so verhängnisvoll ist die Versagung aller politischen Rechte. Man nimmt es im allgemeinen als eine Selbstverständlichkeit hin, daß die Ausländer bei uns weder das passive noch das aktive Wahlrecht haben. Doch warum gibt man sich damit ab? Bedeutet es nicht, daß zwei Millionen Arbeiter und ihre Familien nicht vertreten sind, daß die Arbeiterklasse im bundesdeutschen kapitalistischen Staat um 2 Millionen Stimmen beraubt ist die durch aktive Teilnahme an Wahlen den Interessen der Arbeiterschaft Gehör verschaffen könnten? Damit nicht genug. Zwar genießen die Ausländer dem Paragraphen nach "alle politischen Rechte, soweit sie nicht nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vorbehalten sind" (wie z.B. das Wahlrecht), doch macht das Ausländergesetz eine

wesentliche Einschränkung. Paragraph 6 Absatz 2 desselben lautet nämlich:

> Die politische Betätigung von Ausländern kann eingeschränkt oder untersagt werden, wenn die Abwehr von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder von Beeinträchtigungen der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland oder sonstwie erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland es erfordern.

Solche "erheblichen Belange der Bundesrepublik" sind "beeinträchtigt", wenn z.B. ausländische Arbeiter aktive Gewerkschaftsmitglieder sind oder gar streiken. Fast jeder Gewerkschafter kann von Fällen berichten, da die Wohnungen ausländischer Mitglieder, die als Vertrauensleute tätig waren, bei der Werbung unter ihren Landsleuten mithalfen oder die aktiv an Streiks teilnahmen, durchsucht wurden, wobei Gewerkschaftsgelder und antikapitalistische Literatur beschlagnahmt wurden.

Ferner "erfordern die Belange der Bundesrepublik", daß es zu keinen Demonstrationen gegen faschistische Herrscher kommt, die den deutschen Staatshäuptern einen Freundschaftsbesuch abstatten. So wurden im Sommer 1967 die Aufenthaltserlaubnisse aller persischen Staatsbürger in Städten, wo ihr Diktator zu erscheinen beliebte, mit "Auflagen" und "Beschränkungen" versehen, eine Maßnahme, die das Ausländergesetz gestattet. Den Persern wurde befohlen, während der Dauer des Schahbesuches, zwischen 3 und 9 Tage lang, die entsprechenden Städte nicht zu verlassen, sich an keinerlei politischer Aktion zu beteiligen und sich zwischen zwei und viermal täglich bei der Ausländerpolizei zu melden. In München und Starnberg wollte man ganz sicher gehen: hier befahl man allen Persern die Regierungsbezirke Oberbayern und Mittelfranken zu verlassen, ihren neuen Aufenthaltsort der dortigen Polizei mitzuteilen und sich dort täglich zu melden.

Die "Belange der Bundesrepublik", so wie sie sich die Kapitalistenklasse vorstellt, mögen auf diese Weise gewährleistet sein. Wie aber steht es um die "Würde des Menschen", die laut Grundgesetz auch für die Ausländer unantastbar oder "die Freiheit der Person", die unverletzlich sein soll? Artikel 3 des Grundgesetzes legt fest, daß niemand wegen seiner"Heimat und Herkunft, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt" werden darf. Vorläufig werden die Grundgesetze nur bei den Ausländern mißachtet. Aber wer weiß, wann es die "Belange der Bundesrepublik" erfordern, die Würde des Menschen, die Freiheit der Person, einschließlich der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit, der Freiheit den Aufenthaltsort, den Lebenspartner oder den Arbeitsplatz zu wählen, allen denjenigen Deutschen und Ausländern zu versagen, die mit dem Regime nicht über-

einstimmen? Die bereits verabschiedeten Notstandsgesetze bilden das Werkzeug hierfür.

Die deutsche Polizei überwacht die Aktivitäten linker Arbeitergruppen unter Ausländern aufs Schärfste. "Unsere Polizei ist bei öffentlichen Veranstaltungen der Ausländer immer zugegen", sagte ein Repräsentant des bayerischen Innenministeriums zu einem Journalisten. Die deutsche Regierung diskutiert zur Zeit einen Gesetzentwurf, nachdem alle Veranstaltungen von Ausländern, auch wenn sie privat sind und bei jemandem in der Wohnung stattfinden, von der Polizei genehmigt werden müssen. Als Bundeskanzler Brandt im März 1972 in Persien einen Ölhandel abschließen wollte, bat er den Schah auf seine Kritik der politischen Aktivitäten iranischen Studenten in der BRD hin mit dem Hinweis auf die bevorstehende Verschärfung beschwichtigt. Dabei befassen sich die meisten Ausländergruppen mit den Geheimnissen innerhalb ihrer Heimatländer und weniger mit innerdeutschen Angelegenheiten. Doch müssen die deutschen Behörden fürchten, daß Arbeiter aus faschistischen Ländern wie Spanien, Griechenland und auch der Türkei die Zeit in der BRD benutzen, um sich über Geheimnisse in ihrem Lande zu informieren und nach ihrer Rückkehr an der Abschaffung der mit Deutschland (d.h. den bundesdeutschen Kapitalisten) befreundeten Regierungen mitzuwirken. Zum anderen wollen die deutschen Behörden eine jede Bewußtwerdung von Klassengegensätzen, ob in Deutschland oder anderswo, bei allen Arbeitern unterdrücken. Denn wenn einmal einer fragt, warum die Mehrheit der Bevölkerung im Interesse, unter der Kontrolle und für den Profit,einer kleinen Gruppe von Unternehmern arbeiten soll, dann fragen das vielleicht bald ganz viele - und dann bleibt es nicht dabei, daß nur gefragt wird.

So ist es nicht verwunderlich, wenn das Bundesministerium in seinem Bericht "Innere Sicherheit Nr. 3, 1971" die Zunahme der "Ausländerkriminalität" beklagt, worunter es "Aktivitäten politisch-radikaler Ausländer" versteht. Von den 182 Fällen im Jahre 1969 betrafen mehr als die Hälfte "linksextreme oder anarchistische spanische oder griechische Gruppen." Dagegen verschließt die deutsche Polizei ihre sonst so wachsamen Augen vor rechtsradikalen Terror, der sich auf bundesdeutschem Boden abspielt. Viele griechische Arbeiter können von den Gewalttaten der vom Athener Innenministerium gesteuerten Schlägertrupps berichten, bei denen griechische Gewerkschaftsmitglieder erheblich verletzt wurden. Drei von ihnen beschreiben die Tätigkeit dieser Schlägertrupps in einer Sendung des Süddeutschen Rundfunks am 23.6.1971 folgendermaßen:

> Ein Mann der Schlägergruppe mit Namen Theodor Alapoulareas hat mich dreimal bedroht. Das erste

Mal wollte er, daß ich meine Freunde bespitzele. Als ich ablehnte, bedrohte er mich mit einem Revolver und sagte: "Wir werden dich umbringen, wenn du nicht machst, was wir wollen." Das zweite Mal versuchte er, mich mit einem Messer einzuschüchtern und verlangte, daß ich die Stadt verlassen sollte. Das dritte Mal kam er auf mich mit einem Schraubenzieher zu, um mich umzubringen, doch meine Kollegen retteten mich.

Ich bin den Schlägern besonders verhaßt, weil ich die demokratischen Zeitschriften und Flugblätter in unserer Stadt verteile. Der Schläger Evangelis Cheramizenos hat mehreren Leuten gesagt, daß er mich mit seinem Wagen überfahren will.

Zweimal habe ich die Nachricht bekommen, daß die Schlägergruppe aus Köln-Sülz mich fertigmachen wolle, weil ich aktiv gegen die Diktatur in meiner Heimat bin. Die gleiche Gruppe wollte einen Arbeitskollegen für den geplanten Mord des Gewerkschaftsführers Georg Danelidis und den Journalisten Wassilios Mattiopoulos anwerben. Er sollte dafür 10.000,-- Mark bekommen.

Die IG-Metall Ortsverwaltung Hannover hat eine Dokumentation über die "Gefahr für griechische Demokraten in der BRD" zusammengestellt, in der die Methoden und Auswirkungen der Tätigkeiten dieser Schlägertrupps in Einzelheiten beschrieben wird. Doch sind die Schlägertrupps nicht die einzigen Instrumente, durch die die Athener Generale die in Deutschland arbeitenden Griechen für die "revolutionäre" und "gute" Regierung gewinnen wollen, denn der griechische Geheimdienst wirkt auf verschiedene Weise auf die Arbeiter ein: durch Paßentzug über die Botschaft und durch Spitzel in den Arbeitskommissionen und am Arbeitsplatz.

Der griechische Geheimdienst ist nicht der einzige, der auf bundesdeutschem Boden gegen demokratische Mitbürger aktiv ist. Die persische Regierung hat durch den von Köln aus geleiteten Geheimdienst Savak tausend Augen und Ohren unter den Persern in der BRD und tausend Arme, die der Regierung Unerwünschte dem Heimatlande und damit dem Gefängnis und oft sogar den Galgen zuführen. Die spanische Geheimpolizei arbeitet eng mit der deutschen Polizei zusammen. Wenn ein spanischer Gewerkschaftler von den Behörden in der BRD verhört wird, dann kann seine Frau im Heimatland damit rechnen, daß sie vor der Polizei erscheinen muß. Damit erschöpft sich die Liste der auf deutschem Boden aktiven faschistischen Organisationen bei weitem nicht, doch können diese Beispiele zeigen, welche "Ausländerkriminalität" die Bundesregierung - aus wohl verstandenen Interessen - nicht verfolgt.

Ein weiteres Mittel der Kontrolle und der Unterdrückung der ausländischen Arbeiter sind die Betriebs- und Werksdolmetscher, die in fast allen größeren Betrieben zu finden sind. Ihre Macht ist groß und geht in Bezug auf die ausländischen Arbeiter häufig über die des Personalchefs hinaus. Die Dolmetscher haben faktisch die Kompetenz, über Einstellungen, Versetzungen und Entlassungen zu entscheiden. Nicht selten machen die Bestechungsgelder, die ihnen verzweifelte Ausländer anbieten, einen beachtlichen Teil ihres Einkommens aus. Dabei bleiben sie in Abhängigkeit von den Unternehmern, deren Interesse sie vor den Ausländern zu vertreten haben. Die meisten ausländischen Arbeiter sehen in den Dolmetschern den verlängerten Arm des Arbeitgebers, und das mit gutem Grund, denn die Dolmetscher übersetzen nicht nur, was an Information für die Ausländer wichtig ist, sondern sprechen zu Zeiten des Arbeitskampfes Drohungen aus, daß die Ausländer bei Teilnahme am Streik ihren Arbeitsplatz riskierten und belassen diese absichtlich unwissend über ihre Rechte.

Das Mißtrauen der ausländischen Arbeiter den Dolmetschern gegenüber steigert sich dann, wenn ernicht nur im Personalbüro, sondern auch in der Sicherheitsabteilung beschäftigt ist. Viele Dolmetscher sind nämlich als Spitzel für die Konsulate der Diktaturstaaten tätig.

Inzwischen haben auch die Gewerkschaften die Erfahrung gemacht, daß dem Betriebsdolmetscher keinesfalls "Mittlerdienste" zwischen ihnen und den ausländischen Arbeitern anzutragen sind. Es ist daher unbedingt notwendig, daß solche Dolmetscher eingesetzt werden, etwa von den Gewerkschaften, denen sich die Ausländer wirklich anvertrauen können.

Wenn man sich nun insgesamt die Lage der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik ansieht, muß man zu dem Schluß kommen, daß diese in fast jeder Beziehung im Vergleich mit den deutschen Arbeitern benachteiligt sind. Auf dem Arbeitsmarkt werden sie von den deutschen Arbeitgebern übermäßig ausgebeutet, indem man sie für die Arbeiten anwirbt, die am unangenehmsten, schmutzigsten, gefährlichsten sind, die schlecht bezahlt werden und einen niedrigen sozialen Status haben, kurz für die Arbeiten, für die man nicht mehr genug deutsche Arbeiter findet. Die deutsche Gesetzgebung erlaubt es den Arbeitern nicht, ihren Arbeitsplatz während des ersten Jahres zu wechseln, wenn sie den Schwindel entdecken. Und selbst wenn sie sich nach einem Jahr theoretisch eine andere Arbeit suchen dürfen, werden ihnen als Ausländer nur ähnlich schlechte Plätze angeboten.

Außerhalb der Arbeit geht es ihnen nicht viel besser.

Die Ausländer bekommen das an Wohnungen angeboten, was sonst nur für den Abbruch reif ist. Oder wo sie eine anständige Wohnung erstehen können, müssen sie mindestens einen Hundertmarkschein im Monat mehr als ein Deutscher für eine entsprechende Unterkunft auf den Tisch legen. Wer vom Arbeitgeber untergebracht ist, lebt nicht nur in übervollen Wohnheimen mit oft skandalösen Bedingungen, sondern ist auch auf Gnade und Verderb dem Unternehmer ausgeliefert, der das Privatleben und die politischen Tätigkeiten der Ausländer bis ins letzte kontrollieren kann. Wegen der schlechten Wohnverhältnisse kommen bestimmte Krankheiten bei den Ausländern verhältnismäßig häufig vor, und wenn jemand einmal eine Lungenentzündung gehabt hat, dann ist er im allgemeinen fürs Leben gezeichnet.

Die Kinder der Ausländer müssen nicht nur unter ebenso schlechten Bedingungen wie ihre Eltern leben, sondern wegen der geringen Unterstützung, die ihnen bei der Abschaffung ihrer besonderen Probleme gewährt wird, haben sie kaum eine Chance, es je weiter als zum ungelernten Arbeiter zu bringen. Dadurch ist für die Unternehmer der Nachwuchs für die schlechtesten Arbeitsplätze gewährleistet, und sie brauchen sich keine Gedanken zu machen, wie man die gefährlichen und schmutzigen Arbeiten vermeiden kann.

Schließlich werden die Rechte der Ausländer so stark beschränkt, daß diese ständig in der Angst leben müssen, des Landes verwiesen zu werden, und damit den Unterhalt für sich und die Familie zu verlieren. Dadurch will man sie gefügig machen, so daß sie auch unter den schlimmsten Verhältnissen und bei extremer Ausbeutung nicht zu protestieren wagen.

Nicht genug mit all dem. Man dichtet den Ausländern allerhand negative Eigenschaften an; sie seien schmutzig, laut und faul und jagten den Frauen nach. Die Presse, die als Sprachrohr der Unternehmer solche Redensarten verbreitet, will damit erreichen, daß Ausländer und Deutsche gegeneinander feindlich eingestellt werden und es nicht zu einer gegenseitigen Verständigung kommt. Denn dies ist die Voraussetzung dafür, daß die ausländischen und deutschen Arbeiter ihre gemeinsamen Klasseninteressen wahrnehmen. Das wollen die Unternehmer um jeden Preis verhindern.

V. NUTZEN FÜR DIE URSPRUNGSLÄNDER?

Es wird immer wieder behauptet, daß die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern einen Gewinn für die Ursprungsländer bedeutet. So sagte z.B. der frühere Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Anton Sabel, bei einer Tagung der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände:

> Bei der Diskussion über die Ausländerbeschäftigung sollte nicht übersehen werden, daß durch die Hereinnahme ausländischer Arbeitnehmer vielen Menschen, die in ihrer Heimat keine Möglichkeiten für eine Existenzsicherung hatten, Arbeit und Brot geboten wurden. Es dürfte sich hierbei wohl um die bedeutendste Entwicklungshilfe handeln, die von der Bundesrepublik Deutschland bisher geleistet wurde.

Doch ist es nicht schwer nachzuweisen, daß die Ausländer nur deshalb in die Bundesrepublik geholt werden, weil es für die Wirtschaft von Nutzen ist. Das obige Zitat soll diese Tatsache verschleiern. Denn warum wurde die Anzahl der ausländischen Arbeiter bei der Rezession 1966/67 so drastisch verringert, wenn es darum ging, diesen Menschen "Arbeit und Brot zu bieten?" Um derartige Phrasen widerlegen zu können, muß man die Wirkungen der Auswanderung auf die Ursprungsländer etwas genauer untersuchen.

Bei der Arbeitskräftewanderung handelt es sich um die Verlegung der wichtigsten wirtschaftlichen Produktivkraft, nämlich der menschlichen Arbeitskraft, von den armen in die reichen Länder. Die Arbeiter, die ihre Heimat verlassen, mögen zu Hause arbeitslos gewesen sein, doch ändert das nichts an der Tatsache, daß ihr Land insgesamt enorme Summen investiert hat, um sie aufzuziehen. Das Geld, das notwendig ist, um aus einem Neugeborenen eine fertige Arbeitskraft zu machen, das man also für die Nahrung, Kleidung, den Gesundheitsdienst, die Schule usw. bezahlt, ist ein Geschenk des Ursprungslandes an das Land, in dem die Arbeitskraft dann produktiv tätig wird. Denn nur wer arbeitet, trägt zum Volkseinkommen bei und unterstützt damit den nicht aktiven Teil der Bevölkerung.

Die ausländischen Arbeiter kommen in ihren besten Arbeitsjahren in die Bundesrepublik. Die Vermittlungsbüros der Bundesanstalt für Arbeit in den Ländern, mit

denen Anwerbevereinbarungen bestehen, suchen sich bei einer ärztlichen Untersuchung die zukünftigen Arbeiter genau nach diesem Gesichtspunkt aus: Die Bewerber dürfen eine bestimmte Altersgrenze nicht überschritten haben, sie müssen gesund und auch sonst kräftig sein. So haben in der Regel die zwanzigjährigen Arbeiter die beste Chance, einen Arbeitsvertrag zu bekommen.

Die Kosten, einen Arbeiter aufzuziehen, sind schwer zu berechnen. Doch Tatsache ist, daß das Ursprungsland mit jedem Arbeiter, der sein Heimatland verläßt, ein unfreiwilliges Kapitalgeschenk an die industriell hoch entwickelten Länder macht, die sonst einen Arbeiter gewinnen, für dessen Erziehung, Ernährung, Bekleidung und gesundheitliche Fürsorge sie nicht einen Pfennig zu zahlen hatten. Wo die Ausländerbeschäftigung in die Millionen geht, handelt es sich wahrhaftig um sehr hohe Summen.

Damit nicht genug: Wenn die wirtschaftliche Lage der kapitalistischen Länder es erfordert, werden - wie das Beispiel der BRD im Jahre 1966 zeigt - diese Arbeiter wieder nach Hause geschickt, damit sie als Arbeitslose nicht die Wirtschaft belasten. So stellten die Vereinten Nationen in ihrem Überblick über die europäische Wirtschaft von 1967 fest:

> Da die ausländischen Arbeiter hauptsächlich ungelernte Arbeiten ausführen, die von der Arbeitslosigkeit am schwersten betroffen sind, verlieren im Vergleich zu den einheimischen Arbeitern sehr viel mehr von ihnen ihre Arbeit. So kann ein großer Teil der sozialen Kosten, die notwendig sind, um die Arbeitslosigkeit zu unterstützen, auf die Ursprungsländer der Einwanderer abgeschoben werden.

Obwohl alle Ausländer in der BRD Arbeitslosenversicherung zahlen, können im Falle einer Krise nur wenige von ihnen die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen. Denn nur diejenigen Ausländer haben ein Anrecht darauf, die sich beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet haben und damit der deutschen Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen. Wenn - wie dies häufig der Fall ist - ein Arbeiter seine Familie von der Unterstützung ohnehin nicht ernähren kann, da diese zu gering ist, um einen Haushalt hier in der BRD und im Heimatland zu unterhalten, kehrt er nach Hause zurück in der Hoffnung, dort irgendwie sein Leben bestreiten zu können. Damit entfällt sein Anrecht auf die Unterstützung. Ferner können nur solche Arbeiter, die eine gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis haben, Arbeitslosengeld bekommen. Wenn für einen Arbeiter der Jahresvertrag abgelaufen ist und er keine neue Arbeit findet, muß er, da er keine Arbeitserlaubnis mehr hat, nach Hause zurückkehren, wo er dann ebenfalls keine Arbeitslosenunterstützung bekommt. Wie profitabel diese wirklich diskriminierende Regelung

für die Bundesrepublik ist, kann an den Zahlen von 1966/67 gezeigt werden. Damals nahm die Zahl der ausländischen Arbeiter um etwa 400.000 ab, doch waren nie mehr als 29.000 ausländische Arbeitssuchende bei den deutschen Arbeitsämtern gemeldet.

Nun könnte man einwenden, daß die ausländischen Arbeiter nach Westeuropa kommen, weil sie zu Hause arbeitslos sind und sie dadurch doch nur der Wirtschaft ihres Landes zur Last fallen würden. In diesem Zusammenhang wird oft argumentiert, daß die Auswanderung das Arbeitskräfteangebot in den Ursprungsländern verringert und daß dadurch die Löhne der zurückbleibenden Industrie- und Landarbeiter steigen. Dies mag in einigen Gegenden der Fall sein. Doch darf man nicht vergessen, um welches Ausmaß der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung es sich in den Ursprungsländern handelt, so daß die Auswanderung als Lösung des Problems nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein erscheint.

Ferner muß berücksichtigt werden, daß, wie wir schon weiter oben erwähnt haben, gerade die jungen und fähigsten Arbeiter auswandern, die zu Hause am meisten gebraucht werden, um in der Wirtschaft produktiv zu sein. In manchen Gegenden Griechenlands ist es zu einer derartigen Entvölkerung von Jugendlichen gekommen, daß die Regierung gezwungen war, jede weitere Auswanderung von dort zu unterbinden, damit die Wirtschaft nicht ganz zum Stillstand kommt.

Oft wird auch behauptet, daß den Ursprungsländern der ausländischen Arbeiter dadurch ein Nutzen entstehe, daß viele der Auswanderer als gelernte oder Facharbeiter nach Hause zurückkehrten, was dem Aufbau der Industrie in diesen Ländern zugute käme. Dies kann anhand der Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit widerlegt werden. Im Jahre 1968 hatten nur 4 % aller ausländischen Männer aus den sechs Anwerbeländern entweder am Arbeitsplatz oder durch besondere Kurse an einer Berufsausbildung teilgenommen oder nahmen gerade daran teil. Das bedeutet, daß 96 % keine berufliche Qualifikation erhalten hatten. Von den ausländischen Frauen hatten so gut wie keine die Chance, eine Berufsausbildung zu haben. Die überwiegende Mehrheit der ausländischen Arbeiter bleibt während der ganzen Dauer ihre Aufenthaltes in der BRD als ungelernte Arbeiter eingestuft, und nur etwa ein Drittel von ihnen werden angelernt. Angelernt sein bedeutet aber nur, daß der Arbeiter eine kurze Einführung (oft nur wenige Tage) an ihrem Arbeitsplatz erhalten. Dadurch erhalten sie nicht die Fähigkeit, in einem anderen Betriebe eine ähnliche Arbeit auszuführen.

In den einzelnen Betrieben findet man so gut wie keine Ausländer in qualifizierten Positionen. Eine Untersu-

chung der Jungsozialisten in Nordrhein-Westfalen ergab, daß man nur in einem einzigen Fall einen ausländischen Meister aus dem Mittelmeerraum fand. Bei Henkel in Düsseldorf mit insgesamt 1.700 ausländischen Arbeitern gab es zur Zeit der Untersuchung (1972) keinen einzigen ausländischen Meister und bei Bayer Leverkusen mit insgesamt 3.000 ausländischen Arbeitern gab es nur 4 - 6 ausländische Vorarbeiter.

Selbst die Arbeiter, die eine Ausbildung erhalten und in einer qualifizierten Position in der BRD arbeiten, können ihre Kenntnisse in den seltesten Fällen dem Heimatlande zugute kommen lassen. Die Arbeitgeber in der BRD suchen sich nur solche Arbeiter zur beruflichen Förderung aus, von denen sie die Gewißheit haben, daß sie für längere Zeit oder gar für immer im Lande bleiben. Auf diese verhältnismäßig sehr kleine Gruppe von Ausländern wird immer wieder verwiesen, wenn man die übermäßige Ausbeutung der Mehrzahl der ausländischen Arbeiter rechtfertigen will.

Aber auch wenn die Arbeiter, die eine Ausbildung genossen haben, in ihre Heimat zurückkehren, ist es noch lange nicht gesagt, daß sie zu Hause eine Stelle finden, in der sie von ihrer Ausbildung Gebrauch machen können, da es die entsprechende Industrie in ihrem Lande entweder gar nicht gibt oder nicht da vorhanden ist, wo sich die Rückkehrer niederlassen wollen.

Schließlich wird immer wieder auf die folgende Weise versucht, den Nutzen der Arbeitskräftewanderung für die Ursprungsländer zu belegen: Das Geld, das die ausländischen Arbeiter nach Hause schicken, verbessert nicht nur den Lebensstandard ihrer Familien, sondern wirkt sich auch positiv auf die Zahlungsbilanz der Ursprungsländer aus und kann zur Investition in die wachsende Industrie benutzt werden. Es handelt sich in der Tat um recht hohe Summen. Im Durchschnitt schicken alle ausländischen Arbeiter etwa ein Drittel ihres Einkommens nach Hause. Damit wird das Volkseinkommen in ihren Ländern beachtlich erhöht. Auf die Gesamtwirtschaft hat dieses zusätzliche Einkommen eine ähnliche Wirkung wie der Tourismus, durch den man ja auch Geld aus dem Auslande bekommt, mit dem man dann notwendige Importe bezahlen kann.

Doch können die Überweisungen der Arbeiter im Ausland auf keinen Fall die Probleme der Zahlungsbilanz lösen. Denn die Ursprungsländer geben ungeheure Summen für Importe aus, oft für die Einfuhr nutzloser Dinge wie Rüstung oder Luxusgüter für die Reichen, an denen die Lieferanten, das sind die westeuropäischen Länder und die USA, gut verdienen. Ferner wird das Geld, das die Arbeiter in Westeuropa nach Hause schicken, kaum zum

Anzeige

DAS SOZIALISTISCHE BÜRO - WORUM GEHT ES?

Sozialisten arbeiten heute in den Betrieben, in lokalen Gruppen, in Clubs, in Basisgruppen, an den Hochschulen und Schulen, innerhalb der Jugendverbände und als kritische Gruppierungen innerhalb der "offiziellen" Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen, Parteien). In dieser weit verzweigten Praxis liegt die Chance einer neuen sozialistischen Bewegung. Aber: es fehlt an Kommunikation und an Koordination. Ergebnisse der theoretischen Diskussion, praktische Erfahrungen, Modelle spezifischer und lokaler Gruppen bleiben ohne Auswertung für die sozialistische Linke insgesamt, weil sie informatorisch nur unzureichend vermittelt werden. Das Sozialistische Büro will helfen, eine bessere Kommunikation unter der sozialistischen Linken und ihren verschiedenen Gruppierungen zu entwickeln und damit zur größeren Effektivität und zur Organisierung sozialistischer Arbeit beitragen. Deshalb machen wir "links", eine unabhängige, auf politische Praxis gerichtete sozialistische Zeitung, deshalb haben das Sozialistische Büro und der Sozialistische Lehrerbund gemeinsam einen Informationsdienst für progressive Lehrer aufgebaut, gibt das Sozialistische Büro für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit eine SOZIALISTISCHE BETRIEBSKORRESPONDENZ heraus. Weitere INFO's für sozialistische Berufspraxis sollen aufgebaut werden, - es ist die erste Ausgabe des Informationsdienstes ARBEITERBILDUNG erschienen und ein Info für das Arbeitsfeld "Soziale Arbeit" für Herbst 1972 in Vorbereitung.Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mittels eines Bücher- & Papervertriebs die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich des Sozialistischen Büros ist die Unterstützung von Ausländergruppen in der BRD und der antiimperialistischen Dritte-Welt-Gruppen sowie die Koordination für punktuelle Aktionen im Bündnis mit anderen linken Organisationen.

Im Frühjahr 1971 hat das Sozialistische Büro seine Thesen über Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik zur Diskussion gestellt (Bezug über das Büro; Preis DM 2.--). Diese Thesen wenden sich an jene zahlreichen aktiven oder sich heute noch zurückhaltenden Gruppen und Einzelne, denen an Selbstverständigung, Kommunikation und am Aufbau einer sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik mit dem Ziel einer Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gelegen ist.

INFORMATION: Sozialistisches Büro, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Aufbau der Industrie verwandt. Zunächst einmal geben es deren Familien für Lebensmittel und andere notwendige Gebrauchsgegenstände aus, was der Industrialisierung nur sehr wenig und nur indirekt nützt. Die Ersparnisse der Arbeiter im Ausland werden im allgemeinen für die Bezahlung von Schulden an Banken oder andere Geldverleiher bezahlt oder man baut sich ein Haus dafür, richtet sich ein kleines Geschäft,ein Café ein oder kauft sich ein Stück Land. Dies mag den einzelnen Familien nützen, doch für die Industrialisierung des Landes haben diese Ausgaben wenig, wenn überhaupt, Sinn. Es kommt nur ganz selten vor, daß ein ausländischer Arbeiter seine Ersparnisse dazu nutzt, um landwirtschaftliche Maschinen, wie Traktoren oder ähnliches zu kaufen, und dadurch die Arbeit auf dem Felde produktiver zu machen.

Insgesamt gesehen kann man also festhalten, daß die Ursprungsländer der ausländischen Arbeiter sehr wenig von der Arbeitskräftewanderung profitieren und daß die hohen Kosten, die sie hatten, um diese Arbeiter aufwachsen zu lassen, ihren Gewinn bei weitem übersteigen. Hauptnutznießer der Wanderungen sind die Unternehmer in den reichen Industrieländern Westeuropas, die sich ein billiges Proletariat heranziehen. Die Arbeitskräftewanderung ist eine Form der Entwicklungshilfe der armen an die reichen Länder.

Anzeige

Brock, Hindrichs, Hoffmann, Negt, Pöhler, Sund, Welteke:
THEORIE UND PRAXIS DER GEWERKSCHAFTEN (Themenkreis Betrieb)

Die vier Hefte zum Themenkreis Betrieb
INDUSTRIEARBEIT UND HERRSCHAFT
DER KONFLIKT UM LOHN UND LEISTUNG
DIE INTERESSENVERTRETUNG DER ARBEITNEHMER IM BETRIEB
DIE WÜRDE DES MENSCHEN IN DER ARBEITSWELT
sind Bestandteil eines Versuches, diesen Themenkreis für die Arbeiterbildung neu zu erschließen. Den Anstoß dazu gab die Arbeit von Oskar Negt "Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen - Zur Theorie der Arbeiterbildung". Ausgangspunkt für alle vier Hefte des Themenkreis Betrieb sind Konflikte, in die Arbeiter und Angestellte geraten aufgrund von Anpassungsschwierigkeiten bei technologischen Neuerungen, veränderten Formen der Zusammenarbeit, Lohnauseinandersetzungen oder Auseinandersetzungen mit Vorgesetzten, Betriebsräten oder Arbeitskollegen. Im Sinne eines neu verstandenen exemplarischen Lernens werden diese Konflikte in ihren soziologischen Zusammenhängen als Ausdruck der strukturellen Widersprüche der westdeutschen kapitalistischen Gesellschaft interpretiert.

Verlegt bei Europäische Verlagsanstalt, jedes Heft DM 5.--
Bezug: Bücher- & Papervertrieb, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

IV. DIE ARBEITS- UND LEBENSBEDINGUNGEN DER AUSLÄNDISCHEN ARBEITER IN DER BRD

Seit der Industrialisierung gab es in Westeuropa immer eine große Anzahl von Arbeitslosen innerhalb der Industrieländer, die (in Marx' Worten) die "industrielle Reservearmee" (Die Funktion der industriellen Reservearmee erklärt Marx in "Das Kapital" Band I, Kapitel 23) bildeten. Dadurch konnten die Unternehmer die Löhne niedrig halten, denn wer zuviel Lohn forderte, konnte entlassen werden. Es war immer jemand anderes da, der für einen geringeren Lohn bereit war, seinen Arbeitsplatz zu übernehmen. Außerdem konnten unter den Arbeitslosen Streikbrecher gefunden und damit gewerkschaftliche Forderungen zunichte gemacht werden.

Die Entwicklung der bundesdeutschen Nachkriegswirtschaft zeigt die Vorteile einer solchen industriellen Reservearmee für die Unternehmer. Der Zusammenbruch ließ Millionen von Arbeitern ohne Erwerb. Außerdem kamen 8 Millionen Heimatvertriebene aus den verlorenen Ostgebieten, die Arbeit suchten. Als die deutsche Wirtschaft infolge von Währungsreform, Marshallplan-Hilfe, kaltem Krieg und Aufrüstung in Schwung kam, stand zunächst eine riesige Anzahl Arbeitswilliger einem geringen Angebot an Arbeitsplätzen gegenüber. Die Unternehmer konnten die Löhne niedrig halten und enorme Gewinne erwirtschaften. Nach dem US-amerikanischen Volkswirt C. P. Kindleberger stieg der Anteil der Löhne am gesamten Volkseinkommen zwischen 1950 und 1959 nur um 1,6 % (von 58,6 % auf 60,2 %), obwohl der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung in viel stärkerem Maße anwuchs. Pro Kopf erhielten die Arbeiter also einen viel geringeren Teil des Volkseinkommens. Als die Arbeitslosen und die Vertriebenen Arbeit gefunden hatten, bildeten die Flüchtlinge aus der DDR eine weitere Reserve von - zum Teil hoch qualifizierten - Arbeitern.

Als Ergebnis der niedrig gehaltenen Löhne, machten die Unternehmer Bombengewinne und konnten dennoch die Preise der bundesdeutschen Industrieerzeugnisse auf dem Weltmarkt verhältnismäßig niedrig halten. Aus diesem Grunde waren deutsche Exportwaren sehr gefragt, und es lohnte sich für die Unternehmer die Produktion zu erweitern, indem sie immer neue Fabriken aufbauten. Die neu erworbenen Maschinen entsprachen dem letzten Stand der Technik und mit ihnen konnte noch besser und billiger produ-

ziert werden. Die Arbeiter bekamen von den erhöhten Gewinnen fast nichts ab. So ereignete sich das "deutsche Wirtschaftswunder" auf Kosten der nach dem Kriege vorhandenen industriellen Reservearmee. Die Investitionen für neue leistungsfähige Maschinen war also nicht der Sparsamkeit und Tüchtigkeit der Unternehmer, sondern dem erzwungenen Konsumverzicht der deutschen Arbeiter zuzuschreiben.

Doch gegen Ende der fünfziger Jahre hatte die Expansion der deutschen Wirtschaft alle zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte aufgesaugt. Der Aufbau der Bundeswehr in der Mitte der fünfziger Jahre entzog der Wirtschaft noch weitere 500.000 junge Arbeiter. Im Jahre 1961 versiegte der Flüchtlingsstrom aus der DDR. Die Wirkung ließ nicht lange auf sich warten: die Löhne fingen an zu steigen und erreichten schon 1964 einen Anteil von 64,8 % des Volkseinkommens.

Um die Gewinnspanne nicht verringert zu sehen, mußten sich die Unternehmer nach neuen Wegen umsehen, die Löhne niedrig zu halten. Die altbewährte Methode, ein Arbeitslosenheer im Lande zu halten, war aus mehreren Gründen unmöglich geworden. Erstens wurden alle zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte in der Produktion gebraucht, denn der Krieg hatte gerade mit den arbeitsfähigen Männern Raubbau getrieben, und es gab mehr Frauen und alte Leute, die unterstützt werden mußten, als je zuvor. Zweitens hätte die Schaffung von Dauerarbeitslosigkeit eine Verminderung der Produktion bedeutet, was die Gewinne nicht vergrößern konnte und daher für die Unternehmer unannehmbar war. Drittens konnte man es sich aus politischen Gründen nicht leisten, ein permanentes Arbeitslosenheer im Lande zu halten. Denn der gewerkschaftlichen Forderung nach Beschäftigung für alle hätte man nicht ungestraft entgegenhandeln können, da die Arbeiterbewegung stark genug war, um ihr Nachdruck zu verleihen. Schließlich fühlten sich die Unternehmer auch von dem Alternativsystem des Sozialismus in Osteuropa bedroht. Wenn es den Arbeitern in der BRD oder in anderen westeuropäischen Ländern zu schlecht ginge, würde sie unter Umständen ebenfalls mit dem Kapitalismus Schluß machen wollen.

Die Massenarbeitslosigkeit kam also ohne Waffe im Klassenkampf nicht mehr in Frage, und die Vollbeschäftigung war zum festen Bestandteil der westeuropäischen Politik geworden. Eine Ausnahme bildet allerdings die jetzige konservative Regierung Großbritanniens. Damit die Unternehmer auch bei verschärfter Konkurenz für Industrieerzeugnisse, die durch den Beitritt in die EWG hervorgerufen wird, genügend Gewinne machen können, werden zur Zeit alle weniger profitablen Fabriken, Werften, Bergwerke usw. zugemacht und die Arbeiter entlassen. Die

Arbeiter, die noch einen Arbeitsplatz haben, müssen sich mit immer höheren Lebensunterhaltungskosten bei fast gleichbleibendem Lohn begnügen. Während vor 20 Jahren die Löhne der englischen Arbeiter die der deutschen bei weitem überstiegen, ist heute die Lage genau umgekehrt. Doch das Ergebnis bleibt nicht aus: die englischen Arbeiter werden immer radikaler in ihren Forderungen nach besseren Lebensbedingungen und vor allem nach Kontrolle über ihre eigenen Angelegenheiten, wie der Bergarbeiterstreik Anfang 1972 deutlich zeigte.

Die Vollbeschäftigung ist für die Arbeiter von Vorteil: sie brauchen nicht gegeneinander um die knappen Arbeitsstellen zu konkurrieren. Stattdessen müssen die Unternehmer um die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte wetteifern. Sie müssen bessere Löhne und Arbeitsbedingungen bieten, um ihre Arbeiter halten und neue anwerben zu können, und sind gezwungen, gewerkschaftlichen Forderungen nachzugeben. So ist es nicht verwunderlich, wenn die Unternehmer nach einem Mittel suchen, durch das zwar nicht mit der Vollbeschäftigung Schluß gemacht wird, das aber dennoch die Ausnutzung einer industriellen Reservearmee gestattet. Als ein solches Mittel bieten sich die Arbeitslosen in den unterentwickelten Ländern Südeuropas, Asiens und Afrikas an. Wie Hanns-Martin Schleyer, ein führender Funktionär der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitnehmerverbände, ausführte:

> Unsere Arbeitsmarktsituation hat sich in den letzten 10 Jahren mehr und mehr versteift - nicht zuletzt als Folge der überstürzten Arbeitszeitverkürzungen, die weder auf die konjunkturelle Entwicklung noch auf die Entwicklung unserer Bevölkerung die notwendige Rücksicht nahmen. Die hieraus erwachsenen Gefahren für das weitere Wachstum unserer Wirtschaft und die Stabilität unserer Währung sind hinlänglich bekannt.
> In dieser Situation sind uns die ausländischen Mitarbeiter eine wesentliche Hilfe.

Das Wachstum "unserer" Wirtschaft, d.h. der der Kapitalistenklasse, ist in Gefahr, wenn dem Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiter, nachgegangen wird und es zu Arbeitszeitverkürzungen und anderen Verbesserungen kommt. Um diese Gefahr für die Unternehmer abzuwenden, wurden ausländische Arbeiter ins Land geholt.

Diese neue industrielle Reservearmee, bestehend aus den Massen der Arbeitslosen in den unterentwickelten Ländern, hat gegenüber der sonst üblichen - die einheimischen Arbeitslosen - den Vorteil, daß bei Rückgang der Konjunkturlage die Arbeitslosigkeit wieder ins Ausland abgeschoben werden kann, wie wir im vergangenen Kapitel bereits ausführten. Nicht nur die sozialen Kosten (Arbeitslosenunterstützung), sondern auch die möglichen politischen Auswirkungen gehen so auf das Konto der Ur-

sprungsländer. Die bundesdeutschen und die anderen westeuropäischen Unternehmer brauchen nicht mehr zu befürchten, daß Arbeitslosigkeit zu politischen Unruhen im Lande führen wird.

So wurden in den späten fünfziger und in den sechziger Jahren unter Mithilfe der Bundesregierung mehrere hunderttausend ausländische Arbeiter für die deutsche Industrie angeworben. Die Beschäftigung der ausländischen Arbeiter konnte allerdings die Lohnverbesserungen nicht völlig aufhalten. Um die sozialen und die sich daraus ergebenden politischen Probleme der Ausländerbeschäftigung nicht ins Unermeßliche wachsen zu lassen, wurde die Anwerbung von Ausländern beschränkt gehalten und der Zuwachs an Südeuropäern war bei weitem nicht so groß wie zuvor der der Vertriebenen und DDR-Flüchtlinge. Wohl aber wurde der Lohnaufstieg verlangsamt. Mitte der sechziger Jahre stellte eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung fest:

> Bei einer sich hier und da abzeichnenden Ablehnung des anhaltenden Zustroms von Gastarbeitern muß man sich klar darüber sein, daß mit einem vom Ausland abgeschlossenen Arbeitsmarkt der Lohndruck in der Bundesrepublik infolge verstärkter Konkurrenz der Unternehmen um das einheimische Kräftepotential noch erheblich stärker werden würde. Dieser erhöhte Kostendruck könnte auf die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Unternehmen sowohl an den Auslandsmärkten wie im Inland kaum ohne Einfluß bleiben.

Der Nutzen der Ausländerbeschäftigung für die Unternehmer ist also eindeutig: das Arbeitskräfteangebot wird vergrößert und durch die verstärkte Konkurrenz der Arbeiter untereinander wird der Lohnaufstieg verzögert. Die Unternehmergewinne bleiben hoch. Hieraus könnte man schließen, daß die Ausländerbeschäftigung für die deutschen Arbeiter nachteilig ist. Aber so einfach ist der Sachverhalt nicht. Vielmehr muß man die Wirkung der Ausländerbeschäftigung für die verschiedenen Gruppen der deutschen Arbeiter getrennt betrachten.

In erster Linie werden natürlich die Löhne für ungelernte Arbeiter niedrig gehalten, da die Ausländer hauptsächlich als Hilfsarbeiter eingesetzt werden. Diejenigen deutschen Arbeiter, die mit ihnen um solche Stellen konkurrieren, bekommen weniger Lohn als sie ohne Ausländerbeschäftigung hätten erwarten können. Denn dann hätten die Arbeitgeber erheblich bessere Löhne anbieten müssen, um ihre Arbeiter halten zu können. Außerdem hätten sie mehr arbeitssparende Maschinen einführen müssen, was unter Umständen bessere Arbeitsbedingungen mit sich gebracht hätte.

Für die gelernten deutschen Arbeiter sieht die Sache anders aus. Kaum ein Ausländer macht den deutschen Facharbeitern Konkurrenz, da die überwiegende Mehrzahl von ihnen von zu Hause keine Ausbildung mitgebracht hat und ihnen auch hier keine Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung gegeben ist. Gelernte Kräfte bleiben also trotz zunehmender Ausländerbeschäftigung gefragt, und ihre Löhne können steigen.

Außerdem hat die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter sehr vielen deutschen Arbeitern einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Im Laufe des Wirtschaftswachstums wurden immer mehr qualifizierte Stellen geschaffen. Um ihren steigenden Bedarf an gelernten Kräften zu decken mußten die Unternehmer Ausbildungsmöglichkeiten schaffen, die fast ausschließlich deutschen Arbeitern zugute kommen. Auch konnten viele deutsche Arbeiter in Betrieben, in denen hauptsächlich Ausländer in der Produktion tätig sind, zu Vorarbeitern oder gar Angestellten aufsteigen. Unter den Ausländern aber gibt es bekanntlich so gut wie keine Angestellte und nur einige wenige Vorarbeiter. Obwohl also die Löhne für einige Arbeiten nicht so schnell ansteigen konnten, wie dies ohne die Ausländer der Fall gewesen wäre, haben sich dennoch viele Deutsche durch die Anwesenheit der Ausländer beruflich und damit auch finanziell verbessern können.

Doch wenn man die volle Wirkung der Ausländerbeschäftigung auf die Löhne in der Bundesrepublik verstehen will, muß man deren langfristige Ergebnisse untersuchen. Auf den ersten Blick scheint es, als habe das Vorhandensein von billigen Arbeitskräften eine nachteilige Wirkung auf die Produktivität und auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Denn wenn genug Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, erweitern die Unternehmer die alten Fabrikanlagen und stellen zusätzliche Arbeiter ein, anstatt die alten Anlagen durch neue arbeitssparende zu ersetzen. Solange Arbeitskräfte billiger sind als die Neuanschaffung von Maschinen, wählen die Unternehmer immer den ersten Weg zur Profitgewinnung. Viele bürgerliche Volkswirtschaftler (z.B. Professor C. Föhl und Professor Rüstow) vertraten den Standpunkt, daß die "Wirtschaft" (d.h. die Gewinne der Unternehmer) durch den Arbeitskräftezuwachs aus anderen Ländern auf lange Sicht leidet, weil nicht mit den modernsten Maschinen produziert wird, was die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigt.

Doch ist diese Theorie falsch. Nach einer Untersuchung der Wirtschaftskommission für Europa (eine Einrichtung der Vereinten Nationen) haben gerade die Länder, die einen großen Arbeitskräftezuwachs verzeichnen, das rascheste Wachstum des Volkseinkommens und der Produktivität pro Arbeiter erfahren. Denn wo mehr Arbeiter ausgebeutet werden, sind die Gewinne höher. Die Unternehmer können mehr Maschinen kaufen und neue Anlagen einrichten,

die dem neuesten Stand der Technik entsprechen und hoch produktiv sind. Länder wie Frankreich, die Schweiz und vor allem die Bundesrepublik, die über große Mengen zusätzlicher Arbeitskräfte verfügen konnten, haben ein sehr schnelles Wirtschaftswachstum erfahren. Andererseits ist die Wirtschaft in England, Belgien, Österreich und in einigen skandinavischen Ländern, in denen die Arbeitskräfte zahlenmäßig nicht oder nur wenig zugenommen haben, viel langsamer gewachsen.

So kann man das anhaltende Wachstum der deutschen Wirtschaft in den sechziger Jahren weitgehend auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zurückführen. Damit ist aber gleichzeitig gesagt, daß es den deutschen Arbeitern Dank der Ausländer heute besser geht, als dies ohne die Beschäftigung der Südeuropäer der Fall gewesen wäre, denn auf lange Sicht bedeutet Wirtschaftswachstum Modernisierung der industriellen Anlagen und damit Steigung der Produktivität der einzelnen Arbeiter, wodurch sie bei Lohnforderungen in einer stärkeren Position sind.

Daß die Gewinne der Unternehmer im Verhältnis viel stärker angestiegen sind als die Löhne der Arbeiter, steht auf einem anderen Blatt, denn durch die Einstellung von billigen Arbeitskräften aus dem Ausland konnten die Arbeitgeber ihre Gewinnspannen hoch halten und brauchten den Forderungen der Arbeiter nach Gewinnbeteiligung nicht so sehr nachzugeben, wie sie dies ohne zusätzliche Arbeitskräfte zu tun gezwungen gewesen wären.

Um diesen komplizierten Sachverhalt noch einmal kurz zusammenzufassen, muß man sagen, daß die ausländischen Arbeiter angeworben wurden, um die fälligen Lohnaufstiege zu dämpfen und die Gewinne der Unternehmer hochzuhalten. Kurzfristig wirkte sich dies nachteilig auf die Löhne der deutschen Arbeiter aus, und zwar vor allem auf die für ungelernte Tätigkeiten. Jedoch war durch die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter auf längere Sicht ein schnelles Wirtschaftswachstum möglich geworden, was schließlich zu Lohnerhöhungen führte. Den Hauptnutzen zogen allerdings die Unternehmer von der Ausländerbeschäftigung: ihre Gewinne sind bei weitem höher als sie ohne Ausländer ausgefallen wären, und zwar sowohl absolut als auch als Anteil am gesamten Volkseinkommen.

Die Unternehmer haben noch weitere Vorteile von der Ausländerbeschäftigung. Die überwältigende Mehrheit der ausländischen Arbeiter waren zu Hause in der Landwirtschaft tätig gewesen. Einige hatten ein kleines Geschäft oder arbeiteten als unabhängige Handwerker. Das bedeutet, daß fast alle Ausländer in der Bundesrepublik keine Erfahrung in Bezug auf die besonderen Probleme der Fabrikarbeit hatten. Sie verstehen zum Beispiel nicht, daß

die Akkordarbeit eine Methode der Arbeitgeber ist, das Äußerste aus den Arbeitern herauszuholen. Vielmehr sehen sie in der Akkordarbeit die Möglichkeit, es durch Fleiß zu viel Geld zu bringen. Immerhin hatten sie sich vor der Ausreise vorgenommen, so hart wie möglich zu arbeiten, um schnell wieder nach Hause zurückkehren zu können. So geben viele ausländische Arbeiter ihr Letztes her, um zu hohen Akkordleistungen zu kommen.

Wenn dann die Akkordsätze heraufgesetzt werden, wissen sie nicht warum und versuchen den Verlust durch noch härtere Arbeit auszugleichen, was unter Umständen zu noch höheren Akkordsätzen führt. Die vom Betrieb eingestellten Dolmetscher hüten sich, die Arbeiter über die Bedeutung des Akkordsystems aufzuklären. Und wenn einheimische Arbeiter, die unter den höheren Akkordsätzen ebenso leiden, wie die Ausländer, sie zu langsamerer Arbeit anhalten wollen, mißverstehen sie diese, entweder weil sie die Sprache nicht gut genug beherrschen und nicht begreifen können, warum sie langsamer arbeiten sollen, oder weil sie das Gefühl haben, daß die deutschen Arbeiter ihre besondere Situation nicht zu schätzen wissen. Die deutschen Arbeiter werfen ihrerseits den Ausländern vor, sie hätten die Akkordsätze ihrer Kurzsichtigkeit und mangelnden Solidarität zuzuschreiben. Mißverständnisse auf beiden Seiten, die durch die bestehenden Sprachbarrieren nicht besser werden und von denen nur die Arbeitgeber profitieren.

Manchmal verwenden die Unternehmer böswillige Tricks, um die ausländischen Arbeiter zur schnelleren Arbeit anzutreiben. So z.B. wurde den ungelernten Ausländern bei BMW in München vorgemacht, daß sie ein Zeugnis als qualifizierte Arbeiter bekämen, wenn sie bei BMW angelernt worden wären und eine bestimmte Zeit in der Schweißerei gearbeitet hätten. Als sich das als Lüge herausstellte, waren die Ausländer natürlich enttäuscht, da sie das Letzte hergegeben hatten, um als "qualifiziert" zu gelten. Der Arbeitgeber hatte seine Zwecke erreicht: Er konnte sehen, wie schnell in der Schweißerei gearbeitet werden kann. Das mußte sich auch nachteilig auf das Arbeitstempo der dort beschäftigten deutschen Arbeiter auswirken. In solchen Fällen wird deutlich, wie wichtig es ist, daß sich Ausländer und deutsche Arbeiter miteinander unterhalten und daß falsche Informationen und Mißverständnisse, die allen Arbeitern schaden, aus dem Wege geräumt werden.

Ähnliche Mißverständnisse ergeben sich in Bezug auf die Überstunden. Wenn, wie meistens es der Fall ist, die Familie zu Hause geblieben ist und der Ausländer ein einsames Dasein in einer reizlosen Unterkunft führen muß, hat er das Verlangen, so viel wie möglich zu arbeiten, um bald wieder nach Hause zurückkehren zu können. Also

reißen sich viele Ausländer um die zur Verfügung stehenden Überstunden. Dies kann sich auf verschiedene Weise ungünstig für die deutschen Arbeiter auswirken. Wo Überstunden knapp sind, fühlen sich die deutschen Arbeiter, die oft ebenfalls auf Mehrarbeit angewiesen sind, um ihr Leben zu bestreiten, durch die Konkurrenz der Ausländer bedroht. Oft arbeiten die Ausländer sogar über den festen Arbeitstag hinaus, ohne dafür den sonst üblichen Überstundenzuschlag zu verlangen, wozu deutsche Arbeiter nur selten bereit sind. Dadurch gehen die Ausländer im Kampf um Überstunden oft als Sieger hervor. Zum anderen müssen viele deutsche Arbeiter auch dann Überstunden machen, wenn sie es eigentlich gar nicht wollen, denn wenn alle Ausländer in einer Firma dazu bereit sind, bis in die Nacht hinein zu arbeiten, werden auch die deutschen Arbeiter in den qualifizierten Stellen gebraucht und mit mehr oder minder starken Mitteln zur Mehrarbeit gezwungen. Die Arbeitgeber freuen sich, denn wenn dieselbe Anzahl Arbeiter über den Acht-Stunden-Tag hinaus arbeiten, wird zwar die Produktion vermehrt, aber nicht der Arbeitgeberanteil an den Versicherungsbeiträgen und Sozialleistungen, die pro Kopf der Belegschaft zu zahlen sind. Außerdem werden die vorhandenen Maschinen besser ausgenutzt. Trotz des Überstundenzuschlags, der in den meisten Fällen gezahlt werden muß, macht der Arbeitgeber einen größeren Gewinn. Schließlich können die Unternehmer die Bereitschaft der Ausländer, lange Stunden zu arbeiten, als Waffe im Kampf gegen die Arbeitszeitverkürzung benutzen, indem sie darauf hinweisen und dies als milde Drohung gegen "Arbeitsunlustige" anwenden können, daß es genug Arbeiter gibt, die gar nicht früher Feierabend machen wollen.

Trotz einiger Vorteile, die sich für die deutschen Arbeiter aus der Ausländerbeschäftigung ergeben, sind es natürlich vor allem die Unternehmer, die davon profitieren. Das bedeutet nun nicht, daß sich die deutschen Arbeiter überlegen müßten, wie sie den Bossen einen Teil des Gewinns, den sie aus den Ausländern herausholen, abknöpfen können, denn damit würden sie ja selber an der Ausbeutung der Ausländer teilnehmen. Andererseits wäre es auch falsch, die Ausländer nach Hause schicken zu wollen. Abgesehen von der Abhängigkeit, in der sich die bundesdeutsche Wirtschaft mittlerweile von der Ausländerbeschäftigung befindet und von dem wirtschaftlichen Chaos, das entstehen würde, wenn alle Ausländer gehen müßten, entspräche dies nicht den Klasseninteressen der deutschen Arbeiter. Denn deutsche und ausländische Arbeiter sitzen in demselben Boot: sie werden alle von denselben Unternehmern ausgebeutet. Bei den einen machen sich die Unternehmer nur die Hände zu eigen, bei den anderen verlangen sie ein bißchen Köpfchen dazu. Das letztere wird etwas besser "entlohnt".

Alle Arbeiter, ob gelernte oder ungelernte, ob deutsche oder ausländische, werden von den Unternehmern so eingesetzt, wie es für diese am profitabelsten ist. Wenn die deutschen Arbeiter ihr Los verbessern wollen, dann müssen sie mit den Ausbeutern selber abrechnen, die die gleichen für sie wie für die Ausländer sind. Um dazu in der Lage zu sein, müssen sie aber stark und das heißt untereinander einig sein. Nur mit den Ausländern zusammen kann der Kampf gelingen. Im nächsten Kapitel wollen wir zeigen, welche Ansätze es bereits für einen gemeinsamen Klassenkampf aller Arbeiter in der Bundesrepublik und anderswo gibt.

Anzeige

REIHE BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

GEWERKSCHAFTEN HEUTE - ORDNUNGSFAKTOR ODER GEGENMACHT?
Funktion und Strategie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus.

Autor: Hansgeorg Conert

Ein kritischer Beitrag zur Standortbestimmung der Gewerkschaften in der BRD heute. Ausgangspunkt ist die Erwartungshaltung der Mitglieder gegenüber den Gewerkschaften. Es wird verdeutlicht, daß organisierte wie auch nicht organisierte Lohnabhängige von den Gewerkschaften die Durchsetzung von Ansprüchen erwarten, die den engen Rahmen der vom Profitziel diktierten Funktionsbedingungen des Spätkapitalismus sprengen. Daß nunmehr auch in der BRD die Regierung konsequent daran geht, den Ablauf des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses zu steuern, verbessert keineswegs den gewerkschaftlichen Aktionsraum, sondern verengt ihn zunehmend.

Die Gewerkschaften können sich daher der Entscheidung nicht entziehen: integrieren sie sich in das System des organisierten Kapitalismus und ordnen sich damit den jeweiligen Bedingungen privater Profitmaximierung unter oder begreifen sie ihre Aufgabe als antikapitalistische Gegenmacht und gehen zu einer Strategie der Durchsetzung systemverändernder Reformen über? Die notwendigen Konsequenzen für die konkrete Politik der Gewerkschaften, für die innerverbandliche Demokratie, für die Mitbestimmungskonzeption, für die Bildungsarbeit sowie für die Strategie der Gewerkschaften in der politischen Sphäre werden in dieser Broschüre umrissen und zur Diskussion gestellt.

88 Seiten, broschiert, DM 3.3o
Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

express INTERNATIONAL

erscheint seit 1o Jahren in Frankfurt

express INTERNATIONAL

bringt ständig kritische Beiträge zur Gewerkschaftspolitik

express INTERNATIONAL

beschäftigt sich mit den aktuellen politischen Fragen

express INTERNATIONAL

berichtet über den internationalen Klassenkampf

express INTERNATIONAL

druckt Aufsätze zur sozialistischen Theorie und Strategie

express INTERNATIONAL

erscheint vierzehntägig, Jahresabonnement DM 18.--

express INTERNATIONAL

zu beziehen über die Redaktion: 6 Frankfurt, Fichardstr. 15, Hof

VII. AUSLÄNDISCHE ARBEITER UND KLASSENKAMPF

Nachdem wir die Lage der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik geschildert und gezeigt haben, warum sie dazu gezwungen sind, die ihnen von den bundesdeutschen Unternehmern zugedachte Stellung ganz unten im Produktionsprozeß und ohne Rechte im politischen und sozialen Leben zu akzeptieren, kommen wir zurück zu der Frage, die wir am Schluß des dritten Kapitels gestellt haben: Welche Rolle spielen die ausländischen Arbeiter im Kampf zwischen den Ausbeutern und Ausgebeuteten in Westeuropa?

Die Arbeitgeber haben ausländische Arbeiter ins Land geholt, um einen raschen Lohnaufstieg zu vermeiden. Wie wir im vorigen Kapitel gezeigt haben, ist ihnen das auch gelungen, obwohl ein beträchtlicher Teil der deutschen Arbeiter im Laufe der Wirtschaftsentwicklung berufliche und finanzielle Verbesserungen erfahren hat. Aber die Strategie der Unternehmer lief auf ein weiteres Ziel hinaus. Durch das Hinzuziehen von Arbeitern aus dem Ausland wollten sie zwei verschiedene Arten von Arbeitern schaffen: der eine Teil war dazu bestimmt, die unangenehmsten Arbeiten auszuführen, ihn wollte man in seiner sozialen und rechtlichen Stellung benachteiligen: der andere Teil durfte sich einiger Vorteile erfreuen, d.h. ihm wurden bessere Löhne gezahlt und die Möglichkeit zum beruflichen Aufstieg geboten.

Diese Taktik der Unternehmer, die Arbeiterklasse in zwei zu spalten, ist durchaus nicht neu. Schon seit dem Beginn der Industrialisierung wurde eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Arbeitern bevorzugt behandelt. Die Meister oder die Aufseher wurden etwas besser bezahlt und brauchten sich weniger häufig die Finger schmutzig zu machen. Dafür halfen sie den Unternehmern bei der Ausbeutung des Rests der Arbeiterschaft, indem sie Arbeitsunwillige antrieben oder Widerspenstige als Rebellen denunzierten. Neu an der Situation heute ist allerdings, daß sich die verschiedenen Teile der Arbeiterschaft schlecht miteinander verständigen können, da sie verschiedene Sprachen sprechen. Deshalb können sie kaum ihre Probleme miteinander diskutieren und dabei zu dem Schluß kommen, daß sie im Grunde doch alle zu der Klasse der Ausgebeuteten gehören. Im Gegenteil: Wie es die Unternehmerklasse schon immer durch propagandistische Reden von "der Größe der Nation", von "deutschen Interessen"

usw. verstanden hat, einen Teil der Arbeiterschaft für ihre Zwecke auszunutzen und sie z.B. in zwei imperialistische Kriege gegen andere Länder zu schicken, so verbreiten sie auch heute Lügen über die Minderwertigkeit der ausländischen Arbeiter. Sie machen viele deutschen Arbeitern glauben, daß die Ausländer Kriminelle oder Schürzenjäger sind, die - wenn es zu Streiks kommt - "gegen alle Vernunft" als Streikposten die Fabriktore versperren.

Nicht nur versuchen die Bosse, die deutschen Arbeiter gegen die Ausländer aufzustacheln, sondern sie wollen auch die Ausländer einschüchtern, um dadurch die Einheit der Arbeiterschaft im Arbeitskampf zu sprengen. So verteilte die Firma Lechler, Urach, im Herbst 1971 Flugblätter, in denen es hieß, daß die Ausländer als Teilnehmer am Metallarbeiterstreik zum Jahresende mit der Lösung ihres Arbeitsverhältnisses zu rechnen hätten. Das bedeutet nach geltendem Recht der Verlust der Aufenthaltserlaubnis in der BRD. Die Betriebsleitung einer anderen Firma in Esslingen verfaßte vor der Urabstimmung des Metallarbeiterstreiks Ende 1971 das folgende Flugblatt, das in allen Sprachen an die Ausländer verteilt wurde:

In wenigen Tagen wird entschieden, ob gestreikt wird oder nicht. Entscheidet frei und verantwortungsbewußt über den Streik! Sonst wird dies der Anfang des Arbeitskampfes sein, der unserer Fabrik und eurem Interesse schaden wird. Deshalb möchten wir euch warnen und sagen, was geschieht, wenn der Wille der IG-Metall verwirklicht wird. Wenn gestreikt wird bedeutet das:
- es wird keine Arbeit geben
- es wird keine Löhne geben
- es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.

Der Streik würde uns in eine so schwierige Lage bringen, daß wir die Fabrik schließen müßten, so daß ihr keine Arbeit mehr hättet....
Was ist das Ende eines Arbeitskampfes?
Wir wissen nicht, was für Folgen es für unsere Fabrik hätte. In der schwierigen wirtschaftlichen Lage würde der Arbeitskampf der IG-Metall sicherlich der Zukunft eurer Arbeit schaden....
Das Wichtigste aber ist:
Glaubt nicht alles, was euch gegen uns erzählt wird und laßt euch auf keinen Fall von radikalen Kräften zu illegalen Aktionen überreden. Illegale Aktionen können je nach Sachverhalt zu eurer Abschiebung führen und so zum endgültigen Arbeitsverlust in Deutschland...

Die Drohung, die die Betriebsleitung in diesem Flugblatt ausspricht, ist offensichtlich: Die Ausländer, die mit der rechtlichen Lage in der BRD nicht vertraut sind, müssen annehmen, daß der Streik allein schon als illegale Aktion ausgelegt werden und zu ihrer Ausweisung führen

könnte. Und so absurd ist diese Annahme auch gar nicht, wie an dem folgenden Beispiel erörtert werden kann.

Ein Jugoslawe in Frankfurt wurde von der Elektrobaufirma ESA-Lenz entlassen, nachdem er mit 20 anderen jugoslawischen Arbeitern eine höhere Auslösung und höheren Stundenlohn gefordert hatte. Als die Firma die Forderung ablehnte, traten die Arbeiter zwei Tage lang in den Streik. Gegen seine fristlose Entlassung klagte der Jugoslawe beim Arbeitsgericht. Der Richter riet ihm, die Klage zurückzuziehen, weil es ihm passieren könnte, daß die Entlassung als rechtmäßig erklärt würde (was bei der bundesdeutschen Klassenjustiz durchaus zu erwarten wäre) und er daraufhin des Landes verwiesen worden wäre. Hier wird deutlich, daß ein Streik, der von keiner Gewerkschaft unterstützt wird, zum Ausweisungsgrund werden kann.

Wenn die Unternehmer mit ihren Einschüchterungsversuchen der Ausländer nicht das Ziel erreichen, diese im Arbeitskampf gegen die gesamte Arbeiterschaft einzusetzen, greifen sie zu noch diabolischeren Mitteln. Ein Kölner Unternehmer der chemischen Industrie, in dem 300 Arbeiter im Juni 1971 seit über einer Woche streikten, bot drei griechischen Arbeitern eine Summe von 2.000,-- DM an, wenn sie ihren arbeitswilligen Landsleuten und auch den deutschen Kollegen das Betreten des Werksgeländes ermöglichten. Für jeden Tag, an dem sie 100 Arbeitern den Eintritt ins Werk verschafften, sollte eine Prämie von 1.000,-- DM gezahlt werden. Es handelt sich hier um enorme Beträge, die einem ausländischen Arbeiter, dessen Familie zu Hause im Elend lebt, nur gelegen kommen kann. Doch wandte sich der Prokurist des Werkes in diesem Fall an die falsche Adresse: Zum Schein gingen die Griechen auf das Angebot ein, erhielten eine erste Rate von 500,-- DM, und meldeten dann den Vorfall der IG-Chemie, wodurch die Sache zum Platzen kam. Wieder einmal hatten hier Ausländer ihre Klassensolidarität bewiesen.

Es ist schwer zu beurteilen, inwieweit die Unternehmer mit ihren Einschüchterungsversuchen bei manchen Ausländern Erfolg haben. Tatsache ist jedoch, daß sich die ausländischen Arbeiter immer mit ihren deutschen Kollegen solidarisieren, wenn diese für gemeinsame Forderungen in den Arbeitskampf treten. Andererseits kann man allerdings nicht leugnen, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft der Propaganda der Unternehmer Glauben schenkt und den Ausländern gegenüber negativ eingestellt ist. Eine Reihe von Meinungsumfragen, die zur Zeit der Rezession im Jahre 1966 abgehalten wurden, zeigt, daß die Stimmung gegen die Ausländer dann steigt, wenn viele deutsche Arbeiter um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, obwohl sich der Zorn der deutschen Arbeiter gerechterweise eigentlich gegen die Unternehmer richten müßte,

die für die Entlassungen verantwortlich sind.

So z.B. stellte eine DIVO Repräsentativerhebung im Februar 1966 fest, daß 81 % aller Befragten ihre Zustimmung zu der folgenden Aussage gaben: "In Deutschland herrscht zwar Arbeitskräftemangel, aber in den letzten Jahren sind doch so viele Gastarbeiter ins Land gekommen." In einer Meinungsumfrage des Infas, Bad Godesberg, im September 1966 äußerten sich 40 % aller befragten Facharbeiter und 60 % aller befragten an- und ungelernten Arbeiter dahingehend, daß die Gastarbeiter wieder entlassen werden sollten. Dieselbe Umfrage fand heraus, daß 66 % der Facharbeiter und 64 % der an- und ungelernten Arbeiter der Meinung waren, Gastarbeiter seien hinter Frauen und Mädchen her, und 41 % aller Befragten glaubten, daß Gastarbeiter oft Schlägereien begännen.

Natürlich kann man die Ergebnisse solcher Meinungsumfragen nicht für bare Münze nehmen, weil immer nur ein kleiner Teil der Bevölkerung befragt wird und die Ergebnisse nicht unbedingt die Meinung aller Arbeiter wiederspiegelt. Außerdem werden die Fragen oft so gestellt, daß die Befragten nicht viel Zeit zum Überlegen haben und oft zu einer Aussage ihre Zustimmung geben, die sie vielleicht hinterher gar nicht mehr vertreten würden. Dennoch wird aus solchen Umfragen ersichtlich, daß viele deutsche Arbeiter von den Unternehmern manipuliert werden.

Das Beispiel der Kampagne für längere Arbeitszeit in den Jahren 1964/66 zeigt, wie die Unternehmer die Arbeiterklasse bewußt spalten, um damit ihre eigenen Zwecke zu verfolgen. Der damalige Bundeskanzler Erhard leitete selber die Kampagne ein und forderte längere Arbeitszeit, damit - wie er sagte - die Anzahl der in der Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeiter verringert werden könnte. Begeistert nahmen die Arbeitgeberorganisationen diesen Ruf auf, und die rechte Presse veröffentlichte Artikel, in denen die Ausländer als für die Wirtschaft schädlich und auch sonst als Kriminelle und im Lande Unerwünschte hingestellt wurden.

In Wirklichkeit richteten sich die bundesdeutschen Unternehmer damit gegen die von den Gewerkschaften vorgebrachten Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach Verlängerung des Urlaubs für Arbeiter, sowie nach Heruntersetzung des Rentenalters. Es wurde argumentiert, daß bereits mehr als eine Million Arbeitsplätze von Ausländern eingenommen seien und daß die Forderungen der Gewerkschaften dem Ruf nach mehr Ausländern gleichkämen.

Viele deutsche Arbeiter ließen sich von dieser Propaganda einwickeln. Die Infas Meinungsumfrage fand heraus,

daß 80 % aller befragten Facharbeiter und 77 % aller anderen ungelernten Arbeiter dazu bereit waren, eine Stunde mehr zu arbeiten, wenn dadurch die Beschäftigung von Ausländern vermieden werden könnte. Als gar die Bildzeitung mit der Schlagzeile "Gastarbeiter fleißiger als deutsche Arbeiter" erschien, fühlten sich viele deutsche Arbeiter in ihrem Nationalstolz gekränkt und es kam zu Proteststreiks gegen Ausländer und sogar zu Auseinandersetzungen mit ihnen.

Natürlich steht die Anwesenheit ausländischer Arbeiter mit der Verkürzung der Arbeitszeit in keinem Zusammenhang. Die Unternehmer hatten bereits bei weitem mehr Ausländer eingestellt, als nötig gewesen wäre, wenn sie nur die Arbeitszeitverkürzungen der deutschen Arbeiter hätten wett machen wollen. Ebenso umgekehrt: Selbst wenn alle deutschen Arbeiter einige Stunden wöchentlich mehr arbeiten würden, könnten die Ausländer noch lange nicht nach Hause geschickt werden. Denn, wie wir gezeigt haben, arbeiten diese hauptsächlich an Arbeitsplätzen und sind in Industriezweigen konzentriert, für die nicht mehr genug deutsche Arbeiter gefunden werden. Nicht ob sie bereit seien, eine oder mehrere Stunden länger zu arbeiten, um die Ausländer loszuwerden, hätte man die deutschen Arbeiter fragen müssen, sondern ob sie willens seien, sehr lange Stunden als ungelernte Bauarbeiter oder in der Müllabfuhr zu arbeiten, damit die Ausländerbeschäftigung unnötig werden.

Die Unternehmer wußten sehr wohl, worum es ging. Sie wollten die Ausländer nicht nach Hause schicken, sondern sie waren darauf aus, die deutschen Arbeiter gegen die Ausländer aufzustacheln, um dadurch die Arbeiterklasse zu spalten. Und so sehr die Gewerkschaften auch versuchten, der Unternehmerpropaganda entgegenzuwirken, wurden ihre Bemühungen um bessere Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter aufs Schwerste beeinträchtigt.

Wir haben es hier mit einer für alle Unternehmer typischen Taktik zu tun. Zur selben Zeit, als die Arbeitgeber in der BRD nach längerer Arbeitszeit riefen, startete eine schweizerische Firma in Winterthur eine Umfrage, in der sie unter Hinweis auf die "großen politischen Probleme, die sich aus der Ausländerbeschäftigung ergeben", ihre Arbeiter fragte, ob sie bereit seien, länger zu arbeiten, damit die Ausländer gehen könnten. 83 % aller derer, die den Fragebogen ausfüllten, waren dafür, manche boten an, vier oder fünf Stunden wöchentlich mehr zu arbeiten, andere wollten sogar den freien Samstag opfern. Die schweizerische Presse machte viel Aufhebens von dieser Sache, und die Forderung nach Mehrarbeit und Ausländerentlassungen wurden in der ganzen Schweiz gehört.

Die Ziele der Unternehmer bei diesen und ähnlichen Aktionen ist deutlich: Sie wollen die Arbeiterklasse spalten und den Arbeitern über ihre wirkliche Klassenlage Sand in die Augen streuen. So hat man es z.B. zu verstehen, wenn die Presse oder andere Organe der Unternehmer den Arbeitern vorrechnen, daß sie keine anständigen Wohnungen finden können, weil es zu viele Ausländer gibt, die in die vorhandenen Wohnungen einziehen. Ganz abgesehen davon, daß es nur verhältnismäßig wenigen Ausländern überhaupt gelingt, Wohnungen zu finden, die als solche bezeichnet werden können, und sie den deutschen Arbeitern mit ihren Wohnheimen und Dachkammern kaum Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt machen, zäumt eine solche Behauptung das Pferd am Schwanze auf. Denn die Frage, die zu stellen ist, ist nicht, wie man die Ausländer im Kampf um die wenigen Wohnungen am besten ausstechen kann, sondern warum es nicht genug Wohnungen für alle Teile der Bevölkerung gibt. Die Antwort hierauf ist einfach: Die Kapitalistenklasse, zu der auch die Hauseigentümer gehören, hat ein Interesse daran, daß Wohnungen Mangelware bleiben, weil dadurch die Mieten höher werden und dies die Profite vergrößert. Die Lösung des Wohnungsproblems wird erst dann möglich, wenn Wohnungen für den Bedarf der Bevölkerung und nicht mehr für den Profit einiger weniger gebaut werden. Indem die deutschen Arbeiter aber die Ansicht hegen, daß die Ausländer an der Wohnungsnot schuld sind, wird die Aufmerksamkeit von den eigentlichen Schuldigen - den mietwuchernden Kapitalisten - abgelenkt, die ihr schmutziges Geschäft ungeschoren fortführen können.

Ähnlich steht es mit dem unter Arbeitern verbreitetem Argument, daß die Ausländer die Arbeitsplätze der Deutschen wegnehmen. Besonders häufig kann man diese Ansicht zu Zeiten der Rezession hören, wenn es viele deutsche Arbeiter gibt, die keine Arbeit haben, während eine große Anzahl der Ausländer noch beschäftigt sind. Doch darf man hier nicht vergessen, daß die meisten Ausländer solche Arbeiten ausführen, die häufig von deutschen Arbeitern, wegen der schlechten Bedingungen abgelehnt werden. Ein deutscher Facharbeiter, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, ist mit Recht nicht bereit, die Stelle eines ungelernten Fließbandarbeiters zu übernehmen. Bei einer Rezession verlieren aber nicht plötzlich alle Fließbandarbeiter ihre Stelle, sondern die Last verteilt sich auf alle Kategorien von Arbeitern. So kommt es, daß viele Ausländer beschäftigt bleiben, während deutsche Arbeiter stempeln gehen müssen. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, daß die Ausländer im Verhältnis viel öfter ihren Arbeitsplatz verlieren als die Deutschen, wenn z.B. die Regel angewandt wird, "wer zuletzt kommt, geht zuerst".

Doch wie dem auch sei, die Frage, die man hier stellen sollte, ist, warum es überhaupt zu Entlassungen kommt, und warum diese solch große Nachteile für die Betroffenen mit sich bringen. Die kapitalistische Wirtschaft ist daraufhin abgestimmt, daß sie produziert, wenn die Produkte den Unternehmern Profite einbringen. Das hat mit der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung nichts zu tun. So werden einerseits Unmengen nutzloser Dinge hergestellt, wie modische Kleidung, Autos, die geplant schnell verschleißen, oder Rüstung, wenn diese den Unternehmern gute Gewinne einbringen. Andererseits wird die Produktion eingestellt, wenn die Gewinne magerer werden, egal ob die Produkte gebraucht werden oder nicht. Dann kommt es zu Entlassungen von Arbeitern, und niemand kümmert sich darum, wie sich das auf deren Geldbeutel auswirkt. Wenn sich also ein Arbeiter wegen des Verlustes seines Arbeitsplatzes bei jemandem beklagen will, dann soll er sich nicht an seine ausländischen Kollegen wenden, die genauso um ihre Arbeitsplätze bangen müssen, solange sie zufällig noch von Entlassungen verschont bleiben, sondern an die Herren mit den dicken Brieftaschen, die die Beschäftigung und Entlassung von Arbeitern - der deutschen und der ausländischen - planen und in jedem Fall einen Gewinn daraus schlagen.

Wenn die deutschen Arbeiter die Absichten der Unternehmer durchschauen, kommen sie notwendig zu dem Schluß, daß man ihnen nur entgegnen kann, wenn deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam den Klassenfeind bekämpfen. Ein paar Beispiele können zeigen, wie die Arbeitgeber in Situationen des Arbeitskampfes siegten, wenn die Arbeiter untereinander uneins waren, wie ihnen aber der Schweiß auf die Stirn trat, wenn sie es mit einer geschlossenen Arbeiterschaft als Gegner zu tun hatten.

Im September 1969 streikten 1.700 Arbeiter - 95 % von ihnen Ausländer - in der Scheinwerferfabrik Hella in Lippstadt. Sie wehrten sich gegen die Ein- und Zweijahresverträge, die die Spanier und Italiener an die Firma banden, wo sie bei gleicher Arbeit wesentlich geringeren Lohn als ihre deutschen Kollegen erhalten. Die Streikenden wurden von der Gewerkschaft nicht unterstützt, und die Konsule ihrer Länder kamen ebenfalls nur, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. So marschierten die Ausländer zu einer Zweigstelle derselben Firma, in der fast ausschließlich Deutsche beschäftigt waren, um diese zur Solidarität aufzurufen. Doch obwohl die deutschen Arbeiter die Forderungen der Ausländer in Worten unterstützten, waren sie zu keiner Aktion bereit. Der Streik wurde gebrochen. Der Verlust lag nicht allein auf der Seite der Ausländer. Die Einheit der Arbeiter in den Hella-Werken war verraten, was späteren Forderungen der deutschen Arbeiter das Rückgrat brechen muß.

Ähnlich endete der Streik bei der Firma Ehrenreich A. & Cie in Oberkassel im September 1969. Hier hatten 300 Arbeiter, vor allem Griechen, wegen der Erhöhung des Akkordsatzes gestreikt. Eine weitere Forderung war die Wiedereinstellung von zwei griechischen und einem deutschen Arbeiter, die als Sprecher der streikenden Arbeiter entlassen worden waren. Als die Entlassungen rückgängig gemacht wurden, nahmen die deutschen Arbeiter geschlossen wieder die Arbeit auf. Sie gingen auf das Angebot der Unternehmensleitung ein, ein ganzes Wochenende lang Überstunden zu machen, wofür sie außer der üblichen Bezahlung am Samstag ein freies Mittagessen und eine Schachtel Zigaretten, bzw. eine Tafel Schokolade bekamen. Der Streik der militanten Griechen, die ihre Hauptforderung - nämlich die Rückgängigmachung der Akkordsatzerhöhung - noch nicht erfüllt sahen, wurde auf diese Weise gebrochen. Vier Tage nachdem die deutschen Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt waren, sahen sie sich gezwungen, ebenfalls die Arbeit wieder aufzunehmen. Unter den deutschen Arbeitern und ihren Betriebsräten waren nationalistische Stimmungen aufgekommen, und man hatte sich darüber beklagt, daß die griechischen Arbeiter "so viel Arbeit machten" und nicht wie die deutschen Arbeiter "vernünftig" wären, sondern auf die Propaganda von "Hetzern" hereinfielen. Der Unternehmensleitung kam die Teilung der Arbeiterklasse in zwei Lager mehr als gelegen, und sie konnten als die Sieger aus dem Kampfe hervorgehen.

Im Mai 1965 ereignete sich folgendes in einer englischen Textilfabrik in Preston: Den 750 indischen, pakistanischen und westindischen Arbeitern, die insgesamt ein Drittel der Belegschaft ausmachten, und auf nur zwei Abteilungen konzentriert waren, wurde aufgetragen, in Zukunft anderthalb statt wie zuvor nur eine Maschine zu bedienen bei einer Lohnerhöhung von ganzen 3 %. Die farbigen Arbeiter weigerten sich, diesen Handel anzunehmen. Als alle Verhandlungen scheiterten, streikten sie. Sie wurden weder von der Gewerkschaft, noch von den englischen Arbeitern in den anderen Abteilungen unterstützt. Im Gegenteil, während des dreiwöchigen Streiks ließen die nicht streikenden Arbeiter die betroffenen Abteilungen mit 85 %-iger Kapazität laufen. So wurde der Streik allmählich gebrochen. Im Abschluß daran zwang der Arbeitgeber auch die englischen Arbeiter, unter denselben Bedingungen Mehrarbeit zu leisten. Jetzt konnten sie nichts dagegen unternehmen. Doch merkten sie, wie sehr der Streik der farbigen Arbeiter auch sie anging.

Wir haben schon in einem anderen Zusammenhang den Streik der deutschen und ausländischen Arbeiter bei Dunlop in Hanau erwähnt. Hier versuchten die Arbeitgeber den Streik zu brechen, indem sie die deutschen Arbeiter gegen die

Ausländer aufstacheln wollten. In einem Brief an die deutschen Arbeiter schrieben sie: "Liegt es in Ihrem Interesse, daß betrunkene Ausländer die (Fabrik-)Eingänge sperren? Liegt das noch im Interesse der Vernunft?" An einer anderen Stelle wurden die ausländischen Arbeiter als "Angehörige einer fremden Mittelmeerhorde" bezeichnet. Doch gelang es den Arbeitgebern nicht, die Arbeiter zu spalten, und die Gewerkschaften konnten die Interessen aller Arbeiter verfolgen.

Am 6. April 1970 streikten die 200 spanischen Saisonarbeiter des Bauunternehmens Murer in Genf, weil sie weniger Lohn erhielten, als ihnen in Spanien zugesagt worden war und weil sie sich statt in "guten Unterkünften", die ihnen versprochen waren, in alten Luftschutzbunkern, Lagerräumen oder skandalösen Holzbaracken untergebracht fanden. Die Arbeitgeber drohten den Spaniern mit Entlassung, was einem Rausschmiß aus der Schweiz gleichgekommen wäre, und die Polizei umrundete die spanischen Unterkünfte mit scharfen Hunden. Trotz aller Drohungen konnten sich die Spanier behaupten, und zwar hauptsächlich weil es ihnen gelang, die Solidarität anderer Arbeiter - Ausländer und Schweizer - zu gewinnen. Am 11. April marschierten 4.000 Arbeiter durch Genf, um die streikenden Spanier zu unterstützen. Als es gar zu Solidaritätsstreiks kam, hatten die Arbeitgeber die Hosen voll, weil sie eine weitere Ausbreitung der Streikbewegung befürchten mußten. Die spanischen Arbeiter - und mit ihnen alle, die sich solidarisch erklärt hatten - gingen als Sieger aus dem Kampf hervor.

Ein weiteres Beispiel, wie die einheimischen und ausländischen Arbeiter die Unternehmer zum Schwitzen gebracht haben, sind die Ereignisse im Mai 1968 in Frankreich. Hier bestreikten ausländische und französische Arbeiter gemeinsam die Fabriken und marschierten nebeneinander durch die Straßen. Ihre Forderungen waren höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung für alle Arbeiter. Den Unternehmern war es ein Dorn im Auge, die Arbeiterklasse so vereint zu sehen. Sie versuchten die französischen Arbeiter von ihrer Solidarität abzubringen, indem sie von "fremden Agitatoren" sprachen, die die Franzosen aufwiegelten und für alle Unruhen verantwortlich waren. Wo immer sie konnten, verhafteten sie ausländische Arbeiter, die an den Streiks beteiligt waren, und wiesen sie aus dem Lande, egal ob man diesen ein "Vergehen" zuschustern konnte oder nicht. Die Ausweisungen wurden auch nach Beendigung der Streiks fortgesetzt, aber jetzt richteten sie sich gezielt gegen ausländische Streikführer. Man wollte den ausländischen Arbeitern ein für alle Mal klarmachen, daß sie sich wohl als billige Arbeitskräfte gebrauchen lassen, ansonsten aber nicht mucksen sollten. Doch haben noch längst nicht alle ausländischen Arbeiter, weder in Frankreich, noch

in der Bundesrepublik, noch sonstwo das letzte Wort über ihre übermäßige Ausbeutung gesprochen.

Obwohl die ausländischen Arbeiter ständig mit Ausweisung bedroht sind, wenn sie sich nicht so verhalten, wie die Unternehmer es von ihnen fordern, nehmen sie aktiv teil, wo auch immer es zu Arbeitskämpfen kommt. In der Bundesrepublik ist der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Ausländer ebenso hoch wie der der Deutschen. Dies ist umso erstaunlicher, als die meisten von ihnen von zu Hause her keine Gewerkschaften kannten, entweder weil sie vom Lande kommen und es keine Gewerkschaften für kleine unabhängige Bauern oder Handwerker gibt, oder weil in Ländern wie Spanien und Griechenland keine Arbeitsorganisationen zugelassen sind. Die Hoffnung, die die Arbeitgeber bei der Anwerbung von Arbeitern aus diesen Ländern gehegt haben mögen, nämlich daß sich solche Arbeiter leicht als Streikbrecher benutzen lassen, hat sich nicht erfüllt.

Insgesamt sind durchschnittlich 22,3 % der Ausländer gewerkschaftlich organisiert, das waren um die Jahreswende 1970/71 383.000 Kollegen. Es handelt sich hier größtenteils um äußerst klassenbewußte und kampfbereite Genossen, die trotz aller Schikanen, die den meisten von ihnen von seiten ihrer faschistischen heimatlichen Regierungen drohen, nicht darauf verzichten wollen, der Arbeiterklasse zu ihren Rechten zu verhelfen. Um so unverständlicher ist die Tatsache, daß nur eine verschwindend kleine Anzahl von gewerkschaftlicher Vertrauensleute Ausländer sind. So betrug z.B. der Anteil der in der Vertrauensleutewahl der IG-Metall gewählten ausländischen Arbeiter im Jahre 1970 lediglich 2,4 %, und auch in den anderen Gewerkschaften sind die Ausländer unter den Vertrauensleuten stark unterrepräsentiert.

Obwohl ein beachtlicher Teil der Ausländer gewerkschaftlich organisiert ist, bedeutet das nicht, daß alle mit der Politik der Gewerkschaften zufrieden sind. Denn die Gewerkschaften haben den Ausländern gegenüber keine eindeutige Haltung. Einerseits haben sie im Interesse eines allgemeinen Wirtschaftsaufstiegs die Anwesenheit von ausländischen Arbeitern von Anfang an befürwortet und haben das Recht der Ausländer auf gleiche Bedingungen und Löhne vertreten. Andererseits zeigen zahlreiche Beispiele des Arbeitskampfes, in denen es um die Gleichstellung der Ausländer mit den deutschen Arbeitern ging, daß die Gewerkschaften die besonderen Interessen der Ausländer nicht vertraten, um nicht dadurch die deutsche Arbeiterschaft, der gegenüber sie sich letzten Endes verantwortlich fühlen, zu verärgern. In diesem Zusammenhang sei noch einmal an den Streik in den Hella-Werken Lippstadt erinnert, in dem die dort beschäftigten Ausländer um Gleichstellung mit den deutschen

Kollegen kämpften Dabei riefen die zuständigen Gewerkschaftsfunktionäre gemeinsam mit den Arbeitgebervertretern und den italienischen und spanischen Konsuln die Streikenden zu Disziplin und Arbeitsaufnahme auf.

Durch das kapitalistische Wettbewerbssystem kommt es zu Interessenkonflikten zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern, die es in einem gemeinsamen Klassenkampf gegen den gemeinsamen Klassengegner zu überwinden gilt. Die deutschen Arbeiter müßten mit der Forderung an ihre Gewerkschaften herantreten, alle Arbeiter - ob Deutsche oder Ausländer - bei ihren Forderungen um eine Verringerung der Ausbeutung bedingungslos zu unterstützen. Wenn die Gewerkschaften die Interessen der Ausländer genügend vertreten, kann man damit rechnen, daß noch mehr Ausländer aktive Gewerkschaftsmitglieder werden. Eine gemeinsame Organisation der ausländischen und deutschen Arbeiter ist die erste Voraussetzung für einen einheitlichen Kampf.

Dadurch, daß die Ausländer unter den schlimmsten Bedingungen in Westeuropa arbeiten und leben müssen, werden viele von ihnen klassenbewußte Arbeiter, weil ihnen niemand etwas von "Sozialpartnerschaft" mit den Unternehmern oder von einem hohen Lebensstandard, den es nicht aufs Spiel zu setzen gilt, vormachen kann. Deshalb sind sie äußerst bereit, sich gemeinsam mit den deutschen Arbeitern zu organisieren. Bei den 1. Mai-Kundgebungen in der BRD sind die Ausländer gewöhnlich mitten dabei und oft im Verhältnis stärker vertreten als die deutschen Arbeiter.

Viele Ausländer haben erkannt, daß sich ihre Lage hier in Westeuropa und zu Hause nur dann verbessern kann, wenn sie die Ausbeuter in allen Ländern bekämpfen. Denn über die Köpfe der Arbeiter hinweg, reichen sich die Unternehmer aller Länder die Hände und treffen Abkommen und Vereinbarungen, durch die sie sich gegenseitig im Klassenkampf unterstützen. Denn die Unternehmer denken international: sie wissen, daß sie hier in Westeuropa bedroht sind, wenn ihrer Klasse in einem südeuropäischen Land der Abschied gegeben wird, und umgekehrt:

Durch die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter in Westeuropa wird die internationale Verflechtung des Kapitalismus deutlich. Sie werden sowohl von der herrschenden Klasse in ihren eigenen Ländern als auch von der in Westeuropa ausgebeutet und für deren Zwecke ausgenutzt. Denn auch die Unternehmer in den Ursprungsländern sehen in der Arbeitskräftewanderung einen Vorteil: Indem vielen jungen Menschen, die mit ihrem Los nicht zufrieden sind und ihre Lage verbessern wollen, die Möglichkeit geboten wird, ins Ausland abzuwandern, wird - so hoffen sie - eine handfeste Auseinandersetzung zwischen den Aus-

beutern und den Ausgebeuteten vermieden. Mit den Kosten, die ihre Länder aufbringen müssen, um Arbeitskräfte für Westeuropa aufzuziehen, glauben sie, sich ein bißchen sozialen Frieden erkaufen und die Wirtschaft ihren eigenen Interessen gemäß weiterhin verkümmern lassen zu können. Die Unternehmer in Westeuropa erfreuen sich nicht nur der Profite, die sie aus der Ausbeutung der ausländischen Arbeiter schlagen, sondern sie sind ebenfalls daran interessiert, daß es in den unterentwickelten Ländern nicht unruhig wird. In dem Buch "Strukturfragen der Ausländerbeschäftigung" schreibt ein leitender Funktionär des BDA, R. Weber:

> Not und Elend, die in der Regel mit Arbeitslosigkeit verbunden sind, führen zu politischer Radikalisierung, und wir sehen, daß gerade in den Mittelmeerländern die Menschen noch anfällig sind für radikale Parolen. Es kann nun im Endergebnis nicht gleichgültig sein, ob sich eines Tages Stützpunkte der Roten Flotte in der Adria befinden und Flugplätze der Roten Luftwaffe in der Po-Ebene. In Italien befindet sich nach wie vor die größte kommunistische Partei Westeuropas. Ich glaube, daß wir diese Gefahr nur dadurch beseitigen können, daß sich die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in den Ländern des Mittelmeerraumes verbessern. Ein Weg zur Verbesserung dieser Strukturen ist, daß wir zunächst einmal den Menschen aus diesem Raum die Möglichkeit geben, in den hochindustrialisierten Ländern Westeuropas Arbeit und damit auch entsprechende Verdienstmöglichkeiten zu finden.

Vielen ausländischen Arbeitern ist es klar geworden, daß sie hier und zu Hause demselben Klassenfeind gegenüberstehen. Sie wollen sich weder hier noch zu Hause auf die Dauer ausbeuten lassen. Sie führen den Klassenkampf, indem sie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen hier im Lande fordern und indem sie Untergrundorganisationen bilden, die den Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse zu Hause zum Ziele haben. Trotz der Schikanen von seiten der deutschen Polizei und trotz der Verfolgung im Heimatlande, die aktive Ausländer riskieren, wachsen diese Organisationen. Es ist an der Zeit, daß deutsche Arbeiter ihnen ihre volle Unterstützung geben, wie dies in einigen Fällen schon geschieht.

In einigen Städten gibt es bereits Ansatzpunkte für gemeinsame Aktionen ausländischer und einheimischer Bevölkerungsteile, wie z.B. Bürgerinitiativen oder Stadtteilkommitees, die sich mit den sozialen Verhältnissen von einheimischen und ausländischen Familien befassen, sowie Betriebsgruppen, die innerhalb eines Betriebes Veränderungen für alle dort beschäftigten Arbeiter herbeiführen wollen. Diese Gruppen müssen von deutschen und ausländischen Arbeitern gestärkt und vermehrt werden, damit sie ihre Ziele um so wirkungsvoller verfolgen können.

Wenn die deutschen Arbeiter mit den Ausländern zusammen politisch bewußt werden und sowohl die Lage der Ausländer insbesondere als auch die der Arbeiterklasse im allgemeinen radikal abändern wollen, müssen sie Aktionsformen wählen, die das System der Ausbeutung selber sprengen. Zur Beseitigung von besonderen Mißständen am Arbeitsplatz bietet sich der Streik an. Wo die Arbeits- oder Wohnbedingungen der Arbeiter zeitweilig oder dauernde gesundheitliche Schäden verursachen, könnte ein kollektives "Krankfeiern" organisiert werden, um eine Verbesserung herbeizuführen. Übermäßig schlechte Wohnbedingungen und extrem hohe Mieten können nur wirksam durch einen Mietstreik beseitigt werden, der in Hausbesetzungen und Selbstverwaltung der Mieter enden kann. Ebenso sind die Besetzungen von leeren Häusern oder Büroblocks ein gutes Mittel, um die Profitgier der Hauseigentümer zu bekämpfen. Wenn den ausländischen Arbeitern keine Sprachkurse oder wenn den Arbeitern insgesamt keine beruflichen Fortbildungsmöglichkeiten geboten werden, könnte man die zuständigen Behörden besetzen und die Verwaltung des Bildungswesens selbst in die Hand nehmen, so daß eine gute Ausbildung für alle möglich wird. Die Schulen, in denen weder die ausländischen noch die deutschen Kinder genug oder wirklich Wissenwertes lernen, könnte man durch einen Schulstreik lahmlegen, bis ein vernünftiges Lehrprogramm angeboten wird, das allen Kindern bessere Möglichkeiten für die Zukunft bietet. Es gibt noch unendlich viele Möglichkeiten des gemeinsamen Kampfes von ausländischen und einheimischen Arbeitern, durch den die Lage der Arbeiter und ihrer Kinder wesentlich verbessert werden könnte.

Es muß den deutschen und ausländischen Arbeitern klar werden, daß ihr Klassenfeind derselbe ist und daß er überall dort zu finden ist, wo eine kleine Minderheit von der Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung lebt. Deshalb liegt es im Interesse der westeuropäischen, der deutschen, französischen, schweizerischen und aller anderen einheimischen Arbeiter, sich mit ihren ausländischen Klassengenossen zu solidarisieren, ihren Kampf als den eigenen anzuerkennen und die Ausländer in ihre eigenen Kämpfe zu verwickeln. Sie bahnen sich den Weg zur Abschaffung der Ausbeutung an sich, wenn sie der übermäßigen Ausbeutung der ausländischen Arbeiter ein Ende setzen. Dazu ist es notwendig, daß die deutschen Arbeiter die Ausländer in all ihren Forderungen nach wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gleichberechtigung unterstützen. Denn nur wenn ausländische und deutsche Arbeiter einander gleichgestellt sind, wenn sie sich miteinander verständigen und zusammen leben können, sind sie in der Lage, ihren gemeinsamen Klassenfeind hier und überall sonst zu bekämpfen.

VIII. LESENSWERTE BÜCHER UND ARTIKEL ZUM THEMA "AUSLÄNDISCHE ARBEITER"

1. Ausländergesetz 1965 - Alternativentwurf 1970

   Sonderdruck von "Studentische Politik", Heft 1/1970 (Verlag Neue Gesellschaft).

2. Paolo Cinnanni, Emigration und Imperialismus,

   (Verlagskooperative Trikont, München 1970

3. Das Argument 68, Dezember 1971, Heft 9/10.

   Doppelheft zum Thema "Ausländerbeschäftigung und Imperialismus" mit den folgenden Beiträgen:

   R. Becker, G. Dörr, K. H. Tjaden: "Fremdarbeiterbeschäftigung im deutschen Kapitalismus"

   K. Schahbazian und H. Wilke: "Bewußtseinselement türkischer Arbeiter in der BRD"

   K. P. Dietzel: "Die Rolle der rückkehrenden Arbeiter in der Entwicklungsstrategie des westdeutschen Imperialismus"

   M. Nikolinakos: "Zur Frage der Auswanderungseffekte in den Emigrationsländern"

   G. Schiller: "Die Auswanderungseffekte in den Emigrationsländern"

4. Rheinruhrspiegel (Magazin der Jungsozialisten in NRW):

   "Gastarbeiter" das "neue" Industrieproletariat (1972)

5. Ernst Klee, Die Nigger Europas

REIHE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Mit der REIHE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT will das Sozialistische Büro in Zusammenarbeit mit den jeweils betroffenen Ausländergruppen und ausländischen Genossen, die in der BRD leben, arbeiten, studieren, über die Lage der antiimperialistischen Opposition in den Heimatländern aufklären, die Arbeit der Genossen in der BRD unterstützen, politisch und finanziell helfen, die Öffentlichkeit über Verfolgung, Prozesse und Terrorurteile informieren und für deren Verhinderung mobilisieren sowie zur Praktizierung der weltweiten Solidarität unter Sozialisten beitragen.

Bisher sind erschienen die Broschüren
TÜRKEI-REPORT
56 Seiten, broschiert, DM 2.5o
AM BEISPIEL ANGELA DAVIS
64 Seiten, broschiert, DM 2.5o
INDUSTRIALISIERUNG, FREMDKAPITAL UND ZWANGSARBEIT IN SÜDAFRIKA
124 Seiten, broschiert, DM 4.--
BRASILIEN-REPORT
55 Seiten, broschiert, DM 2.5o

Weitere Broschüren werden demnächst erscheinen über die Situation und die Lage der Opposition in Griechenland, Persien, Spanien und über den Befreiungskampf der Völker Indochinas. Da eine finanzielle Basis für solidarische Hilfe und für die Herausgabe weiterer Broschüren der REIHE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT noch nicht besteht, kann die Reihe nur in größeren Zeitabständen fortgesetzt werden. Wer finanziell helfen will, zur Fortsetzung der REIHE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT, aber auch zur Unterstützung ausländischer Sozialisten für deren politische Arbeit in den Heimatländern und im erzwungenen Exil, überweise seine Spenden an SONDERKONTO INTERNATIONALE SOLIDARITÄT bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Girokonto 17439961; das Postscheckkonto der Bank: PSA Frankfurt 172480.

Weitere Auskünfte: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591